

STREIFLICHTER

6

aus Verfolgung und Widerstand 1933-45



Jevpatorija

Mauthausen

Buchenwald



VVN Kreisvereinigung Ludwigsburg

Inhaltsverzeichnis Streiflichter 6

Geleitwort des Oberbürgermeisters der Stadt Ludwigsburg und Vorwort der Herausgeber	3
Ein fast unbekanntes Kapitel der Städtepartnerschaft Ludwigsburg – Jevpatorija Von Ludwigsburg zur Krim – Blutspuren durch Europa	5
Die Opfer des "Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses" und der NS-"Euthanasie" im Landkreis Ludwigsburg	10
Der Hölle von Auschwitz entronnen	22
Vom Hohenloher Land nach Dachau – wer war Stadtrat Bader aus Ludwigsburg ?	26
1938 : Als "Judenknechte" durch die Stadt Ludwigsburg geführt	31
Marie Brucker – Auch das geschah in Ludwigsburg	33
Josef Molek – Offizier, KZ-Häftling, Soldat im Bewährungs-Bataillon, Internierter	35
Alfred Nitzsche – Einer der Vergessenen auf dem Asperg	40
Eugen Sigrist aus Gemmrigheim und der Fall Vorbote	42
Gedenken an Karl Kunde aus Ludwigsburg	43
Von Wozyliw nach Korntal – Ein Zwangsarbeiterschicksal	44
Nach 50 Jahren das erste Lebenszeichen	45
1942 : Rassisten am Werk	46
Einzelhaft wegen "Rassenschande"	47
Ein "Freispruch" – aber Fall an die politische Polizei verwiesen Ein "Gutachten" der Nazi-Kreisleitung	48
Nazis beschlagnahmen Gewerkschaftsbibliothek in Marbach am Neckar	49
Asperg 1940 : Die Spitzel im Kirchengemeinderat	50
Das Phantom Bärwald	51
Noch 1945 : Von Bietigheim nach dem Osten verschleppt	53
Die Täter : Wie Vieh durch die Stadt getrieben – "Ihre deutsche Frauenehre geschändet"	54
Das Urteil : Ehemaliger DAF-Amtsleiter erhält fünf Jahre Arbeitslager	55
KZ Buchenwald 1944 : Ein Ludwigsburger wollte Prinzessin Malfalda retten	56
Zur Geschichte des Kornwestheimer Naturfreundehauses am Rotenackerwald	57
Was nach Kriegsende sonst noch geschah	60
1937 : Einrichtung eines politischen Referates bei der Stadt Ludwigsburg	61

Geleitwort des Oberbürgermeisters

zu Heft 6 der „Streiflichter aus
Verfolgung und Widerstand 1933-1945“

Acht Jahre nach Heft 5 veröffentlicht die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes / Bund der Antifaschisten nunmehr das sechste Heft dieser Reihe. Das reichhaltige und teilweise wenig zugängliche Material beweist, dass es auch 56 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs noch Unbekanntes gibt bei der Erforschung dieses schrecklichsten Abschnitts der deutschen Geschichte. Auch ganz in der Nähe, wie der Bericht über die „Einrichtung eines politischen Referats bei der Stadtverwaltung Ludwigsburg“ belegt!

Für diese Initiative und diese Veröffentlichung sind wir den Autoren dankbar. Denn auch heute ist es notwendiger denn je, dass wir uns an unsere eigene Geschichte erinnern. Denn erst aus der Erinnerung an das, was gewesen ist, wächst ein Bewusstsein dafür, was nicht sein darf. Auch heute gibt es viele, allzu viele Menschen, die Unrecht erfahren müssen. Und es gibt immer noch allzu viele Menschen, die aus der Geschichte offenbar nicht gelernt haben oder nicht lernen wollen. Diese Veröffentlichung mit ihren ganz konkreten und ganz lokalen Bezügen trägt dazu bei, dem abzuhelfen!



Dr. Christof Eichert
Oberbürgermeister

Vorwort der Herausgeber

Der sechste Band der „Streiflichter aus Verfolgung und Widerstand 1933-45“ bildet den vorläufigen Abschluss einer Serie von Heften, in denen wir versuchten, Licht in das Dunkel dieser Zeit und die unmittelbaren Nachkriegsjahre zu bringen. Sie wollen und können keine umfassende Geschichtsschreibung über zwölf Jahre Unrechtsstaat sein.

Wir berücksichtigten bei den Veröffentlichungen, dass die Kreisgrenzen im sog. Dritten Reich und nach der Befreiung Veränderungen unterlagen.

In einigen Beiträgen wurden Fragen angerissen, die vor allem jungen Menschen in der Stadt Ludwigsburg und im übrigen Kreisgebiet als Anregung dienen können, eigene Forschungen zu betreiben.

Allen, die an diesem und den vorhergegangenen Bänden mitgearbeitet haben, den besten Dank.

Unsere besondere Anerkennung möchten wir Rudi Maier von der Alexander-Seitz-Geschichtswerkstatt Marbach (ASG) für den Beitrag *Die Opfer des „Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ und der NS - „Euthanasie“ im Landkreis Ludwigsburg* aussprechen.

Gerne greifen wir die Anregung eines Lesers des fünften Bandes auf, alle Hefte in einer Veröffentlichung zusammenzufassen.

Dies dürfte, wie die Herausgabe weiterer Hefte, nur mit Unterstützung eines Fördervereins möglich sein.



Reinhard Hildebrandt

Werner Hoffmann

Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/
Bund der Antifaschisten (VVN/BdA) Kreis-
vereinigung Ludwigsburg

Zum Gedenken



Stadtrat Wilhelm Bader aus Ludwigsburg
gestorben am 10.März 1945 im Konzentrationslager Dachau

Es kommt zuweilen wie für den einzelnen Menschen, so für ein ganzes Volk ein Moment, wo es über sich selbst Gericht hält. Es wird nämlich Gelegenheit gegeben, die Vergangenheit zu reparieren und sich der alten Sünden abzutun. Dann steht aber die Nemesis ihm zur linken Seite, und wehe ihm wenn es noch nicht den rechten Weg einschlägt.

Friedrich Hebbel (1813-1863)

Ein fast unbekanntes Kapitel der Städtepartnerschaft Ludwigsburg Jevpatorija **Von Ludwigsburg zur Krim Blutspuren durch Europa**

Wir berichteten bereits in einer Veröffentlichung über „Gedenkstätten und Begräbnisstätten“ in Heft 3 der „Streiflichter“. Dort auch über den alten und neuen Friedhof in Ludwigsburg.

In Heft 4 befinden sich Listen von Kriegsgefangenen, Ostarbeitern, Ostarbeiterinnen und deren Kindern, die dort begraben wurden.

Über andere, Angehörige suchten schon in Ludwigsburg nach ihnen, fehlt jeder Hinweis, wo sie geblieben sind.

Auf der Spurensuche nach der Ehefrau des Hauptmann Resnikow, der am 27. Juli 1944 nach Ludwigsburg gebracht und nach zwei Wochen „auf der Flucht erschossen“ wurde, schrieben wir schon vor Jahren Prof. Brodski in Moskau an. Ein Brief in dieser Sache nach Wolgograd, in Jalta aufgegeben, kam ohne besonderen Hinweis nach hier zurück. Solche Listen, wie in den „Streiflichtern“ veröffentlicht, haben wir schon vor mehr als 15 Jahren an Verbände in der UdSSR gegeben.

Ein sichtbares Zeichen auf dem alten Friedhof ist das Ehrenmal für Kriegsgefangene aus der UdSSR. Auf unsere Anregung hin wurde dort 1982 von der Stadt Ludwigsburg ein Kissenstein angebracht:

„Hier ruhen 72 russische Kriegsgefangene, die in einer Wiese Nähe der Kläranlage Hoheneck begraben waren und im Januar 1946 hierher umgebettet wurden“ ist dort vermerkt.

Die Toten sind nicht vergessen

Gedenkfeiern wurden schon vor Jahren am Ehrenmal von der VVN-BdA Kreisvereinigung Ludwigsburg und weiteren Organisationen durchgeführt. Bei anderen Anlässen wurde dieser Ort in Friedhofsrundgänge mit einbezogen.

Unter „Kranz zur Erinnerung an Stalingrad“ berichtete die „örtliche Presse 1993 über eine Kranzniederlegung auf dem alten Friedhof.

Dort weilte eine Delegation aus der Ludwigsburger Partnerstadt Jevpatorija hier.

„Da die Ankunft auf den Gedenktag von Stalingrad fiel, war es eine Selbstverständlichkeit für die beiden Stadtoberhäupter (Danilenko und Henke, der Verf.), an dem Ehrenmal der verstorbenen russischen Kriegsgefangenen (...) einen Kranz niederzulegen zum Vermächtnis, dass sich solches nie wiederholen darf.“

Zum 50. Jahrestag des offiziellen Kriegsendes weilte ebenfalls eine Delegation aus Jevpatorija in Ludwigsburg, die von der Stadt Ludwigsburg und der katholischen Kirchengemeinde Neckarweihingen eingeladen worden war.

Der Chor der Nikolaj-Kathedrale Jevpatorija versammelte sich an der Gedenkstätte auf dem alten Friedhof. Erzpriester Kunizyn ehrte die Grabstätte der russischen Kriegsgefangenen.

Von Stuttgart zur Krim

Wer von Stuttgart, Frankfurt am Main oder gar Düsseldorf auf die Halbinsel Krim fliegt, macht mit dem Flughafen der Krim-Hauptstadt Simferopol Bekanntschaft.

Die Kurstadt Jevpatorija an der Westküste der Krim, die, wie die ganze Ukraine, mit großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten und deren Folgen zu kämpfen hat, ist mit Bus zu erreichen.

Die Ludwigsburger Partnerstadt ist nicht so bekannt wie Jalta, wo im Februar 1945 die Krim-Konferenz stattfand.

Stalin, Roosevelt und Churchill verhandelten im Liwadija-Palast über die Nachkriegsordnung Europas.

In einem 1945 wohl über unserer Gegend abgeworfenen Flugblatt heißt es zu dieser Konferenz: „Nazi-Deutschland ist zum Untergang verurteilt. Fortsetzung des aussichtslosen Widerstandes heißt, dass das deutsche Volk die Niederlage noch schwerer zu bezahlen haben wird.“

Aus Anlass der zehnjährigen Partnerschaft mit Jevpatorija, die schon zu Sowjetzeiten eingeleitet wurde, flog im April 2000 eine Delegation aus Ludwigsburg auf die Krim.

Rückblende

Rückblende: Mit den Worten „Die Krim muss von allen Fremden geräumt und deutsch besiedelt werden“, erläuterte Hitler am 16. Juli 1941

nach dem überfallartigen Angriff auf die Sowjetunion vom 22. Juni 1941 vor seinen Oberbefehlshabern den Germanisierungsplan Osteuropas, in den auch dieser jetzige Teil der Ukraine einbezogen war. „Die 11. Armee“, so schrieb Erich von Manstein 1955, „erhielt als alleinige Aufgabe die Eroberung der Krim...“

Zu Jevpatorija (deutsch auch als Eupatoria bezeichnet) wurde 1963 im „Mitteilungsblatt Waffengang der Pioniere“ über seine Bedeutung um die Jahreswende 1941/42 geschrieben: „Eupatoria von den Russen wegen des herrlichen Sandstrandes als Erholungsplatz für Kinder als besonders geeignet angesehen, besaß eine ganze Reihe von modernen Kinderheimen und offene Liegehallen am Strande. Einzelne Häuser hatten bis zu 50 Meter im Boden

eingelassene Badewannen mit Warmwasserheizung, um auch im Winter und bei schlechtem Wetter einen Kurbetrieb möglich zu machen. Aufgelockert lagen diese Heime im Norden und außerhalb der Stadt in herrlichen Gärten und Obstanlagen. Aus diesen Gründen", schreibt ein Generalmajor a.D Ritter von Heigl, „wurde diese Stadt auch von uns als Erholungsplatz und Lazarettstadt für die Kranken und Verwundeten der 11. Armee eingerichtet, zumal sie nur 50 - 60 Kilometer nördlich des Einschließungsringes von Sewastopol lag.“

Touristen kamen zu Sowjetzeiten auf der Krim mit dem Thema Überfall und Besetzung kaum in Berührung. Lediglich auf Anfrage wurde von den Dolmetscherinnen und Dolmetschern darüber gesprochen.

Die Besatzungszeit

Gedenkstätten weisen an vielen Orten auf die Besatzungszeit hin.

Auch in Jevpatorija, das 1932 um die 30.000 Einwohner hatte. Unsere Partnerstadt, deren Einwohnerzahl bis 1990 auf 100.000 anwuchs, wurde am 31. Oktober 1941 von der Wehrmacht besetzt. Bis 16. November 1941 eroberte diese fast die ganze Krim. Sewastopol kapitulierte nach langem Kampf am 1. Juli 1942.

Einmal von der Wehrmacht erobert und besetzt, wüteten dort die Horden des Sicherheitsdienstes (SD).

Selbst aus Wehrmachtsberichten von 1942, die sich auf Jevpatorija beziehen, kann man dies zwischen den Zeilen herauslesen.

Ab dem 19. Dezember 1941 übernahm Adolf Hitler selbst den Oberbefehl über das Heer.

Aus einer Untersuchung ist über die Registrierung, Festnahme und Ermordung von 650 Juden aus Jevpatorija zu entnehmen:

„Am 3. Tag der Besetzung wurde ein Befehl an die jüdische Bevölkerung veröffentlicht.

Die Juden wurden verpflichtet, auf der Brust und auf dem Rücken einen jüdischen Stern zu tragen. Alle Juden wurden registriert.

Nach einiger Zeit mussten die Juden mit Gepäck zum Kurortbahnhof kommen.

Zwei Tage lang wurden sie in einem Haus festgehalten und danach am Stadtrand erschossen.“

Dies geschah um den 23. November 1941.

Ein Zeuge bekundete am 23.3.1959 über Erschießungen: „Dabei wurden Alte und Gebrechliche, Söhne, die sich um zusammengesunkene Väter kümmern wollten, erschossen. Ein SD-Mann befahl einem „älteren Zivilisten aus der Kolonne in einen

Geld		
Geld	деньги	djenjgi
Falschgeld	фальшивые монеты (деньги)	falschiwuje manjetuj (djenjgi)
Papiergeld	бумажные деньги	bumashnuje djenjgi
1 Tscheronjez = 10 Rubel	червонец	tscherwonjez
1 Rubel = 100 Kopeken	рублик	rubl
	копейка	kapejka
Münzen	монеты	manjetuj
Silber:		
Silberrubel	серебряный рубль	sserjebrjanuj rubl
50 Kopeken	полтинник	palltinnik
20 Kopeken	двугрувевный	dwugriwewnunj
15 Kopeken	пятиалтынный	pjati-alltjannuj
10 Kopeken	гривенник	griwennik
Kupfer:		
5 Kopeken	пятачек	pjatatschok
2 Kopeken	две копейки	dwe kapejki
1 Kopeke	одна копейка	adna kapejka
Banknoten (Staatsbanknoten)	кредитные билеты	kreditnuje biletuj
1 Tscheronjez	один червонец	adin tscherwonjez
2 Tscheronjez	два червонца	dwa tscherwonza
3 Tscheronjez	три червонца	tri tscherwonza
5 Tscheronjez	пять червонцев	pjatj tscherwonzew
10 Tscheronjez	десять червонцев	djessjatj tscherwonzew
25 Tscheronjez	двадцать пять червонцев	dwadzatj pjatj tscherwonzew
(Staatskassenscheine)		
1 Rubel	один рубль	adin rubl
2 Rubel	два рубля	dwa rublja
3 Rubel	три рубля	tri rublja
5 Rubel	пять рублей	pjatj rublej

Druck: Dr. Glantz-Druck Dresden

Anhang 2 zur H. Dv. 1a
Seite 19a lfd. Nr. 15

Deutsch-Russisches Soldaten-Wörterbuch

Rund 3000 Wörter für Feldgebrauch
und tägliches Leben

Der Krieg hat gezeigt, mit wie einfachen Mitteln sich der deutsche Soldat überall verständigen kann. Die richtigen Worte, ohne Rücksicht auf Grammatik nebeneinandergestellt, genügen fast immer.

Aussprache und Betonung:

Aussprachekennzeichen:

s = stimmhaftes „s“ wie in „sehr“, „Reise“
 ss = scharfes „ss“ wie in „müssen“
 sh = stimmhaftes „sch“ wie in (französisch) „Journal“
 st oder sst = stets s-t oder ss-t, z. B. ступи = ss-tul; ssp = ss-p

Betonung:

Die Betonung ist im Russischen sehr verschieden. Sie ist im vorliegenden Wörterbuch durch halbfette Buchstaben gekennzeichnet.

VERLAG VON E. S. MITTLER & SOHN, BERLIN
Preis 40 Rpf.; von 100 Stück an je 35 Rpf.

Hofraum zu gehen und erschoss ihn dort.“
Zwischen November 1941 und Juli 1942 wurden 150 Krimtschaken erschossen. Sie waren getötet worden, weil festgestellt wurde, dass dieser Volkstamm jüdischer Abstammung wäre.

Wer als „Partisan“ oder „Jude“ galt, legten bekanntlich die Besatzer nach ihrem „Recht“ fest. So ist aus einem Fernschreiben vom 17. Januar 1942 zu entnehmen:

„23 Partisanen und Juden wurden 15 km nordwestlich von Jevpatorija in einem Versteck aufgegriffen und erschossen.“

Unter dem 7. Januar 1942 ist vermerkt, „Exekution von etwa 3.000 Sowjetbürgern auf dem Roten Hügel“, der auch als „Rotes Berglein“ bezeichnet wird. Über die Durchführung einer „Aktion“ heißt es, dass ein Dr. Braune Weisungen erteilt habe. „Die Opfer wurden an den Panzergräben des >Roten Berglein< von Flaksoldaten und Angehörigen des SK 11b durch Genickschüsse getötet“

Die Ortskommandantur 277 teilte in ihrem „Tätigkeitsbericht“ vom 14.1.1942 mit, dass 1.300 männliche Personen bei einer „Sühneaktion“ exekutiert worden seien.

Aus den vorliegenden Unterlagen geht nicht eindeutig hervor, wo dieses Verbrechen geschah, bzw. an welcher Stelle die Ermordeten verscharrt wur-

den.

Bei jedem Versuch, so u.a. bei verschiedenen Landeunternehmen, die das Ziel hatten, die Wehrmacht von der Krim zu vertreiben, wurde mit äußerster Härte gegen die Zivilbevölkerung vorgegangen.

Gräber an verschiedenen Stellen

„In einem Graben (3,5 km lang) am Stadtrand wurden 186 Gräber mit ca. 4.000 erschossenen oder auf andere Weise getötete Sowjetbürger festgestellt“, geht aus den eingesehenen Unterlagen weiter hervor.

2.500 Einwohner von Jevpatorija wurden in der Nähe des Bahnhofs dieser Stadt getötet. Ein Graben, etwa 300 Meter lang, wurde ihre letzte Ruhestätte.

In der Nähe des Heilbades wurden in einem 300 Meter langen Graben um die 2.000 Leichen entdeckt.

Über die „Arbeit“ der Einsatzgruppen und Einsatzkommandos berichteten die Täter selbst an ihre jeweiligen Vorgesetzten.

In der Ereignismeldung Nr. 150 vom 21.1.1942 heißt es über die Westkrim: „Vom 16. November bis zum 15. Dezember 1941 einschließlich wurden 17.645 Juden, 2.504 Krimtschaken, 624 Zigeuner, 212 Kom-

Redensarten

Guten Tag!	здравствуйте!	sdrass-twujtje!
Guten Morgen!	доброе утро!	dobroje utro!
auf Wiedersehen!	до свидания!	do sswidanija!
bitte	пожалуйста	pashallujss-ta
danke	спасибо	sspassibo
ich will	я хочу	ja _chatschu
was wollen Sie?	чего вы хотите?	tschewo wuj chatitje?
ich brauche	мне надо	mnje nada
wie heißen Sie?	как Вас зовут?	kak wass sawut?
haben Sie?	есть ли у Вас?	jesstj-li u wass?
geben Sie mir	дайте мне	dajtje _mne
sagen Sie mir	скажите мне	sskashitje mnje
machen Sie mir	сделайте мне	ssdellajtje mnje
zeigen Sie mir	покажите мне	pokashitje mnje
ich will wissen	я хочу знать	ja chatschu snatj
befindet sich zu	дома-ли?	doma-li?
Haus?		
wo wohnt?	где живет?	gdje shiwjott?
wieviel kostet?	сколько стоит?	sskolka ss-to-it?
schadet nichts!	ничего!	nitschewo!
nicht zu ändern,	ничего не поде-	nitschewo nje po-
schade	лаешь, жалко	djelajesch,shallko
fertig, genug	готово, довольно	gatowo, dawolna
halt!	стой!	ss-toj!
Hände hoch!	руки вверх!	ruki w _wjärch!
entschuldigen Sie!	извините! (пожа-	iswinitje! (pa-
(bitte)	луйста)	shallujss-ta)
nun gut!	ладно!	lladno!
helfen Sie mir!	помогите мне	pomagitje mnje
	(пожалуйста)	(pashallujss-ta)
in welcher Richtung	в каком направ-	w kakom napraw-
ist ...	лении?	ljenii ...
wo ist der Weg	где дорога ...?	gdje daroga w ...?
nach ...?		
wohin führt diese	куда ведет эта	kuda wedjot äta
Straße?	дорога (улица)?	daroga (uliza)?

wieviel Kilometer sind bis ...?	сколько кило-метров до ...?	sskolka kilometroff do ...?
wie weit	как далеко	kak dalljeko
wie spät ist es?	который час?	katoruj tschass?
ich verstehe nicht	я не понимаю	ja nje _panimaju
sprechen Sie deutsch?	говорите-ли вы по-немецки?	gawaritje _li wuj pa _nemjezki?
wer spricht deutsch?	кто говорит по-немецки?	kto gawarit pa _nemjezki?
wie heißt auf russisch?	как (называет-ся) по-русски?	kak (nasujwajet-ssa) pa _russki?
ich bin du bist er, sie, es ist wir sind ihr seid sie sind		wird im Russischen meist nicht übersetzt, sondern nur durch das Fürwort mit anschließendem Haupt- oder Eigenschaftswort wiedergegeben, z. B.:
ich bin satt (müde) = (russisch) „ich satt (müde)“	я сыт (устал)	ja ssujt. (uss-tall)
ich habe du hast er, sie, es hat	я имею ты имеешь он, она, оно имеет	ja imjeju tuj imjejesch on, ana, ano imjejet
wir haben ihr habt sie haben	мы имеем вы имеете они имеют	muj imjejem wuj imjejetje ani imjejut
nach Moskan	до Москвы	do _Masskwuj
Sind hier Rotarmisten (Partisanen, deutsche Soldaten) gewesen? wann? (heute? gestern?)	были-ли здесь красноармейцы (партизаны, германские солдаты)? когда? (сегодня? вчера?)	Buji-li sdjesj krassnoarmejuj (partisanuj, germansskije ssaldatuj)? kagda? (ssewodnja? wtschera?)
In welcher Stärke?	сколько?	Sskolka?
Von wo sind sie gekommen u. wohin sind sie abgerückt?	откуда они пришли и куда ушли?	Atkuda ani prischli i kuda uschli?

munisten und Partisanen erschossen, ...Simferopol, Jew(v)patori(j)a, Alushta (Alupka), Karasubasa, Kertsch und Feodesija sowie weitere Teile der Westkrim judenfrei gemacht."

In einem in der Bundesrepublik um 1954 veröffentlichten Bericht wird über die Krim im Ton eines Kriegsberichterstatters der unseligen >Deutschen Wochenschau< wie folgt geschrieben: „Das Ringen um die Krim in den siegreichen Jahren 1941/42 und bei dem tragischen Endkampf des Jahres 1944 legt ein beredtes Zeugnis von Heldentum und Opferbereitschaft des deutschen Soldaten im letzten Kriege ab. Die Erinnerung an diese Taten wach zu halten“, schreibt Theodor Busse weiter in >Die Krim im Zweiten Weltkrieg< „ist unsere Verpflichtung gegenüber den gefallenen Kameraden und eine Notwendigkeit für die Zukunft.“

Der gleiche Autor schreibt in demselben Beitrag von der an der Südfront der Krim eingesetzten Leibstandarte A.H., wohl um den Namen Adolf Hitler nicht mehr verwenden zu müssen. Erich von Manstein schreibt in >VERLORENE SIEGE< nur von der „Leibstandarte“.

Während der deutschen Besetzung wurden in dieser damals kleinen Stadt mehr als 12.000 Menschen ermordet, die nach den bisherigen Erkenntnissen vornehmlich von Angehörigen des SD erschossen wurden.

Oberbürgermeister Dr. Christof Eichert, der im April 2000 die Reisegruppe aus Ludwigsburg führte, legte zum Gedenken an die Opfer in unserer Partnerstadt Jevpatorija einen Kranz nieder.

Mit Arbeiten im Rahmen der Partnerschaft dürfte es sicher möglich sein, bisher unbekannt Einzelheiten aus der damaligen Zeit zu erforschen und der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Dazu zählen auch die „Kriegserinnerungen“ der Militärs, die auf der Krim eingesetzt waren. Erich von Manstein war einer von ihnen. Generalfeldmarschall unter Hitler wurde er im März 1944 seines Postens unter Verleihung der Schwerter zum Ritterkreuz enthoben. In einem Vorwort zu >VERLORENE SIEGE< schreibt er: „Bewusst habe ich darauf verzichtet, politische Probleme oder nicht mit den militärischen Ereignissen in unmittelbarem Zusammenhang Stehendes zu erörtern“.

Quellen- und Literaturhinweise:

J.A.Brodski: „Die Lebenden kämpfen“, Berlin, 1968.

Bundesarchiv - Außenstelle Ludwigsburg (2000) - Aus dem Aktenbestand der Zentralen Stelle (213 AB 824/97), der zum Teil vom Stadtarchiv Ludwigsburg zur Verfügung gestellt wurde.

Unter 213 AR-Z 8/95 ist auf S.348 zu Jevpatorija vermerkt: „Während der deutschen Besetzung wurden 12.150 sowjetische Menschen vornehmlich von Angehörigen des SD erschossen.“ (1941 - 1944)

Walter Anger: „Das Dritte Reich in Dokumenten“, Frankfurt am Main, 1957.

Chronik der Deutschen, Dortmund 1983.

„Ergebnis der Krim-Konferenz“ Flugblatt von 1945.

„Fall 9 - das Urteil im SS-Einsatzgruppen-Prozess“. Berlin, 1963.

„Die Krim im Zweiten Weltkrieg“, Theodor Busse, Zeitschrift Wehrkunde, München 1954, Heft 3 S. 180ff.

LKZ vom 28.8.1990, 3.2.1993, 5.5.1995, 8.5.1995, 25.4.2000 und 29.4.2000

Erich von Manstein, „Verlorene Siege“, Bonn, 1955.

Mitteilungsblatt Waffengang der Pioniere 1963, Jg. 11 Nr. 4 („Aus Männer und Taten“ von Hans Müller Witten)

Karl Sauer „Die Verbrechen der Waffen-SS,“ Frankfurt am Main 1977

Streiflichter 1/83, 3/87, 4/90 und 5/93

In Köslin verhaftet

Der Soldat B ö t t c h e r, welcher in Urlaub war, hatte dem Klemptnermeister P a n t e n folgendes erzählt:

Dort auf der Krim, wo er sei, hätten unsere Soldaten viele Juden erschossen. Die Kinder hätten sie in eine Reihe aufgestellt und mit dem Hammer erschlagen. Dieses geschah an einem Bergabhang. Die Erschlagenen wurden dann den Berg hinuntergestoßen, der Bergabhang gesprengt, damit die Toten mit Erde bedeckt wurden. Er habe dieses auch angesehen. Den andern Tag sei er nochmals hingegangen, um sich die Stätte genauer anzusehen. Da hätten noch viele gelegen, die noch nicht ganz tot waren.

Dieses erzählte der Klemptner Panten in meiner Werkstatt. Ich unterhielt mich mit meinem Gesellen dann darüber. Zu diesem kam eines Tages mein Freund Fritz Köpke. Man erzählte ihm dieses alles, was Panten in meiner Werkstatt zu mir gesagt hatte. Einige Wochen später kam Köpke sein Nachbar, der Soldat Winkel, in Urlaub. Sie trafen sich auf der Straße. Winkel sagte zu Köpke: "Bist du noch zu Hause?" Hierbei kamen beide in Streit. Köpke sagte zu Winkel: "Was macht ihr überhaupt draußen? Ihr sollt doch lieber aufhören, ihr geht doch dauernd zurück. Aber das bringt ihr fertig, Juden totzuschießen und Kinder zu erschlagen."

Winkel hatte dieses bei dem Ortsgruppenleiter angezeigt. So wurde einer nach dem andern von uns von der Gestapo in Köslin verhaftet.



Ergebnis der Krim-Konferenz

ZWISCHEN PREMIERMINISTER CHURCHILL, PRÄSIDENT ROOSEVELT
UND MARSCHALL STALIN

Antwort auf Deutschlands Schicksalsfrage:

Nazi-Deutschland ist zum Untergang verurteilt. Fortsetzung des aussichtslosen Widerstandes heisst, dass das deutsche Volk die Niederlage noch schwerer zu bezahlen haben wird.

ES IST NICHT DAS ZIEL DER ALLIIERTEN, DAS DEUTSCHE VOLK ZU VERNICHTEN. Aber erst nach der Ausrottung des Nationalsozialismus und des Militarismus wird das deutsche Volk auf ein anständiges Dasein und auf einen Platz in der Gemeinschaft der Völker hoffen können.

Besetzung und Kontrolle Deutschlands:

Die drei Grossmächte werden je eine Zone Deutschlands besetzen, die von einer Zentral-Kontrollkommission, bestehend aus den Oberbefehlshabern der drei Grossmächte, mit dem Sitz in Berlin, einheitlich verwaltet und kontrolliert werden. Frankreich wird aufgefordert, die Besetzung einer eigenen Zone zu übernehmen.

Um dafür zu sorgen, dass Deutschland nie wieder den Frieden der Welt stören kann, werden folgende Massnahmen getroffen:

- Entwaffnung und Auflösung der Wehrmacht;
- Auflösung des deutschen Generalstabs;
- Ausmerzung oder Kontrolle aller wehrwirtschaftlich wichtigen Industrien; schnelle Aburteilung aller Kriegsverbrecher;
- Wiedergutmachung aller von Deutschland verursachten Schäden durch Sachleistungen;
- Austilgung der NSDAP, ihrer Gesetze, Organisationen und Einrichtungen;
- Ausmerzung jedes nationalsozialistischen oder militaristischen Einflusses bei Behörden und im Kultur- und Wirtschaftsleben Deutschlands; jede Massnahme, die für die Sicherung des künftigen Friedens der Welt notwendig erscheint.

Wiedergutmachung:

Auf welche Weise und in welchem Ausmass Deutschland den Schaden wieder gutzumachen hat, den es den Alliierten zugefügt hat, wird von einer Wiedergutmachungskommission entschieden werden, die ihren Sitz in Moskau hat.

Über den beträchtlichen Gebietszuwachs, den Polen im Norden und Westen erhalten muss, wird die Friedenskonferenz entscheiden.

Welt-Einigigkeit im Frieden wie im Kriege

Durch Fortsetzung und Ausbau der Zusammenarbeit und des Verständnisses zwischen unseren drei Völkern kann das höchste Streben der Menschheit verwirklicht werden — ein sicherer und dauerhafter Friede, der, in den Worten der Atlantik-Charter, „eine Gewähr dafür bietet, dass alle Menschen in allen Ländern frei von Furcht und Not werden leben können.“

Quellenhinweis: Aus dem Nachlass von Wilhelm Eppinger

Die Opfer des "Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchs" und der NS - "Euthanasie" im Landkreis Ludwigsburg

Rudi Maier, Alexander-Seitz-Geschichtswerkstatt Marbach/N. (ASG)

Im Mittelpunkt dieses Aufsatzes stehen die Opfer des "Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchs" und der NS-"Euthanasie". Erstmals wird hiermit ein bislang regional weitgehend vernachlässigter Aspekt des NS im Landkreis Ludwigsburg umfassender beleuchtet. Im Zentrum der nationalsozialistischen Gesundheits-, Sozial- und Vernichtungspolitik stand auch im Landkreis Ludwigsburg ab 1934 die Durchführung des "Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchs" (GzVeN) sowie die ab 1939 beginnende Vorbereitung und anschließende Durchführung der "Aktion T4", benannt nach dem Sitz der Planungszentrale, der Berliner Tiergartenstraße 4. Hunderte Menschen aus dem Landkreis wurden zwangssterilisiert, mindestens 131 Menschen von Affalterbach bis Winzerhausen, die zuvor ausgegrenzt und als "lebensunwertes Leben" und als "Volksschädlinge" abgestempelt worden waren, wurden im Jahr 1940 und 1941 ermordet.

Im ersten Teil werden die Jahresberichte des "Staatlichen Gesundheitsamtes Ludwigsburg" zur Durchführung von Zwangssterilisierungen aufgrund des "Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchs" ausgewertet. Anschließend wird auf die Deportationen der Menschen aus der Landesfürsorgeanstalt Markgröningen im Jahr 1940 eingegangen und die Ereignisse auf der Karlshöhe Ludwigsburg im Rahmen der "Aktion T4" geschildert. Soweit Angaben über Opfer vorliegen, die entweder im Landkreis geboren waren oder ihren Meldewohnort hier hatten, wurden diese ebenso berücksichtigt. Mit dem Ende der "Aktion T4" im Sommer 1941 war die Bedrohung für alte, kranke und behinderte Menschen jedoch nicht vorbei. Am Beispiel der Pflegeanstalt Zwiefalten läßt sich zeigen, wie in Heil- und Pflegeanstalten weiterhin gemordet wurde – es folgte die Phase der "dezentralen Euthanasie". Dass auch Kinder aus Ludwigsburg unter den Opfern des NS zu finden sind, wird im Kapitel "Kinder-, Euthanasie" geschildert. Anmerkungen zur Vorgeschichte der NS-"Euthanasie" sowie einige frühere und aktuelle Beispiele zu den Schwierigkeiten der Erinnerung an die Opfer der NS-"Euthanasie" werden im letzten Kapitel gemacht. Die Erinnerung an diese Opfer ist bislang die Ausnahme¹, obwohl Menschen



Eines der wenigen Mahnmale das an die Opfer der NS-"Euthanasie" erinnert, steht auf dem Friedhof in Erdmannhausen

aus fast jeder Gemeinde und jeder Stadt betroffen waren.

I. "Unfruchtbarmachung" von Menschen aus dem Landkreis Ludwigsburg

Bereits wenige Monate nach der Machtübertragung an die Nazis verabschiedete der Reichstag am 14. Juli 1933 das "Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchs", das am 1. Januar 1934 in Kraft trat. Darin wurde geregelt, dass Menschen auch gegen ihren Willen sterilisiert werden konnten². Dem "gesunden Volkskörper" sollte mit Macht und Gewalt zum Durchbruch verholfen werden. Bedroht waren von nun an Menschen, die den fiktiven Kriterien der "arischen Rasse" Tüchtigkeit, Fleiß, Ausdauer, Härte und vor allem "Erbgesundheit" nicht entsprachen. Zur Zwangssterilisierung vorgesehen waren Menschen, bei denen folgende "Erbkrankheiten" diagnostiziert wurden: Angeborener Schwachsinn, Schizophrenie, manisch-depressives Irresein, Epilepsie, erbliche Blind- und Taubheit, erbliche Mißbildungen (u.a. auch Nachtblinde) und schwere Alkoholiker.

Ein umfangreiches Melde- und Überwachungsnetz sollte dafür sorgen, dass niemand auf den eine oder

Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses

DNB. Berlin, 26. Juli. Das gestern erlassene Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses bestimmt, daß Erbkranken durch chirurgischen Eingriff unfruchtbar gemacht, d. h. sterilisiert werden können. Besonders wichtig ist die Bestimmung, daß die Sterilisation auch an solchen Personen vorgenommen werden kann, die an schwerem Alkoholismus leiden. Ausdrücklich wird in der Begründung gesagt, daß das Gesetz sich bewußt nur auf diejenigen Krankheiten beschränkt, bei denen die Regeln des Erbganges nach dem heutigen Stande der Wissenschaft als hinrei-

legung, wenn sie zur Abwendung einer ernststen Gefahr für das Leben oder die Gesundheit desjenigen, an dem sie vorgenommen werden soll, und mit dessen Einwilligung erfolgt.

Von zuständiger Stelle erfahren wir noch, daß das Gesetz am 1. Januar 1934 in Kraft treten wird. Die Sterilisationsoperation — nicht zu verwechseln mit Kastration — ist sowohl bei Männern wie bei Frauen vollkommen ungefährlich. Sie ist lediglich ein äußerer Eingriff, der wesentliche Rückwirkungen auf den menschlichen Organismus nicht hat.

Ludwigsburger Zeitung vom 26. Juli 1933: "... dass die Sterilisation auch an solchen Personen vorgenommen werden kann, die an schwerem Alkoholismus leiden."

mehrere dieser Diagnosen trafen, sich diesem Gesetz entziehen konnte. Ganze Berufsgruppen wurden meldepflichtig, allen voran Ärzte, Anstaltsleiter, Gemeindeschwestern und Hebammen, auch Zahnärzte und Kurpfuscher sollten Informationen an die Gesundheitsämter weiterleiten.

Nichts anderes geschah auch im Landkreis Ludwigsburg. Die "Jahresberichte über die Durchführung des Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses" für die Jahre 1935 bis 1943 über die "Durchführung von Unfruchtbarmachungen" an Menschen aus Ludwigsburg und Umgebung ergeben folgendes Bild:³

Angaben des Staatlichen Gesundheitsamtes Ludwigsburg über die "Durchführung von Unfruchtbarmachung" ⁴ 1935 – 1943

Jahr	Männer	Frauen
1935	39	55
1936	19	21
1937	11	9
1938	10	6
1939	7	11
1940	6	3
1941	2	8
1942	6	5
1943	2	1

Nachdem die entsprechenden Personen gemeldet wurden, entschied ein sogenanntes "Erbgesundheitsgericht", welches an den Amtsgerichten angegliedert war, über den Antrag auf Unfruchtbarmachung. Die Zwangssterilisationen wurden im Krankenhaus in Ludwigsburg durchgeführt. Die dafür verantwortlichen Ärzte waren laut einer "Liste aus Württemberg mit Krankenanstalten und Ärzten, die im Auftrag des Nazi-Regimes Unfruchtbarmachung an Menschen betrieben" für das Krankenhaus Ludwigsburg zum einen Dr. B. und zum anderen Dr. M.⁵, zwei Ärzte aus Ludwigsburg. Der Vorsitzende des Landesfürsorgeverbandes Haußmann gab 1935 für die Anstalt Markgröningen die Anweisung, dass "(...) alle Pflinglinge (...) bei welchen die Gefahr der Zeugung erbkranken Nachwuchses besteht, unfruchtbar gemacht, sterilisiert

werden."⁶

Im Einzugsbereich des Staatlichen Gesundheitsamtes Ludwigsburg wurden mindestens 221 Menschen von 1935 – 1943 zwangssterilisiert. Hinzugezählt werden müssen die Menschen, die im Einzugsbereich der Nebenstelle Besigheim/Brackenheim sowie des Gesundheitsamtes Backnang/Marbach lebten und Opfer des GzVeN wurden. Nicht zuletzt waren in den großen Anstalten Weinsberg, Winnenthal, Zwiefalten oder Stetten i.R. zahlreiche Menschen aus dem Landkreis untergebracht. Wie viele es waren, kann nicht genau gesagt werden. Da Anstaltspatienten jedoch von den Anstaltsärzten und Anstaltsleitern den "Gesundheitsämtern" gemeldet wurden, dürfte die Zahl der Menschen aus dem Landkreis Ludwigsburg, die "unfruchtbar gemacht" wurden, insgesamt deutlich höher liegen.

Widerstand gegen das "Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses"

Der Beibericht des Gesundheitsamtes Ludwigsburg zum Jahresbericht 1935 weist eine Besonderheit auf. "Fälle ernstlichen Widerstands waren selten (...)", lautet die Anmerkung lapidar, "(...) in einem Fall kam der Bruder eines Erbkranken deshalb ins Konzentrationslager".⁷ Widerständige Haltungen dürften tatsächlich selten gewesen sein. Der Jahresbericht des Jahres 1936 für das Land Württemberg mit damals 2,7 Mio. Einwohnern weist lediglich 12 Fälle auf, in denen die Zwangssterilisation wegen Unauffindbarkeit des/der Betroffenen unterblieb - womit allerdings noch nicht gesagt ist, dass sich diese Personen versteckten oder versteckt wurden. Damit wird deutlich, dass das "Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses" breite gesellschaftliche Zustimmung fand, der Gedanke von der "Aufartung der Rasse" durch Zwangssterilisationen fast durchgängig anerkannt war. Insgesamt wurden 1936 in Württemberg 1383 Männer und 1255 Frauen "durch chirurgischen Eingriff und durch Strahlenbehandlung" unfruchtbar gemacht.⁸ Von 1934 bis 1945 wurden zwischen 350.000 und 400.000 Menschen in Deutschland zwangssterilisiert. Schätzungsweise 5000 Menschen, die große Mehrzahl von ihnen Frauen, starben an den Folgen des Eingriffs.

II. Die "Aktion T4" im Landkreis Ludwigsburg

Die Planungen, alte, kranke und behinderte Menschen zu töten, wurden ab dem Herbst 1939 in die Tat umgesetzt. Die "Reichsarbeitsgemeinschaft Heil- und Pflegeanstalten" (RAG) in Berlin verschickte an alle Anstalten im "Reich" sogenannte "Erfassungsbögen". Die jeweilige Anstaltsleitung wurde aufgefordert, für jeden "Insassen" einen Erfassungsbogen auszufüllen, in dem u.a. nach Name, Alter, Diagnose, Arbeitsfähigkeit und der Dauer des Aufenthalts in der Anstalt gefragt wurde. Ebenso wurde gefragt, wie oft und von wem der/die Betreffende Besuch erhalte. Der Sinn dieser Frage leuchtet erst beim genaueren Hinsehen ein: Menschen, die selten oder nie Besuch bekamen, konnten für die Nazis gefahrlos deportiert und ermordet werden. Diese Erfassungsbögen dienten in Berlin tätigen Gutachtern dazu, Menschen anhand der vorliegenden Angaben, in "lebenswert" und lebensunwert" zu selektieren. Ebenfalls im Herbst 1939 wurde die Pflegeanstalt Grafeneck, bei Münsingen auf der Schwäbischen Alb, "für Zwecke des Reichs" beschlagnahmt. Die "Geheime Reichssache - Aktion T4" war angelaufen.

Die Landesfürsorgeanstalt Markgröningen

Auch in der Landesfürsorgeanstalt Markgröningen gingen diese Erfassungsbögen im Herbst 1939 ein – damit hatte die "Aktion T4", der erste systematisch geplante und durchgeführte industrielle Massenmord in der Geschichte der Menschheit, den Landkreis Ludwigsburg erreicht. Die Bögen wurden von der Anstaltsleitung in Markgröningen pflichtschuldigst nach Berlin zurückgesendet. An-

fang August 1940 ging beim Leiter der Landesfürsorgeanstalt Scholder ein Einschreibebrief aus Berlin ein, in dem ihm mitgeteilt wurde, dass 91 "Pflegerlinge" der Anstalt in eine andere Anstalt "verlegt" werden sollten. "Verlegung" war der Terminus hinter dem sich die Deportation in eine Tötungsanstalt verbarg. Und so kam es auch. Am 7. August 1940 fuhr eine Transportstaffel der "GEKRAT", der "Gemeinnützigen Krankentransport GmbH", bestehend aus drei grauen ehemaligen Reichspostbussen auf dem Hof der Anstalt ein. 75 Menschen wurden an diesem Tag nach Grafeneck deportiert und unmittelbar nach Ankunft in einer zur Gaskammer umgebauten Remise ermordet und ihre Leichen anschließend verbrannt. Zweimal noch kamen die Busse mit dem gleichen Ziel in die Anstalt nach Markgröningen. Am 9. September 1940 mußten 31 Menschen in die Busse steigen und am 26. November 1940 wurden noch einmal weitere 14 Menschen deportiert und ermordet.

Augenzeugen berichteten, dass viele der "Pflegerlinge" wussten, wohin die Busse fuhren. Sie versuchten sich selbst zu schützen, indem sie sich u.a. Sonntagsanzüge anzogen und sich ihre Orden aus dem I. Weltkrieg anhefteten. Andere flehten das Personal der Einrichtung an, sie mögen sie mit zu sich nach Hause nehmen⁹. Ein Bewohner, Gottlob S., der vom Transportführer eigenhändig vom zweiten Stock hinuntergetragen wurde, rief dem SS-Arzt, der den Transport begleitete, zu: "Blut komme über Euch und Eure Kinder!"¹⁰

In drei Transporten im Jahr 1940 wurden 120 Menschen aus der Anstalt Markgröningen deportiert und in Grafeneck ermordet. 52 Jahre nach der Zerschlagung des Nazi-Faschismus wurde erstmals nament-

lich an die Menschen, die damals als Zahlen und Nummern nach Grafeneck deportiert wurden, erinnert – ihre Namen und ihr Geburtsjahr werden auf dem Mahnmal für die Opfer der "Euthanasie" am heutigen Behindertenheim Markgröningen genannt – ebenso in der Broschüre zum 100jährigen Bestehen der Einrichtung¹¹. Mindestens drei weitere "Pflegerlinge", die in Markgröningen untergebracht waren, wurden nach einer Verlegung nach Weinsberg,



Mahnmal am Behindertenheim Markgröningen

Die Opfer der NS-„Euthanasie“ aus dem Landkreis Ludwigsburg

Aus der Landesfürsorgeanstalt Markgröningen wurden in Grafeneck ermordet:

Marie Abele, Friedrich Aichinger, Ida Aichinger, Karoline Armbruster, Ernst Baier, Oskar Bauer, Martin Baumann, Lina Beck, Maria Bertsch, Maria Blattert, Robert Breyer, Karl Brosi, Pauline Brosi, Pauline Brust, Katharina Buckenberger, Maria Däubler, Wilhelm Dehlinger, Christoph Deisser, Karl Dohl, Christoph Doster, Walter Eble, Wilhelmine Erhardt, Katharina Ehrmann, Robert Einstein, Maria Eisenschmied, Marie Erpf, Emma Fahrner, Frida Faßnacht, Katharine Faude, Karl Förstner, Albert Fuder, Anna Funk, Heinrich Gärtner, Hermann Gärtner, Barbara Gegelein, Pauline Geiger, Käthe Glocker, Amalie Graf, Berta Grau, Luise-Friederike Grob, Marie Gröninger, Sofie Grötzinger, Hermann Groß, Adolf Großhäuser, Alfred Gundelfinger, Berta Hachtel, Albert Häußler, Anna Harr, Emma Heck, Elise Hederich, Anna Heil, Robert Helbing, Christian Hermann, Luise Heß, Eugen Hildenbrand, Elise Hildenstab, Sofie Holzwarth, Friederike Ilg, Pauline Jäger, Thekla Jäger, Anna Jetter, Berta Kaiser, Barbara Kauth, Friedrich Killinger, Maria Kirn, Lina Kleider, Albert Klein, Frieda Knapp, Karoline Kömpf, Friederike Krämer, Eugen Krauß, Paul Landauer, Ammon Lehr, Marta Lörcher, Marie Maier, Pauline Mannschreck, Josefine Mantel, Berta Mayer, Karl Medinger, Wilhelmine Müller, Babette Mündlein, Luise Nemitz, August Ottenbacher, Anna Pfeiffer, Karl Pflöderer, Ludwig Potthof, Anna Rall, Luise Reyer, Otto Riesel, Sofie Rump, Karoline Sattler, Anna Schäfer, Marta Schaich, Marie Schatz, Babette Scherer, Gottlieb Schlecht, Rosalie Schluchter, Johann-Friedrich Schmid, Frieda Schock, Georg Schwarz, August Siegle, Luise Spanagel, Karl Spengler, Wilhelm Spreng, Anna Stickel, Pauline Stiegler, Karl Stier, Christiane Stierle, Sofie Strobel, Christiane Sumser, Mathilde Traber, Luise Veit, Gottlieb Walker, Karl Weisser, Lydia Würth, Karoline Wurst, Johann Zehender, Marie Zehender, Eugen Zeller, Christian Zotzel.

In Hadamar und Grafeneck wurden ermordet

Wilhelm Breier (Ludwigsburg), Flora Ottenheimer (Ludwigsburg), Emilie Schmidt (Markgröningen), Frederike Weigel (Löchgau), Martha Weiß (Walheim), Lina Ziegler (Erdmannhausen), Christiane Hähnle, Phillipine Kellermann (Landesfürsorgeanstalt Markgröningen)

Weissenau und Zwiefalten ebenfalls in Grafeneck ermordet.¹²

Die Karlshöhe Ludwigsburg

Die Karlshöhe Ludwigsburg, eine 1876 gegründete Einrichtung der Inneren Mission, stand dem NS-Staat äußerst wohlgesonnen gegenüber, sie "(...) begrüßte Hitlers Machergreifung im Frühjahr 1933 weithin begeistert".¹³ Auch die durch das "Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses" angeordneten "rassenhygienischen Maßnahmen" fielen dort auf fruchtbaren Boden. Der Direktor der Karlshöhe Friedrich Mössner macht aus seiner Haltung hierzu keinen Hehl. Am 27. 3. 1934 schrieb er an Ministerialdirektor Stähle¹⁴ im Württ. Innenministerium:

"Ich selbst habe festgestellt, ohne daß irgendein Widerspruch erfolgt wäre, daß wir Evangelischen gottlob in einer anderen Lage seien als die Katholischen, die durch eine Verfügung des Papstes verhindert sind an der Durchführung des Gesetzes (zur Verhütung erbkranken Nachwuchses, Anm. RM) mitzuwirken. Ich habe es ausdrücklich ausgesprochen, daß wir uns freuen, daß wir mit gutem Gewissen mitarbeiten können, weil wir die Grundtendenzen

*des Gesetzes als durchaus gut und notwendig für unser Volk einsehen."*¹⁵

Im September 1939 wurde auch die Karlshöhe von der "Reichsarbeitsgemeinschaft Heil- und Pflegeanstalten" in Berlin zur Auskunft über die "Pfleglinge" des Männerheims Salon aufgefordert – zur "Erbbestandsaufnahme". Damit waren die "Pfleglinge" des "Männerheims Salon" akut bedroht. Ein Jahr später, im Oktober 1940 kündigte das Württ. Innenministerium den Besuch zweier Gutachter, Dr. Otto Mauthe und Landesjugendarzt Dr. Max Eyrich an, die das Ausfüllen der Bögen persönlich überwachen sollten. Zu diesem Zeitpunkt lebten 73 Männer, zumeist in hohem Alter im Männerheim Salon. Mössner verweigerte einen Teil der geforderten Vorakten und schrieb in dieser Situation, in der er wusste, was nach dem Ausfüllen der Bögen durch Mauthe und Eyrich geschehen würde, den sogenannten "Mössner-Brief", ein persönliches Schreiben an den Württ. Innenminister. Darin hieß es:

"Die Aufforderung zur Einreichung einer Liste der Schwachsinnigen, Epileptischen und Geisteskranken in unserem Männerheim Salon macht uns schwere Bedenken.

Zu diesem Zeitpunkt waren die Morde in Grafeneck schon längere Zeit ein offenes Geheimnis:

“Wir wissen von anderen Anstalten her so viel, dass auf die Liste hin Verlegungen in eine andere Anstalt stattfinden, und dass auf diese Verlegungen hin bald die Todesnachrichten zu kommen pflegen. Wir dürfen nicht die Namen der Herren, die freiwillig zu uns gekommen sind, um bei uns Fürsorge und Liebe zu finden, auf eine solche Liste setzen, die ihr Leben gefährden kann. Das Verhältnis zwischen uns und unseren Herren steht auf Treu und Glauben, und wir würden uns der Untreue schuldig machen, wenn wir bei einem solchen Vorgehen mitwirken würden. Zutiefst fühlen wir uns in unserem Gewissen an Gottes Gebot gebunden, der allein der Herr über Leben und Tod ist.”

Schließlich kündigte Mössner offen an, sich an der Erstellung der Bögen nicht zu beteiligen:

*“Wir sehen uns bei allem schuldigen Gehorsam und aller schuldigen Ehrerbietung, die wir unseren staatlichen Behörden willig darbringen, und die wir bisher immer bewiesen haben, in diesem Fall gezwungen, der geplanten Maßnahme unsere Mitwirkung aus Gewissensgründen zu versagen.”*¹⁶

Seitens des Ministeriums liegt keine Antwort auf den Brief Mössners vor, auch über den angekündigten Visitationsbesuch gibt es keine Unterlagen¹⁷. Das Männerheim wurde wenige Tage darauf von der Liste der in Frage kommenden Anstalten gestrichen. Dieser Brief Mössners ist eines der wenigen Dokumente, das in einer deutlichen Sprache die Mitwirkung an den Verbrechen der Nazis verweigerte – der Protest Mössners rettete den 73 Männern des Männerheims das Leben.

Die Bewohner des Männerheims Salon der Karlshöhe wurden zwar vor dem Zugriff geschützt, nicht jedoch Diakon Wilhelm Breier¹⁸. Dieser, 1927 in die Bruderschaft eingetreten, war infolge eines Nervenzusammenbruchs 1936 in die Mühlen der Anstaltspsychiatrie geraten. Von der Karlshöhe wurde er in die Innere Abteilung des Kreiskrankenhauses Geislingen gebracht, wo die Diagnose “Schizophre-

nie” aufgestellt wurde – einhergehend mit dem “Antrag auf Unfruchtbarmachung”. Im Juni 1936 wurde Wilhelm Breier in die Heil- und Pflegeanstalt Weissenau in Oberschwaben eingewiesen. Fünf Jahre später, nach einer “Verlegung” nach Hadamar¹⁹, einer der sechs Tötungsanstalten in Deutschland, wurde Breier Opfer der “Aktion T4”. Zur Todesursache notierte Mössner in der Personalakte von Breier: “Wilhelm Breier (...) starb dort am 21. April 1941 an “septischer Angina”. Erfahren am 10. Mai 1941 durch die Versorgungskasse in Berlin.”²⁰ Mössner, der wusste, dass die Patienten von Heil- und Pflegeanstalten durch die “Aktion T4” gefährdet waren, unternahm im Gegensatz zu seinem Einsatz für die Männer aus dem Männerheim Salon nichts, um den ehemaligen Bruder der Karlshöhe zu retten.

Mit dem “Türöffner” des “Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses” kam es, wie Hitler bereits 1935 andeutete²¹, im “Siegestaumel der Deutschen” zum zehntausendfachen Mord an al-

12 a
Transport=Liste Nr. 1

Abgabe=Anstalt: Stetten durchgeführt am 10.9.40

IdNr.	Name und Vorname	T=Nr.	K=Nr.	Geburtsort und -tag
1	A. [redacted], Herbert			Gelsenkirchen [redacted] 26
2	A. [redacted], Otto			Meimsheim [redacted] 16
3	B. [redacted], Gotthilf			Kirchheim [redacted] 22
4	B. [redacted], Fritz			Schönmünzach [redacted] 13
5	B. [redacted], Traugott			Erdmannshausen [redacted] 38
6	B. [redacted], Wilhelm			Bönnigheim [redacted] 13
7	B. [redacted], Ernst Metzgerlehrling arbeitet gut			Gschlachtenbretzingen [redacted] 13
8	B. [redacted], Karl			Steinenbronn [redacted] 00
9	B. [redacted], Heinrich			Fellbach [redacted] 67
10	B. [redacted], Wilhelm Landwirtschaft			Aalen [redacted] 94
11	B. [redacted], Otto			Marbach [redacted] 15
12	B. [redacted], Philipp <i>Altenbrunn</i>			Pfungstätt [redacted] 73
13	B. [redacted], Karl - <i>Hans Meier</i>			Dettingen [redacted] 70
14	B. [redacted], Ernst			Stetten [redacted] 00
15	B. [redacted], Eugen <i>†</i>			Asperg [redacted] 22
16	B. [redacted], Karl			Aalen [redacted] 04
17	B. [redacted], Hugo 2			Stuttgart [redacted] 19
18	B. [redacted], Eugen			Stuttgart [redacted] 91
19	B. [redacted], Karl			Schönegrund [redacted] 14
20	B. [redacted], Hans			Wolfskraut [redacted] 22
21	B. [redacted], Ernst			Feuerbach [redacted] 11
22	B. [redacted], Friedrich			Kleingartach [redacted] 03
23	B. [redacted], Karl			Kirchheim [redacted] 18
24	B. [redacted], Rolf <i>geb. [redacted] auf Anweisung d. Kfz</i>			Rotwell [redacted] 24
25	B. [redacted], Ernst Korbmacher			Schwieberdingen [redacted] 08
26	B. [redacted], Willi			Langenbrand [redacted] 19
27	B. [redacted], Franz			Stuttgart [redacted] 99
28	B. [redacted], Hermann			Ulm [redacted] 86
29	B. [redacted], Hermann			Marbach [redacted] 06
30	B. [redacted], Otto entlassungsfähig			Unterscheffach [redacted] 23
31	B. [redacted], Walter			Stuttgart [redacted] 28
32	B. [redacted], Hans			Ulm [redacted] 17
33	B. [redacted], Karl			Tübingen [redacted] 22
34	B. [redacted], Walter Schlossergehilfe			Affaltlach [redacted] 22
35	B. [redacted], Walter			Esslingen [redacted] 23
36	B. [redacted], Karl			Pirmasens [redacted] 97
37	B. [redacted], Fritz			Welzheim [redacted] 11
38	B. [redacted], Josef			Karlsruhe [redacted] 69
39	B. [redacted], Paul			Riederich [redacted] 05
40	B. [redacted], Emil Lastwagenfahrer			Schramberg [redacted] 03
41	B. [redacted], Georg			Geislingen [redacted] 90
42	B. [redacted], Otto			Stuttgart [redacted] 27
43	B. [redacted], Karl			Stuttgart [redacted] 30
44	B. [redacted], Erwin			Stuttgart [redacted] 23
45	B. [redacted], Theodor <i>abstrakt abstrakt</i>			Markgröningen [redacted] 88
46	B. [redacted], Erwin			Kornwestheim [redacted] 04
47	B. [redacted], Karl			Neustadt [redacted] 98
48	B. [redacted], Walter			Neustadt [redacted] 21
49	B. [redacted], Manfred <i>unfähig</i>			Degerloch [redacted] 13
50	B. [redacted], Otto			Schwab. Gmünd [redacted] 09
51	B. [redacted], Otto			Murrhardt [redacted] 16
52	B. [redacted], Fritz Korbmacher			Backnang [redacted] 16
53	B. [redacted], Heinrich Küchenhilfe			Stuttgart [redacted] 02

ten, kranken und behinderten Menschen. Nach verbaler Ausgrenzung ("lebensunwertes Leben") und der amtlichen Verfügungsgewalt über den Körper anderer Menschen (Zwangssterilisation) sollte nach Meinung von Ärzten und Nazis der "gesunde Volkskörper" ("Alles Kranke ist Last") durch barbarische Taten konstituiert werden. Die dahinterstehende Logik lautete: "Abwerten – Sterilisieren – Ermorden".

Die Heil- und Pflegeanstalten in Weinsberg, Winnenthal, Stetten i.R. und Zwiefalten

Im Landkreis Ludwigsburg gab es im NS keine große psychiatrische Anstalt. Aus den den heutigen Landkreis umgebenden Anstalten wurden 1940 mehr als tausend (!) Menschen nach Grafeneck deportiert. Aus der Heil- und Pflegeanstalt Weinsberg wurden in sieben Transporten der "GEKRAT" 422 Menschen deportiert und ermordet, aus Winnenthal, dem heutigen PLK Winnenden, in sechs Transporten 356 Menschen. Es ist davon auszugehen, dass zahlreiche Menschen aus dem Landkreis Ludwigsburg in diesen Anstalten untergebracht waren – unklar ist, wie viele und wer von ihnen Opfer der "Aktion T4" wurde. Aus der Anstalt Stetten i.R., einer Anstalt der Inneren Mission, wurden in sechs Transporten 1940 328 Menschen deportiert und ermordet. Auf der "Transport-Liste Nr.1" vom 10. September 1940 (siehe Abb.), auf der nur die BewohnerInnen mit den Buchstaben A - G aufgeführt sind, finden sich allein die Namen von sieben Menschen, die in Bönningheim, Erdmannhausen, Kornwestheim, Marbach, Markgröningen und Schwieberdingen geboren wurden und damals in der Anstalt Stetten lebten. Die Bedeutung der handschriftlichen Ergänzungen sind teilweise unklar, so kann auch nicht gesagt werden, ob alle diese Menschen, die auf dieser Liste genannt werden, in Grafeneck ermordet wurden.²²

Mindestens vier der insgesamt 352 Menschen, die aus Zwiefalten nach Grafeneck deportiert und dort ermordet wurden, waren aus dem Landkreis Ludwigsburg. Aus den Zu- und Abgangsbüchern dieser Anstalt geht hervor, dass Flora Ottenheimer aus Ludwigsburg²³, Ernst S. aus Schwieberdingen, Albert M. aus Kornwestheim, sowie Katharina H. aus der Landesfürsorgeanstalt Markgröningen "in eine andere Anstalt verlegt" - in Grafeneck ermordet wurden.²⁴ Aus Ditzingen liegen Informationen über zwei "Euthanasie"-Opfer vor, ebenso wird auf dem kürzlich eingeweihten Mahnmal in Korntal an zwei Menschen erinnert, die die "Aktion T4" nicht überlebten. Aus Asperg wurden nach Angaben des dortigen Stadtarchivs drei Menschen im Zuge der Verbrechen an behinderten Menschen ermordet.²⁵ In anderen Arbeiten zum Thema finden sich weitere

Hinweise aus Opfer aus dem Landkreis, so werden z.B. eine "Marie aus Neckarweihingen" und eine "Friederike aus Ochsenbach" erwähnt.²⁶ Der „Heimatgeschichtliche Wegweiser zu Stätten des Widerstands und der Verfolgung“ nennt die Namen von Friederike Weigel aus Löchgau und von Emilie Schmidt aus Markgröningen²⁷. Ebenso belegt ist eine Anfrage des Walheimer Pfarrers vom 9. September 1940 in der Anstalt Stetten, worin er sich nach der 15-jährigen Martha Weiß aus Walheim erkundigt, die am 5. November 1940 von Stetten nach Grafeneck deportiert und ermordet wurde.²⁸ Im Buch "Markgröningen – Menschen und ihre Stadt" spricht Hilde Fendrich, die Autorin des Beitrags zur "Euthanasie", von einem "Sohn der Stadt" als Opfer, dieser wird namentlich allerdings nicht genannt.²⁹

Die Tötungsanstalt Grafeneck

Die Tötungsanstalt Grafeneck³⁰ war von Januar bis Dezember 1940 in Betrieb. Insgesamt wurden in dieser Zeit 10 654 Menschen dort ermordet. Was in Grafeneck nach Ankunft der Busse mit den aus den Anstalten deportierten Menschen geschah, lässt sich aus den Aussagen von Zeugen und Beschuldigten im "Grafeneck-Verfahren" rekonstruieren. Nachdem die Busse der GEKRAT in Grafeneck angekommen waren, mussten die Insassen diese verlassen und wurden in eine Baracke geführt. Nach und nach wurden dann Einzelne aufgerufen und aus dem Raum geführt. Diejenigen, die ihren Namen nicht angeben konnten, wurden anhand der zuvor in den Anstalten mit Tuschestift auf Hand oder Rücken aufgetragenen Nummer identifiziert. In einem Nebenraum mussten sie sich ausziehen. Anschließend wurden sie in einen Untersuchungsraum geführt. Dort saßen vier bis fünf Personen, darunter ein Arzt, der die jeweiligen Krankenakten vor sich auf dem Tisch liegen hatte. Diese Begutachtung diente ausschließlich dem Zweck, eine scheinbar "natürliche Todesursache" zu erstellen, die dann in der Todesurkunde eingetragen wurde.

Was anschließend geschah, beschrieb eine Pflegerin in Grafeneck: "Die totgeweihten Personen dagegen kamen anschließend in einen anderen Aufenthaltsraum, von wo aus sie durch das männliche Pflegepersonal in Empfang genommen und in die neu errichtete Baracke geführt wurden. Die besonders unruhigen Kranken erhielten zur Beruhigung Morphiumspritzen von 0,5 bis 1 Kubikzentimeter (...) Ich gebe zu, dass wir zu den Kranken vor ihrer Vergasung sagen mußten, daß sie jetzt gebadet würden." Zum weiteren Vorgehen berichtete ein Pfleger aus Grafeneck: " Beim Reingehen in den Vergasungsraum (...) wurden die Geisteskranken nochmals gezählt, sodann wurde die Türe und das

Entlüftungsfenster geschlossen. Sodann ließ der Arzt von einem Nebenraum aus das Gas einströmen.“ Ein Arzt in Grafeneck sagte aus, dass der Tötungsvorgang etwa 20 Minuten dauerte und ein Transportbegleiter, der einmal durch das Guckloch in der Türe sah, berichtete von einem “schaurigen Anblick, wenn die Kranken nach und nach zusammensackten und durcheinanderfielen.“ Was nach der Tötung weiter geschah, überlieferte ein Augenzeuge: “Der Transport der Leichen aus dem Vergasungsraum erfolgte ebenfalls durch die Ofenbedienung (...) Es waren zwei Verbrennungsöfen vorhanden, in die nach der mir bekannten Anweisung nur jeweils eine Leiche zur Verbrennung gebracht werden durfte.“ Allerdings schließt er nicht aus, daß mehrere Leichen “zugleich eingeschoben” wurden.³¹

Die Verwaltung in Grafeneck verschickte anschließend “Trostbriefe” in denen den Angehörigen mitgeteilt wurde, “(...) daß Ihr (hier steht der Name des Opfers, Anm. RM) der am auf ministerielle Anordnung gemäß Weisung des Reichsverteidigungskommissars in die hiesige Anstalt verlegt werden mußte, unerwartet am infolge verstorben ist. Bei seiner schweren unheilbaren Erkrankung bedeutet sein Tod Erlösung für ihn.“³²

In den sechs Tötungszentralen Bernburg, Brandenburg, Grafeneck, Hadamar, Hartheim/Linz und Sonnenstein/Pirna wurden von Januar 1940 bis August 1941 laut der “Hartheimer Statistik”³³ 70 273 Menschen ermordet.

III. Die zweite Phase der NS-“Euthanasie” von 1941 – 1945

Ende August 1941 wurde die “Aktion T4” abgebrochen. Die Gründe hierfür sind umstritten. Für manche HistorikerInnen ist der Widerstand, der vor allem von den Kirchen ausging, Grund für den Stopp der Massenvernichtungen, die Haltung von Mössner auf der Karlshöhe Ludwigsburg stützt diese These. Andere sehen den Grund im Erreichen des vorgegeben Plansolls – penible Berechnungen aus der “T4-Zentrale” sahen vor, dass 70 000 Menschen ermordet werden sollten³⁴. Ein dritter Grund ist möglicherweise der Kriegsverlauf und die

Pläne zur Vernichtung der europäischen Juden – das bislang in den sechs Tötungszentralen eingesetzte Personal wurde mitsamt den technischen Anlagen im Sommer 1941 in die Vernichtungslager im Osten gebracht. Der industrielle Massenmord an behinderten Menschen war der “Probelauf” für den Holocaust - die “geeigneten Mittel” für die “Endlösung” waren gefunden worden: Gaskammer und Verbrennungsöfen.

Doch mit dem Ende der “Aktion T4” hörte das Morden in den Anstalten nicht auf – es begann die zweite Phase der “Euthanasie”, die “dezentrale Euthanasie”, auch “wilde Euthanasie” genannt. Gemordet wurde in vielen Anstalten nun nicht mehr mittels Gas, sondern mit Methoden, mit denen sich die Morde besser tarnen und vertuschen ließen: Verhungernlassen, Überdosierung von Medikamenten, “Abspritzen”, Unterlassung von Behandlung, ungeheizte Räume im Winter und absichtlich herbeigeführte schlechte hygienische Verhältnisse gehörten fortan zu den Tötungsmethoden deutscher Mediziner in vielen Heil- und Pflegeanstalten. Am Beispiel der Heil- und Pflegeanstalt Zwiefalten lassen sich die Dimensionen verdeutlichen. Allein im Jahr 1945 “starben” in der 800 Betten Anstalt 571 Menschen³⁵. Ob diese Menschen ermordet wurden oder ob sie eines natürlichen Todes starben, kann heute kaum mehr einwandfrei geklärt werden.

Aus dem Landkreis Ludwigsburg fanden in der Heilanstalt Zwiefalten viele Menschen in der Zeit von 1939 bis 1945 den Tod. Die Bedingungen unter denen Menschen in diesen Jahren in Anstalten leben mussten, waren ganz im Sinne der Nazi-Ideologie, wonach “alles Kranke Last war”. Viele vegetierten vor sich hin, in überfüllten Räumen, ohne ausreichende Ernährung, ohne medizinische Versorgung, nicht selten einfach liegengelassen. Aus der Landesfürsorgeanstalt Markgröningen wurden in den Jahren 1941 bis 1945, trotz des Wissens um die tödli-

Der Standesbeamte

Mahr.

- Eheschließung der Eltern am ~~.....~~ in *Opparg*
1. bzw. Geburt der Mutter (bei unehelichen Kindern) am ~~.....~~ in *Opparg* (Standesamt *Opparg* Nr. *161/1938*).
2. Eheschließung des Kindes am in (Standesamt Nr.).
3. Tod des Kindes am *22. Juni 1943* in *Zwiefalten* (Standesamt *Zwiefalten* Nr. *218/1943*).
Leib. Nr. 552. J. m. Opparg ✓

Der Tod von Anita H. wurde unter der Nummer 218 / 1943 beim Standesamt Kaufbeuren beurkundet.

che Gefahr, mindestens 16 weitere "Verlegungen" nach Zwiefalten durchgeführt.³⁶

Die Liste mit den Namen der Menschen die in der Zeit von 1941 bis 1945 in die Anstalt aufgenommen werden und das Ende des NS nicht mehr miterlebt haben, ist lang.

Von Januar 1939 – Mai 1945 wurden mindestens 56 Menschen, die entweder im Landkreis Ludwigsburg geboren waren oder dort ihren Wohnsitz hatten, unter ihnen die bereits erwähnten 16 "Insassen" der Anstalt in Markgröningen, in die Pflegeanstalt Zwiefalten verlegt - nur sieben von ihnen haben das Jahr 1945 überlebt.³⁷ Sie kamen aus den nachfolgenden Gemeinden des Landkreises: Affalterbach, Benningen, Bietigheim, Bissingen, Erdmannhausen, Gemmrigheim, Großsachsenheim, Hessigheim, Hohenhaslach, Ludwigsburg, Marbach, Markgröningen, Mundelsheim, Neckarrems, Neckarweihingen, Oberstenfeld, Oßweil, Ottmarsheim, Poppenweiler, Rielingshausen, Sersheim und Steinheim/Murr.

Zwiefalten steht exemplarisch für viele Anstalten, in denen deutsche Medizinerinnen und Mediziner mordeten. Weitere Kliniken und Anstalten in denen tausendfach gemordet wurde waren Hadamar/Limburg, Eichberg, Eglfing/Haar oder Kaufbeuren, um nur einige zu nennen. Es wird geschätzt, dass in dieser zweiten Phase der NS-"Euthanasie" von 1941 bis 1945 bis zu 120 000 Menschen ermordet wurden.³⁸ Wie viele Menschen aus dem Kreis Ludwigsburg darunter waren, bedürfte einer umfangreichen eigenständigen Untersuchung.

IV. Die Kinder-"Euthanasie"

Von Beginn an wurden in die Überlegungen behinderte Menschen zu töten, auch die Gruppe der Kinder miteinbezogen. In speziellen "Kinderfachabteilungen" wurden sie, nachdem sie gemeldet und verlegt worden waren, mit Luminaltabletten und Morphin-Scopolamin - Injektionen getötet. Ebenso wurde systematisch "Hungerkost" verabreicht. Getreu dem Motto: "Wir geben ihnen kein Fett, dann gehen sie von selber" wurden so all diejenigen ermordet, "die für die Volksgemeinschaft nichts mehr leisten können und bisher auch noch nicht viel geleistet hatten"³⁹.

1938 wurde Anita H. in Ludwigsburg geboren. Ihr Name steht, so wie der von über 30 anderen Kindern, auf einer Liste des Ludwigsburger Gesundheitsamtes über "mißgebildete Neugeborene". Diese Liste wurde an den "Reichsausschuß zur Erfassung von erb- und anlagebedingten Leiden" in Berlin weitergeleitet. Das Leben von Anita H. endete in Kaufbeuren. Dort hatte eine der vielen "Kinderfach-

abteilungen" ihren Sitz. 1943 wurde ihr Tod beim Standesamt Kaufbeuren eingetragen (siehe Abb.) Auf einer zweiten "Liste über Opfer der Kinder-Euthanasie", die im Grafeneck-Verfahren als Beweismaterial vorgelegt wird, wird Anitas Name genannt⁴⁰. Über das Schicksal der anderen 29 Kinder auf der Liste des Gesundheitsamtes Ludwigsburg liegen keine Informationen vor.

Auch in Zwiefalten konnten mindestens drei Kinder aus dem Landkreis das Ende des NS nicht mehr miterleben. Die fünfjährige Ruth W. aus Ludwigsburg und die sechsjährige Irma P. aus Gündelbach (Vaihingen/Enz) waren beide im Juni 1941 nach Zwiefalten eingeliefert worden. Sie "starben" beide am selben Tag, wenige Wochen nach der Aufnahme. Das Verzeichnis der Anstalt nennt für Ruth W. die Todeszeit 12.05h und die Todesursache "Angina", für Irma P. die Todeszeit 12.15h, hier lautet die Todesursache "Hirnödem". Der fünfjährige Dieter M. aus Ludwigsburg wurde im Frühjahr 1945 nach Zwiefalten gebracht, wo er wenige Wochen später an Lungentuberkulose "starb".⁴¹

Insgesamt wurden mehr als 5000 Kinder in "Kinderfachabteilungen" ermordet. Wie viele Kinder aus dem Landkreis Ludwigsburg darunter sind, läßt sich heute nicht mit Sicherheit sagen.

V.1944/1945 – Ende der NS-"Euthanasie"?

Emma L.⁴² aus Markgröningen

Vermutlich im Frühjahr 1944 sollte "der Zigeunermischling" Emma L. aus Markgröningen unfruchtbar gemacht werden. Emma L. lebte mit ihrer Familie in der Stadt Markgröningen, sie war keine Bewohnerin der Anstalt. Die Familie L. wehrte sich gegen die Anordnung zur Zwangssterilisation und erreichte, dass sich die höchsten Stellen, der in Berlin ansässige "Reichsausschuß zur wissenschaftlichen Erfassung von erb- und anlagebedingten schweren Leiden", beim "Reichsminister des Innern" angegliedert, mit ihrer Weigerung sich sterilisieren zu lassen, beschäftigen mussten. Der "Reichsausschuß" beschloß die Zwangssterilisation, leitete den Beschluß mit Schreiben vom 30. April 1944 an das "Reichskriminalpolizeiamt" weiter, dieses informierte wiederum den Ludwigsburger Landrat. In einem Brief des Ludwigsburger Landratsamtes an den Bürgermeister von Markgröningen vom 10. Juli 1944 heißt es: "...dass sie (Emma L., Anm. RM) sich noch im Laufe dieses Monats in das Krankenhaus Ludwigsburg zu begeben habe. Letzteres ist unterrichtet. Da ich mit Zwangsmitteln vorgehen muß, wenn sich Emma L.

nicht ins Krankenhaus begibt, ersuche ich um Bericht, wann der Eintritt vorgesehen ist. Die Sterilisation darf nicht hinausgeschoben werden.“ Weiter heißt es:“(…) ich ersuche sie daher, auf Emma L. entsprechend einzuwirken und zu verhindern, daß alle möglichen Reichsstellen in der Sache belästigt werden.“

Am 5. August 1944 antwortete der Bürgermeister persönlich dem Landrat, dass Emma L. nicht auf dem Rathaus erschienen sei, jedoch ihr Mann der Ladung gefolgt ist. Dieser habe noch einmal bekräftigt, dass sich seine Frau weiterhin “(…) weigere die Unfruchtbarmachung an sich vollziehen zu lassen“. Der Bürgermeister schrieb weiter: “Ich gab mir alle Mühe, den Mann zu überzeugen, daß die Vornahme des Eingriffs das Leben seiner Frau nicht bedrohe und die Funktionen desselben nicht beeinflusse, ausgenommen daß von Frau L. keine Kinder mehr zu erwarten seien; er und seine Frau sollen doch verständig sein und sich der Durchführung der Unfruchtbarmachung nicht widersetzen. Es sei sonst mit Sicherheit zu rechnen, daß Frau L. sonst mit Polizeigewalt dem Kreis Krankenhaus zugeführt werde.“⁴³

Mit der bedingungslosen Kapitulation Nazi-Deutschlands hörte das Morden jedoch nicht überall auf. In einzelnen Anstalten wurden noch Wochen nach dem 8. Mai 1945 Menschen ermordet. So wurde in der Anstalt Kaufbeuren ein 4-jähriger Junge am 29. Mai 1945 getötet. Anfang Juli 1945 fanden zwei Offiziere der amerikanischen Militärregierung in der Leichenhalle der Anstalt Kaufbeuren-Irsee die Leichen von Männern und Frauen die 12 bis 72 Stunden zuvor gestorben waren. Die Leichen wogen zwischen 26 und 33 Kilogramm.⁴⁴ In den folgenden Monaten des Jahres 1945 starben, infolge der systematischen Unterernährung, ungezählte Menschen in den “Heil- und Pflegeanstalten“ des “Dritten Reichs“.

VI. Zur “Erinnerung“

Die ideologischen Voraussetzungen der “Vernichtung lebensunwerten Lebens“, entwickelten sich zeitlich einhergehend mit den Ideen der Aufklärung und wurden vor allem Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts in den Diskussionen um die “Eugenik“ ernsthaft wissenschaftlich geführt. Federführend waren Charles Darwin (1809 – 1882), Francis Galton (1822 – 1911), Ernst Haeckel (1834 – 1919) und Alfred Ploetz (1860 – 1940), die mit ihren Theorien die Grundlage der NS-“Euthanasie“ lieferten⁴⁵. Sie dachten lange vor den Nazis an die Möglichkeiten der “Aufartung der eigenen Rasse“. Diese sahen sie in der “positiven Eugenik“, also der

besonderen “Züchtung und Auslese hochwertiger Menschen“ wie sie die Nazis mit den “Lebensborn-Anstalten“ umsetzten und vor allem in einer “negativen Eugenik“: der “Ausmerzungen und Vernichtung“ von “erblich minderwertigen“ Menschen. Sozialdarwinismus und die Vorstellung einer vermeintlichen “Rassetüchtigkeit“ waren zu Beginn des 20. Jahrhunderts in die bürgerliche Wissenschaft eingezogen. 1920 erschien das vom Juristen Binding und dem Psychiater Hoche geschriebene, nur 64 Seiten dünne Buch: “Über die Vernichtung lebensunwerten Lebens. Ihr Maß und ihre Form“. Eugenisches Denken, Zwangssterilisierungen und “Euthanasie“ waren ein wesentlicher Baustein der Ideologie der bürgerlichen Gesellschaft der 20er und frühen 30er Jahre, und auch die Arbeiterbewegung hatte es nicht verstanden, antirassistische Konzepte zu entwickeln, um den Nazis in diesen Fragen inhaltlich noch etwas entgegenzusetzen⁴⁶. Der Boden war vorbereitet. Die Nazis radikalisierten auch diesen ideologischen Baustein und setzten die Vorstellungen und Empfehlungen der Wissenschaftler, Ärzte, Bevölkerungspolitiker und Eugeniker ab 1933 gnadenlos in die Tat um.

Die wenigsten der beteiligten Ärztinnen und Ärzte, des Anstaltspersonals, der Juristen oder der Planer der NS-“Euthanasie“ wurden für die Morde belangt. Viele konnten ihre “Karriere“ ungebrochen fortsetzen, andere waren nach ein paar Jahren wieder in “Amt und Würden“, wie der Fall des ehemaligen T4-Gutachter Villingers, der 1958 (Mitbe-)Gründer der “Bundesvereinigung Lebenshilfe für Geistigbehinderte“ wurde⁴⁷, belegt. Von einer gewissen Kontinuität zeugen auch die Neuauflagen der “Euthanasie“-Debatte anhand der Thesen des australischen Bioethikers Peter Singer, der moralphilosophisch fordert, dass behinderte Säuglinge aktiv getötet werden dürfen. Hochschulvorlesungen mit dem Titel “Rassenkunde des Menschen“ stammen nicht aus den 40er Jahren, sondern werden am Humanbiologischen Institut in Hamburg als Pflichtveranstaltung für angehende Biologen abgehalten.⁴⁸ Ebenso darf nicht übersehen werden, dass es auch heute legal möglich ist, Menschen gegen ihren Willen zu sterilisieren. Im 1989 erlassenen Betreuungsgesetz findet sich im §1905 BGB die entsprechende gesetzliche Grundlage.

Erst zu Beginn der 80er Jahre gerieten die Orte der Verbrechen an behinderten, kranken und alten Menschen, die großen psychiatrischen Anstalten, langsam in den öffentlichen Blick - und dies zumeist nicht freiwillig. Aus der sich formierenden radikalen Behindertenbewegung (“Jedem Krüppel seinen Knüppel!“) und von einigen wenigen psychiatrisch Tätigen kamen Fragen nach der Vergangenheit der Anstalten und zum erstenmal auch Fragen nach den

Menschen, die Opfer der NS-„Euthanasie“ wurden.

Ein frühes Beispiel aus dem Kreis Ludwigsburg ist eine Initiative der VVN Ludwigsburg im Jahr 1967. Sie hatte sich für die Erinnerung an die Opfer der „Euthanasie“ aus der Landesfürsorgeanstalt Markgröningen anlässlich eines geplanten Mahnmals der Stadt Markgröningen eingesetzt und gefordert, auch diesen auf dem Mahnmal zu gedenken. Im Antwortschreiben der Stadt Markgröningen an die VVN heißt es: „Vom Gemeinderat der Stadt Markgröningen ist bereits beschlossen worden, in geeigneter Form auf dem Mahnmal auch dieser Euthanasie-Opfer zu gedenken. Ob allerdings eine namentliche Nennung möglich ist, können wir heute noch nicht sagen, da sich die Stadt Markgröningen mit dem Leiter des Landesheims (der ehem. Landesfürsorgeanstalt, Anm. RM) Markgröningen darüber einig ist, daß auf eine namentliche Nennung verzichtet werden soll, wenn es nicht gelingt, sämtliche Namen lückenlos zu erfassen.“ In der folgenden Recherche der Stadt Markgröningen konnten tatsächlich nicht alle Opfer namentlich eindeutig benannt werden. Da heute eindeutig die Namen aller 120 Opfer vorliegen, ist zu fragen, ob die Stadtverwaltung ihren damaligen Beschluss möglicherweise in nächster Zeit umsetzt.⁴⁹

Zum 100-jährigen Bestehen der Anstalt in Markgröningen im Jahr 1997, heute Behindertenheim Markgröningen, wurde auf Initiative der Alexander-Seitz-Geschichtswerkstatt, die die Geschichte dieser Anstalt von 1933 – 1945 erforscht hat, ein Mahnmal für die Opfer der „Aktion T4“ eingeweiht. Bei der Einweihung wurde deutlich, wie unsensibel die Heimleitung und der Träger der Einrichtung, der Landeswohlfahrtsverband Württemberg-Hohenzollern (LWV), mit seiner Geschichte umgeht. So wurden Angehörige der Opfer zur Einweihung des Mahnmals am 26. Juni 1997 seitens des LWV nicht eingeladen - obwohl bekannt war, dass sich durch die Forschung der ASG einzelne Angehörige der Opfer bei uns gemeldet hatten. Im Zuge einer Einladung aller im Landtag vertretenen Parteien jedoch, wurden, trotz massiver Proteste seitens der BewohnerInnen und der Beschäftigten des Behindertenheimes, an der Einladung der Fraktionsvorsitzenden aus Kreis- und Landtag der „Republikaner“ festgehalten.

Seit 1998 finden regelmäßig am 27. Januar, dem zentralen Gedenktag zur Erinnerung an alle Nazi-Opfer, am Mahnmal Veranstaltungen statt. Diese werden vom „Arbeitskreis Mahnmal Markgröningen“ vorbereitet.

Ende des Jahres 2000 wurde vom Arbeitskreis Ge-

schichtsforschung, Heimat- und Denkmalpflege Markgröningen ein umfangreiches Buch zur Stadtgeschichte mit dem Schwerpunkt Markgröningen in der NS-Zeit vorgelegt. Der Vorsitzende des Arbeitskreises Günter Frank betont: „Die Aufklärung über diese Zeit ist dringend notwendig.“⁵⁰ Im Kapitel „Euthanasie in den ‚Anstalten‘“ des Bandes „Markgröningen – Menschen und ihre Stadt“ werden den ermordeten Menschen aus der Anstalt Markgröningen allerdings nur wenige Zeilen gewidmet. „Draußen in der ‚Anstalt‘ fuhren ab 1940 hin und wieder Busse vor, die Menschen dort wurden ‚verlegt‘“ und dass die Stadtverwaltung und der Anstaltsarzt wußten „(...) wohin die Reise ging“, so ist dort zu lesen⁵¹. Diese und einige wenige andere Sätze finden sich zu den Morden der Nazis an den 120 BewohnerInnen der ehemaligen Landesfürsorgeanstalt Markgröningen. Es bleibt zu fragen, wie diese Art der „Aufklärung über diese Zeit“, die hierzu gerade einmal den Umfang einer halben DIN A4-Textseite umfasst, zu bewerten ist. Zumal wenn, wie bei der Nennung der „im Zweiten Weltkrieg umgekommen Angehörigen hiesiger Familien“ noch nicht einmal der von der Autorin des Beitrags erwähnte „Sohn der Stadt“ namentlich erwähnt wird – von den „Anstaltsbewohnern“ ganz zu schweigen.

Nicht zuletzt und als aktuellstes Beispiel ist die Diskussion um die Einweihung eines Mahnmals in Kornthal-Münchingen am 11. März 2001 zu nennen. Diese Einweihung war von einer heftigen Kritik der Israelitischen Religionsgemeinschaft Württemberg, dem Bund der Euthanasiegeschädigten sowie des Landesverbandes deutsche Sinti und Roma begleitet worden, nachdem die Gemeinde darauf bestanden hatte, an alle „Opfer“ in einer Gedenkanlage zu erinnern. 370 Namen von gefallenen und vermissten Soldaten (Wehrmachtsangehörige, möglicherweise auch SS-Angehörige) werden dort genannt, darunter auch die Namen von 28 Zivilopfern. Unter diesen wiederum finden sich fünf Namen von Naziverfolgten – der Name eines Deserteurs, sowie die Namen zweier Juden und zweier „Euthanasie“-Opfer. Das Argument, dass mit einer solchen Gedenkanlage eine Verwischung von Tätern und Opfern erfolge, ließen die Verantwortlichen nicht gelten. So sagte der Bürgermeister Michael Wanner: „Die Opfer sollen beisammen sein.“⁵²

Die späte Erinnerung an die Opfer der NS-„Euthanasie“ verweist auf den anhaltenden gesellschaftlichen Konsens darüber, dass behinderte Menschen keine „vollwertigen Menschen“ sind. Der gesellschaftliche und kulturell geformte individuelle Um-

gang mit Krankheit und Behinderung und die zunehmende Forderung nach einem "Mehr an Leistungsbereitschaft" zeigen nach wie vor, dass nur wenig Interesse vorhanden ist, sich kritisch mit den herrschenden Menschenbildern zu beschäftigen. Statt das gängige Menschenbild in Frage zu stellen, wird eine vermeintliche "Qualität" des Menschen und seine "Leistungsfähigkeit" in den Vordergrund gestellt. Dies ist der Grund, warum Diskriminierung, Ausgrenzung und Abwertung behinderter Menschen nach wie vor aktuell sind.

Wer weitere Informationen, Dokumente oder Fotos zum Thema zur Verfügung stellen kann oder Zeitzeugen kennt, wende sich wegen einer Kontaktaufnahme bitte an das Landesbüro der VVN/BdA in Stuttgart, Telefon 0711/60 32 37. Für Veranstaltungen und Vorträge zum Thema steht der Autor gerne zur Verfügung.⁵³

¹ Zu erwähnen ist der Gedenkstein auf dem Friedhof in Erdmannhausen, der den Opfer der "Euthanasie" gedenkt sowie der von der VVN/BdA Ludwigsburg herausgegebene Band 2 der "Streiflichter", der sich mit regionalen Aspekten der NS-"Euthanasie" beschäftigt. Seit 1997 auch das von der ASG initiierte Mahnmahl am Behindertenheim Markgröningen.

² Die Nazis haben die "Eugenik" nicht erfunden, siehe Schlusskapitel. Der preußische Landtag hatte bereits 1932 ein Gesetz vorbereitet, das sich vom GzVeN in einem Punkt jedoch erheblich unterschied. Es sah vor, dass eine Sterilisation nur mit dem Einverständnis des/der Betroffenen erfolgen durfte.

³ HStAS, E 151/53 Bü. 162. Jahresberichte über die Durchführung des GzVeN des Staatl. Gesundheitsamtes Ludwigsburg.

⁴ Diese Zahlen beziehen sich lediglich auf das Staatl. Gesundheitsamt Ludwigsburg. Sie berücksichtigen nicht die Zahlen der Nebenstelle Besigheim/Brackenheim und des Gesundheitsamtes Backnang/Marbach/N. Für die Jahre 1934, 1944 und 1945 liegen keine Statistiken vor.

⁵ StAL, IL 525, RG 260. Dieser Bestand ist archivrechtlich geschützt, sodass die Namen der Ärzte nicht genannt werden dürfen. Diese Tendenz zum Täterschutz aufgrund des Archivrechts findet sich immer wieder und erschwert das klare Benennen der Täter deutlich.

⁶ HStAS, E 151/53 Bü. 246. Schreiben Haußmann an das Württ. Innenministerium vom 18. September 1935. Zur weiteren Entwicklung siehe: Maier/Schönberger: Die Unfähigkeit zur Erinnerung, a.a.O.

⁷ HStAS, E 151/53 Bü. 162 Jahresbericht 1935 des staatlichen Gesundheitsamtes Ludwigsburg über die Durchführung des GzVeN. Aus den Akten ist das weitere Schicksal des in ein KZ eingelieferten Bruders nicht ersichtlich.

⁸ ebd.

⁹ Der ASG telefonisch zugegangene Zeitzeugenberichte von H.G. (Asperg) am 20.8.1994, sowie von I.C. (Markgröningen) am 16.5.1995.

¹⁰ StAL, E 191. Bü. 6861 Bericht über die „Verlegungen von Pfleglingen in eine andere Anstalt“ vom 07. Januar 1946.

¹¹ Behindertenheim Markgröningen 1897 – 1997.

Bezug über: Behindertenheim Markgröningen, 71706 Markgröningen. Tel. 07145 – 912 501.

¹² Eine ausführliche Beschreibung der Geschichte der Anstalt Markgröningen findet sich in: Maier/Schönberger: Die Landesfürsorgeanstalt Markgröningen in der Zeit von 1933–1945, a.a.O. Weiterhin in: Maier/Schönberger: Die Unfähigkeit zur Erinnerung, a.a.O.

¹³ Vgl. Fischer, a.a.O. S. 39ff.

¹⁴ Eugen Stähle war als höchster Medizinalbeamter in Württemberg der Hauptverantwortliche für die Morde in Grafeneck. Er starb 1948 in Untersuchungshaft.

¹⁵ Brief Mössners an Ministerialdirektor Stähle vom 27. 3. 1934. Zitiert nach: Zeifelder-Löffler, a.a.O., S. 185. Wie viele Menschen auf der Karlshöhe zwangssterilisiert wurden ist aus den vorliegenden Akten und der Literatur nicht zu entnehmen.

¹⁶ Alle Zitate aus dem "Mössner-Brief: Archiv Karlshöhe, KH H/10.2-2.28. Brief Mössners vom 5.10.1940 an das Württ. Innenministerium. Zum "Mössner-Brief" siehe auch: VVN/BdA: Streiflichter, Bd. 2, a.a.O. S. 32ff.

¹⁷ Vgl. Zeifelder-Löffler, a.a.O., S. 193.

¹⁸ Fischer, a.a.O., S. 106f.

¹⁹ Vgl. Zeifelder-Löffler, a.a.O., S. 188f.

²⁰ Siehe Fischer, a.a.O., S. 107.

²¹ Nach Aussage v. Karl Brandt, einem der Hauptverantwortlichen der NS-"Euthanasie, im Nürnberger Prozess soll Hitler 1935 gesagt haben, dass "(...) wenn ein Krieg sein soll, er diese Euthanasiefrage aufgreifen und durchführen werde." Vgl. Mitscherlich, a.a.O. S. 237.

²² Vgl. die Abbildung der Transportliste in: Kalusche, a.a.O., S.245.

²³ Vgl. Streiflichter, Band 2: Grafeneck 1940. Dort auch Abbildung der polizeilichen Abmeldung von Flora Ottenheimer in die Heilanstalt Zwiefalten.

²⁴ Aus archivrechtlichen Gründen besteht die Pflicht zur Anonymisierung. Wo der Name nicht-anonymisiert genannt wird, wurde dieser bereits an einer anderen Stelle veröffentlicht.

²⁵ Der ASG zugegangene Informationen nach einem Zeitzeugenauftrag in der Stuttgarter Zeitung v. 12. Juni 1996. Zu Korntal siehe: Stuttgarter Nachrichten v. 12. März 2001.

²⁶ Vgl. Dapp, a.a.O., S. 86.

²⁷ Vgl. Heimatgeschichtlicher Wegweiser, a.a.O., S. 243ff.

²⁸ Vgl. Kalusche, a.a.O., S. 256.

²⁹ Vgl. Arbeitskreis Geschichtsforschung Markgröningen, a.a.O., S. 306.

³⁰ Seit mehreren Jahren trägt der Arbeitskreis der Gedenkstätte Grafeneck die Namen der Opfer zusammen und hat ein Gedenkbuch mit den Namen der Opfer aufgelegt. Kontakt: Gedenkstätte Grafeneck, c/o Samariterstift Grafeneck, 72532 Gomadingen - Grafeneck; Tel: 07385 / 966 206

³¹ Vgl. Gedenkstätte Grafeneck (Hg.): Das Gedenken braucht einen Ort, a.a.O., S. 14 f.

³² Klee, a.a.O. S. 151.

³³ ebd., S. 24. Die so genannte "Hartheimer Statistik" wurde am 27. Juni 1945 von Charles H. Damerow, einem Major der US-Militärpolizei, in einem Stahlfach der Tötungsanstalt Hartheim gefunden. Sie umfasste insgesamt 39 Dokumente, die Aufschluss über die Zahl der von den Nazis ermordeten Patienten im Rahmen der "Aktion T4" geben.

³⁴ ebd., S. 340.

³⁵ Einen ausführlichen Überblick über die Anstalt Zwiefalten im NS geben: Pretsch, a.a.O. und May, a.a.O.

- ³⁶ Für die Auskünfte danke ich Bodo Rüdenberg und Willi Matthews vom Archiv der Münsterklinik Zwiefalten.
- ³⁷ Die Namen, die Geburtsdaten und die Geburtsorte aller dieser 56 Menschen liegen vor. Anfragen hierzu über das Landesbüro der VVN/BdA Stuttgart.
- ³⁸ Hierzu gibt es bislang keine Überblicksdarstellung. Die Zahlen fallen entsprechend unterschiedlich aus. Die Zahl von 120 000 Opfern dieser zweiten Phase stammt aus: Weingart, P., a.a.O., S. 562.
- ³⁹ Klee, a.a.O. S. 430 f.
- ⁴⁰ StAS, Wü 29/3, Bd. 1 Nr. 1757 6/14.
- ⁴¹ Archiv der Münsterklinik Zwiefalten: Zu- und Abgangsbücher.
- ⁴² Name vollständig anonymisiert.
- ⁴³ Stadtarchiv Markgröningen AZ 7292. Briefwechsel zwischen dem Markgröninger Bürgermeister und dem Ludwigsburger Landratsamt vom Juli/August 1944. Weiterhin Schreiben des Reichsminister des Innern an das Reichskriminalpolizeiamt vom 30. April 1944. Ob Frau L. zwangssterilisiert wurde, konnte nicht festgestellt werden, es ist aber davon auszugehen. Für die Informationen danke ich P. Schad, Markgröningen.
- ⁴⁴ Klee, a.a.O., S. 452.
- ⁴⁵ Vgl. Danckwortt, a.a.O.
- ⁴⁶ Selbst bedeutende Wissenschaftler wie der Arzt Alfred Grotjahn (SPD) oder der Sexualforscher Magnus Hirschfeld sprachen sich vehement für "eugenische Maßnahmen" aus.
- ⁴⁷ Sierck / Radtke, a.a.O. S. 85f.
- ⁴⁸ Vgl. AG gegen Rassenkunde, a.a.O.
- ⁴⁹ Archiv der VVN/BdA Stuttgart, D 503. Schreiben der Stadt Markgröningen an die VVN Ludwigsburg vom 14. Juli 1967.
- ⁵⁰ Stuttgarter Zeitung v. 4. Dezember 2000. Ausgabe Ludwigsburg. S. 22.
- ⁵¹ Arbeitskreis Geschichtsforschung, Heimat- und Denkmalpflege, a.a.O. S. 306f.
- ⁵² Stuttgarter Nachrichten vom 12.03.2001. Auch die anstehende Neugestaltung des "Ehrenmals" in Ludwigsburg-Neckarweihingen läßt bislang eine Sensibilität für die NS-Opfer vermissen. Bislang ist nur die Rede davon, dass den toten Soldaten gedacht werden soll. Konkrete Forschungsergebnisse zu evtl. Verfolgten des NS-Staates liegen nicht vor, lediglich ein Hinweis, dass eine "Marie aus Neckarweihingen" Opfer der "Aktion T4" wurde.
- ⁵³ Nicht zuletzt danke ich Bele Käuffert und Klaus Schönberger für die kritische Durchsicht des Manuskripts und wichtige Hinweise.

Abkürzungen

HStAS	Hauptstaatsarchiv Stuttgart
StAL	Staatsarchiv Ludwigsburg
StAS	Staatsarchiv Sigmaringen

Abbildungsnachweis

Mahnmale in Erdmannhausen u. Markgröningen: Rudi Maier Transportliste Stetten i.R.: Kalusche, Martin: "Das Schloß an der Grenze", a.a.O., S. 245.
Gesetz zur Verhütung erkrankten Nachwuchs: Ludwigsburger Zeitung vom 26. Juli 1933
Kopie Sterbeurkunde Anita H.: Standesamt Ludwigsburg.

Literatur

- AG gegen Rassenkunde (Hrsg.): Deine Knochen - deine Wirklichkeit. Texte gegen rassistische und sexistische Kontinuität in der Humanbiologie. Hamburg/Münster 1998.
- Arbeitskreis Geschichtsforschung, Heimat- und Denkmalpflege Markgröningen e.V. (Hg.): Markgröningen - Menschen und ihre Stadt. Zeitzeugen aus 2 Jahrhunderten. In der Reihe "Durch die Stadtbrille". Bd. 6/2000. Markgröningen 2000. Erschienen im Eigenverlag. Bezug über Stadtverwaltung Markgröningen.
- Danckwortt, Barbara u.a. (Hg.): Historische Rassismuskforschung. Hamburg, Berlin 1995.
- Dapp, Hans-Ulrich: Emma Z. Ein Opfer der Euthanasie. Stuttgart 1990.
- Fischer, Hans u.a. (Hg.): Das Rauschen der Zeit und die Stimme unseres Gottes. Reutlingen 1997.
- Gedenkstätte Grafeneck (Hg.): Das Gedenken braucht einen Ort. Den Opfern der "Euthanasie". Grafeneck 1990.
- Kalusche, Martin: Das Schloß an der Grenze. Heidelberg 1997.
- Klee, Ernst: "Euthanasie" im NS-Staat; Die Vernichtung lebensunwerten Lebens. Frankfurt 1985.
- Landeswohlfahrtsverband Württemberg-Hohenzollern (Hg.): Behindertenheim Markgröningen 1897 - 1997. Stuttgart 1997.
- Maier, Rudi/Schönberger, Klaus: Die Landesfürsorgeanstalt Markgröningen in der Zeit von 1933 - 1945. In: Landeswohlfahrtsverband Württemberg-Hohenzollern (Hg.): Behindertenheim Markgröningen 1897 - 1997. Stuttgart 1997.
- Maier, Rudi/Schönberger, Klaus: Die Landesfürsorgeanstalt Markgröningen in der Zeit von 1933 - 1945. In: Landeswohlfahrtsverband Württemberg-Hohenzollern (Hg.): Behindertenheim Markgröningen 1897 - 1997. Stuttgart 1997.
- dies.: Die Unfähigkeit zur Erinnerung. In: Geschichtswerkstatt 29: Erinnern gegen den Schlußstrich: Zum Umgang mit dem Nationalsozialismus. Freiburg 1997. S. 115 - 124.
- May, Johannes u.a.: „Euthanasie“ in den staatlichen Heilanstalten Zwiefalten und Schussenried. Zwiefalten 1991. (Selbstverlag der Münsterklinik Zwiefalten)
- Mitscherlich, Alexander/Mielke, Fred: Medizin ohne Menschlichkeit. Dokumente des Nürnberger Ärzteprozesses. Durchgesehen und neugesetzte Ausgabe. Frankfurt/M. 1995.
- Pretsch, Hermann J. (Hg.): Euthanasie. Krankenmorde in Südwestdeutschland. Zwiefalten 1996.
- Sierck, Udo / Radtke, Nati: Die Wohltätermafia. Vom Erbgesundheitsgericht zur humangenetischen Beratung. 5., erweiterte Neuauflage. Frankfurt/M. 1989.
- Studienkreis Deutscher Widerstand (Hg.): Heimatgeschichtlicher Wegweiser zu Stätten des Widerstands und der Verfolgung 1933-1945. Bd. 5: Baden-Württemberg I, Regierungsbezirke Karlsruhe und Stuttgart. Frankfurt 1991.
- Weingart, Peter/Kroll, Jürgen/Bayertz, Kurt: Rasse, Blut und Gene. Geschichte der Eugenik und Rassenhygiene in Deutschland. 2. Aufl., Frankfurt/M. 1996.
- VVN/BdA Ludwigsburg (Hg.): Streiflichter. Bd.2. Eigenverlag, Ludwigsburg 1985.
- Zeifelder-Löffler, Monika: Die Geschichte der „Evangelischen Brüder- und Kinderanstalt Karlshöhe“ in Ludwigsburg. Heidelberg 1996.

Aus Ludwigsburg verschleppte erlebten die Befreiung nicht mehr

Der Hölle von Auschwitz entronnen

„Auschwitz liegt gleich nebenan. Neben Freudental oder Vaihingen, Kornwestheim, Ludwigsburg oder Besigheim“, berichtete die Presse 1996 zum ersten offiziellen Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar 1996.

Oswiecim, wir nennen es Auschwitz, liegt 54 km von Krakau entfernt. Es war eigentlich ein ganz normaler Ort auf der Landkarte, bis im Mai 1940 das KZ errichtet wurde, die Todesfabriken ihre „Arbeit“ begannen. Im Dezember 1941 wurden in Block 11 bei den ersten Versuchen 250 unheilbare Kranke und 600 sowjetische Kriegsgefangene vergast.

Am Eingangstor ist noch die zynische Inschrift zu lesen „Arbeit macht frei“.

Viele der aus dem Kreis Ludwigsburg verschleppten Personen erlebten den 27. Januar 1945, die Befreiung des KZ Auschwitz durch die sowjetische Armee, nicht mehr. Allein im Mai und Juni 1944, so die neuesten Erhebungen des französischen Auschwitz-Spezialisten Jean-Claude Pressac, waren die Krematorien von Auschwitz-Birkenau, das drei Kilometer vom Stammlager Auschwitz entfernt liegt, in der Lage, bis zu 4300 Leichen täglich zu verbrennen.

Zur Arbeit oder ins Gas

Schon bei der Ankunft wurde durch Fingerzeig des diensttuenden SS-Arztens entschieden, ob die Häftlinge nach rechts zur Arbeit oder links ins Gas gebracht wurden.

In einer uns vorliegenden Suchliste, die die Namen von 56 jüdischen Bürgern enthält, läßt sich zum Teil der Leidensweg dieser Ludwigsburger nachvollziehen.

Da wird u.a. vom 19. 26. 36. und 76. Judentransport aus dem französischen Lager Drancy bei Paris nach Auschwitz berichtet. Alle Altersklassen waren da vertreten. Von 1864 geborenen bis zum Jahrgang 1931. Frauen, Männer, Kinder.

Die Spuren enden, so teilte das Staatliche Museum aus Auschwitz mit, oft mit der Eintragung:“(…) eingeliefert in das KL Auschwitz am (...). Das weitere Schicksal ist nicht bekannt.“

In „Richtung Osten“ wurden auch Ludwigsburger gebracht, die noch im Jahr 1939 von hier nach Holland gegangen waren, dann von dort (1943) nach Polen verschleppt und ermordet wurden. Andere warf man einfach aus „Großdeutschland“ hinaus und schob sie 1938 und 1939 nach Polen ab. Über Anna und Samuel Szilit und das vierjährige Kind Max Szilit konnte zum Beispiel in Auschwitz (1987) nur vermerkt werden, daß keine Informationen vorliegen.

Unter den Ermordeten befand sich auch Adolf Herrmann aus Freudental; ebenso seine Eltern Sidonie und Moritz Herrmann, die im April 1942 über

Dellmensingen und Theresienstadt nach Auschwitz verschleppt und im Mai 1944 ermordet wurden.

Das sind nur einige Namen aus der unvollständigen Liste der all ihrer Rechte beraubten Mitbürger unseres Kreises.

Der Krieg verlief nicht so, wie es sich die Vernichtungsexperten bei ihrer sogenannten Wannsee-Konferenz (20.1.1942) mit der „Endlösung der Judenfrage“ vorgestellt hatten.

Nach dem Überfall auf die Sowjetunion (22.6.1941) und den anfänglichen Erfolgen fand das letzte Offensivunternehmen der Wehrmacht bei Kursk statt. Hitler selbst befahl am 13. Juli 1943 den Abbruch.

Der Raum im Osten schrumpfte. Die Zeit der „Endsieg“ war vorbei. Aus dem Führerhauptquartier wurden die vom Oberkommando der Wehrmacht verbreiteten Berichte immer dürrtiger. Die Vernichtungslager, unter ihnen Auschwitz, waren in „Gefahr“.

Arbeitsfähige Häftlinge wurden, bevor die Front das Gebiet um Auschwitz erreichte, in andere KZ-Lager verschleppt.

Noch bevor Angehörige der 1. Ukrainischen Frontarmee in Auschwitz-Birkenau am 27.1.1945 eintrafen, wurde in der Nacht zuvor das letzte Krematorium gesprengt.

Arbeitsfähige abtransportiert

„Das Jahr 1944 brachte eine Veränderung der Situation durch die ankommenden Massentransporte von Juden aus dem Osten“, schreibt der Buchenwaldhäftling Emil Carlebach. über die Situation im KZ Buchenwald. „Unterbringungsmöglichkeiten waren praktisch für sie ebensowenig vorhanden, wie für Tausende und Abertausende von Nichtjuden, die auf dieselbe Weise herangeschleppt wurden“, heißt es weiter. Der Lagerführer stellte sich, so Carlebach, auf den Standpunkt: „Solange das Tor noch zugeht, ist das Lager nicht überfüllt“.

Es gab auch Transporte zurück.“Über 900 aber mußten (von Buchenwald aus) nach Auschwitz in den Tod fahren, unmittelbar bevor die Rote Armee dem Treiben der SS dort ein Ende setzte.“

Als sich Ende Juli 1944 die sowjetischen Truppen der Weichsel näherten, wurden über das KZ Auschwitz rund 2200 Männer nach dem SS-Arbeits- und Krankenlager im „Wiesengrund“ bei Vaihingen/Enz gebracht, das ein Außenkommando des Konzentrationslagers im elsässischen Natzweiler war. Jüdische Häftlinge, die nur solange am Leben blieben, wie sie arbeiten konnten. Fast alle, soweit sie in den Augen der SS noch als „arbeitsfähig“ galten, wurden bis Mitte November 1944 an andere Einsatzorte verlegt. Aus dem Arbeits- wurde ein Krankenlager, in dem bis zum 11. März 1945 2442 kran-

ke Gefangene unter unmenschlichen Bedingungen zusammengepfercht wurden.

Am 7. April 1945 wurde dieses KZ-Lager von der 1. französischen Armee befreit. Auf dem dortigen KZ-Friedhof haben 1578 Menschen ihre letzte Ruhestätte gefunden.

Überlebende traten von Vaihingen aus, unterbrochen durch Zwischenaufenthalte, die Rückkehr in ihre Heimat an.

Auschwitzhäftlinge kamen in den Landkreis

Etwa 40 Häftlinge des KZ Auschwitz, die dort als noch arbeitsfähig ausgesondert und in Richtung Westen verfrachtete wurden, dürften nach ihrer Befreiung in Ludwigsburg und Umgebung Unterkunft gefunden haben - als „displaced persons“. Versprengte, die durch Lager und Krieg heimatlos wurden. Dies geht aus den sicher unvollständigen Unterlagen des Landesausschusses Württemberg-Baden der vom Naziregime politisch Verfolgten hervor.

Ein Teil dieser Personen war nur einige Zeit hier. Sie wollten oder konnten nicht mehr in die alte Heimat zurück. „Auf der Durchreise“, war auf manchen Erhebungsbogen angegeben.

Wohnhaft Ludwigsburg Polenlager (Frommannkaserne) ist auf Erfassungsbogen vermerkt. „Der Jude Abraham Blumenstein, geb. 14.10.1922 in Sosnowitz (Sosnowiec) ist als politischer Gefangener (Jude) am 28.10.40 verhaftet und in die Konzentrationslager Auschwitz und Buchenwald verbracht worden“, heißt es in der Abschrift einer Bescheinigung vom 25.6.1945, die vom Landrat in Wernigerode unterzeichnet ist. Beruf Schlosser, geht daraus hervor. Auschwitz vom 28.10.1940 bis 28.1.1944 ist weiter vermerkt. Danach bis 11.4.1945 Buchenwald.

Nach Unterlagen, die vom 14.9.1945 stammen, wurden Edda Blumenstück, Meier Blumenstück, Mina Blumenstück und Viktor Blumenstück alle in den Jahren 1940 und 1941 in Sosnowiec, einer Stadt nordwestlich von Krakau, durch die Gestapo verhaftet. Auschwitz und Buchenwald waren ihre Haftorte. Kürschnerin, Elektriker, Schüler wurden in den Fragebogen als Beruf angegeben. Der Schüler Meier Blumenstück war noch keine 15 Jahre, als er in das KZ Auschwitz verschleppt und im April 1943 nach Buchenwald verbracht wurde.

Überlebende aus Oberschlesien

Um die gleiche Zeit wütete die Gestapo auch in Oberschlesien. Maria Olmer. aus Beuthen wurde 1942 aus rassischen Gründen verhaftet und befand sich bis 1945 in einem Außenlager des KZ Auschwitz, wo sie sich die verschiedensten Krankheiten zuzog.

Aus den Unterlagen geht weiter hervor, daß sie nach der Befreiung Aufnahme in Ludwigsburg fand. Über den Verlust von Angehörigen ist vermerkt: Vater, Mutter und Sohn. Ihre Schwester wurde ebenfalls in Auschwitz ermordet. Als Todestag ist der 1.4.1942 vermerkt.

Als Inhaberin eines Kosmetikinstituts, die auch Hausbesitz hatte, lebte Maria Olmer. bis zu ihrer Verschleppung in einigermaßen gesicherten Verhältnissen. Welchen Schikanen sie als „deutsche Jüdin“ zuvor ausgesetzt war, läßt sich hier im Einzelfall nicht nachvollziehen. Der staatlich organisierte Raub, das geht aus den Aufzeichnungen hervor, brachte sie um ihr ganzes Vermögen.

Weitere Angehörige, die aus Kattowitz stammten, wurden 1940 bzw. 1942 von der Gestapo verhaftet und in die KZ-Lager Großrosen und Auschwitz verschleppt. Beruf Schneider und Grund der Verhaftung Jude bestätigten beide Überlebende 1945 in Ludwigsburg durch ihre Unterschrift.

Am 1. August 1943 wurde Sara Sander an ihrem Geburtsort Bedzin in Oberschlesien verhaftet. Sie war von Beruf Schneiderin. Als polnische Jüdin, das geht aus den Unterlagen von 1946 hervor, war sie bis zum 20.1.1945 unter der Häftlingsnummer 51187 in Auschwitz. Das KZ Ravensbrück war die nächste Station ihrer Verschleppung. Am 15.2.1945 ging es nochmals auf Transport nach Neustadt-Glewe, wo sie bis zum 2.4.1945 eingesperrt war. Noch 1945 kam sie, nach einer Zwischenstation über Weiden/Oberpfalz in den Kreis Ludwigsburg.

Vater, Mutter und zwei Geschwister, so ist es der Erklärung von Sara Sander zu entnehmen, wurden am 1. August 1943 in Auschwitz ermordet. Was sie sich mühsam in ihrer Heimat angespart hatte, wurde bei ihrer Verhaftung beschlagnahmt.

Zelik Sander, wohl der Ehemann, schrieb 1946, daß er vom 3.9.1942 an im KZ Auschwitz war. Der Vater, geboren 1874, die Mutter und fünf Geschwister wurden am 3.9.1942 dort ermordet. Grund der Verhaftung Jude und Todesursache Jude ist aus dem Fragebogen des Prüfungsausschusses zu entnehmen.

Eine Reihe von Freunden, so die Unterlagen, die ebenfalls in den Kreis Ludwigsburg gelangten, wurden in Ungarn sowie Bezin und Lodz (Polen) eingesperrt.

Bis 20.1.1945 war Zelik Sander., von Beruf Ofensetzer, im KZ Auschwitz. Am 26.1.1945 kam der Häftling mit einem Transport in Buchenwald an und wurde einem Außenkommando zugeteilt. Hier erlebte der aus seiner Heimat verschleppte am 11.4.1945 die Befreiung. Er trug die Häftlingsnummer 123250. Sein neuer Ausweis wurde am 15.4.1945 in Buchenwald ausgestellt. Unterscriben war er von einem Vertreter des deutschen Lagerkomitees und dem amerikanischen Kommandanten.

Verhaftungsgrund Jude

Verhaftungsgrund Jude geht aus den Unterlagen von Josef Atlas hervor. Im Mai 1941 im Alter von nicht einmal 16 Jahren in Reichshof durch die Gestapo verhaftet, war er bis Mai 1944 im KZ Auschwitz. Es erfolgte der Weitertransport nach dem KZ Buchenwald, wo der Lederarbeiter im April 1945 die Befreiung erlebte. Sein weiterer Weg führte ihn nach Ludwigsburg.

Wie das polnische Komitee München am 19.4.1947 bestätigte, wurde Josef Dzwonkowski am 12.8.1940 in Warschau durch die Gestapo verhaftet. Grund der Verhaftung: Mitglied einer Untergrundbewegung (Reserve.) unter Kapitän Kruk. Er war Überbringer von Geheimpost (Konspirationszeitungen) und Verteiler von Flugblättern. Seine Festnahme erfolgte aus rassistischen und politischen Gründen. Bis 20.4.1943 war Josef Dzwonkowski in Auschwitz und wurde dann nach dem KZ Neuengamme verbracht. Das Kriegsende erlebte der polnische Untergrundkämpfer in Sandbostel, wo sich ein Kommando des KZ Neuengamme befand.

In seinen Aufzeichnungen nach dem Zuzug in den Kreis Ludwigsburg vom 22.8.1947 heißt es: "Ohne Verhandlung zu lebenslänglichem KZ verurteilt."

Am 30.8.1945 meldete sich in Ludwigsburg Emil Neuberg aus Bensburg in Oberschlesien. Geboren 1921, war er als Flugzeugmechaniker tätig. Am 17.10.1939 erfolgte seine Verhaftung durch die Gestapo. Grund Nürnberger Gesetze (15.9.1935 d.R.) geht aus seinem Erfassungsbogen hervor. Weiter ist vermerkt, daß die Festnahme auf Veranlassung von SS-Sturmbannführer Lindner in Bensburg erfolgt sei, der auch seine Vernehmung durchgeführt habe. Bis 1943 erfolgte die Einkerkерung im KZ Auschwitz. Das KZ Lager Gross Rosen war die nächste Station. Dort erlebte Emil Neuberg seine Befreiung. Als Grund für seinen Leidensweg ist vermerkt: Israelit.

Als „Zigeunermischling“ nach Auschwitz verschleppt.

In Haft genommen am 8.7.1944 durch die Kriminalpolizei Stuttgart heißt es in einem Ludwigsburger Erfassungsbogen vom 27.7.1945. Ludwig Weiss, geboren 1926 in Tuttlingen, wurde als „Zigeunermischling“ im Juli 1944 nach Auschwitz verschleppt. Das KZ Mauthausen war im Januar 1945 die nächste Station. Von dort ging es nach Wels. Das Gemeindeamt Ebensee bescheinigte am 8.5.1945, daß der Häftling aus dem KZ Ebensee (Stammlager Mauthausen) entlassen wurde. „Der prov. eingesetzte Bürgermeister im Auftrage der amerik. Besatzungsbehörde. gez. Unterschrift.“

Senon Wortniuk, auch zum Teil Woroniuk geschrieben, kam im September 1939 als Kriegsgefangener nach Deutschland. Untergebracht war er in den Lagern Fulda und München. „Wegen Abhören und

Verbreitung feindlicher Nachrichten wurde ich von der Gestapo in Haft genommen (7 Monate)“, so sein Schreiben an die VVN Landesstelle Stuttgart vom 21.11.1947. Der Kriegsgefangene wurde dann nach dem KZ Auschwitz überstellt. „Im Jahr 1943 wurde ich nach dem Lager Buchenwald verfrachtet.“ Aus weiteren Unterlagen geht hervor, daß sich Senon W. 1947 in Ludwigsburg aufgehalten hat.

„Auf der Durchreise“ ist in dem Erfassungsbogen von Felix Zgnilek aus dem polnischen Sosnowiec vermerkt. Der 1927 geborene wurde am 1. Juli 1941 durch die SS verhaftet und befand sich aus rassistischen Gründen bis zum 21.1.1945 im KZ Auschwitz. Seine Häftlingsnummer lautete 179094. Als das KZ am 27.1.1945 durch die sowjetische Armee befreit wurde, war sein Transport schon auf dem Weg nach Buchenwald. Fünf Tage war er dort. Seine Befreiung erlebte Felix Zgnilek, der Buchenwaldhäftling Nr. 124321, am 11.4.1945 in Langenstein, das ein Kommando des KZ Buchenwald war. Über Wernigerode, Göttingen, Göppingen und weitere Zwischenstationen befand er sich zumindest im September 1945 in Ludwigsburg.

Für polnische Untergrundbewegung tätig

Wegen Tätigkeit für die polnische Untergrundbewegung und weil er die deutsche Volksliste nicht unterschrieben hatte, wurde Wtodzim Rogalski am 18.5.1942 durch die Gestapo in Bobruisk verhaftet. Der 1926 in Warschau geborene Student wurde von seinem Verhaftungsort über Warschau in das KZ Auschwitz verschleppt, wo er die Häftlingsnummer 119166 trug. Dort befand sich der Untergrundkämpfer vom 4.1.1943 bis zum 27.8.1944. Der nächste Ort war Buchenwald, hier wurde Wtodzim Rogalski unter Nummer 91227 geführt. Es folgten das zum KZ Buchenwald zählende Kommando Langensalza, dann Flossenbürg und Dachau. Krank erlebte der Pole die Befreiung.

Eugen Rogalski Jahrgang 1921, wurde ebenfalls am 18.5.1942 in Bobruisk durch die Gestapo verhaftet und über die Zwischenstation Warschau nach Auschwitz verschleppt. Dort trug er die Häftlingsnummer 119165. Buchenwald, Langensalza und das KZ Dachau waren die weiteren Stationen. Aus den Unterlagen vom 24.5.1948 geht hervor, daß seine Verhaftung wegen Tätigkeit in der polnischen Untergrundbewegung, des Studiums an der Technischen Hochschule in Warschau und der Weigerung die deutsche Volksliste zu unterschreiben, erfolgt war. Auch er hat durch die Haftzeit körperliche Schäden erlitten. Bestätigt wird dies auch durch das polnische Komitee in Frankfurt/Main.

„Der Antragsteller hat seine Eigenschaft als politisch Verfolgter mit Ausweis der Kreisstelle Ludwigsburg für politisch Verfolgte des Naziregimes vom

12.8.1946 nachgewiesen," heißt es in einem Schreiben der Stadtverwaltung Nördlingen vom 12.10.1949 zu Ferdinand Reinhardt.

Bereits 1934 wurde er an der Ausübung des Pferdehandels in Neckarsulm gehindert. Sein Weg führte ihn nach Österreich und Ungarn. Dort ausgewiesen, war er in Bayern ansässig. „Bis 1939 habe ich noch den Pferdehandel ausgeübt“, ist aus einer Niederschrift zu entnehmen. Einen Hausierschein hat Ferdinand Reinhardt nicht mehr erhalten. Bis 1945 schlug sich die Familie Reinhardt in Stuttgart-Cannstatt durchs Leben. Aus den Akten ist ersichtlich, daß seine Kinder Johanna Reinhardt geb. 1910, Emma Reinhardt geb. 1915 und Franz Reinhardt geb. 1925 in Auschwitz vergast wurden. Ihm und seiner Frau blieb dieses Schicksal erspart.

Quellen- und Literaturhinweise:

Chronik der Deutschen (1983).

Die Glocke vom Ettersberg Nr. 148 (III/1997).

Die Weltwoche Nr. 49 - 51/1993

Paul Hilberg: Die Vernichtung der europäischen Juden.

Eugen Kogon/Hermann Langbein/Adalbert Rückert u.a.: Nationalsozialistische Massentötungen durch Giftgas Frankfurt/Main, 1986.

Ludwigsburger Kreiszeitung vom 25.9.1993, 27.1.1996 und 22.3.1997.

Nachlaß Wilhelm Eppinger.

Schriftenreihe der Stadt Vaihingen an der Enz, Band 4 S. 135f.

Streiflichter Heft 1 (1983).

Suchliste Staatliches Museum Auschwitz (1987).

„ Das nationalsozialistische Lagersystem“, hrsg. von Martin Weinmann, mit Beiträgen von Anne Kaiser und Ursula Krause-Schmitt Frankfurt a.M. 1990

RENTABILITÄTSBERECHNUNG DER



Täglicher Verleihlohn durchschnittlich	RM 6.-
abzüglich Ernährung	RM --.60
„ „ Bekl. Amort	„ --.10
	„ --.70
<u>durchschnittl. Lebensdauer 9 Mt.=270×</u>	<u>RM 5.30=RM 1.431.—</u>
Erlös aus rationeller Verwertung der Leiche:	
1. Zahngold	3. Wertsachen
2. Kleidung	4. Geld
abzüglich Verbrennungskosten	RM 2.—
durchschnittlicher Nettogewinn	<u>RM 200.—</u>
Gesamtgewinn nach 9 Monaten	<u>RM 1.631.—</u>
<u>zuzüglich Erlös aus Knochen und Aschenverwertung</u>	

Kogon: „Der SS-Staat“ Bericht der „Fränkischen Presse“ Bayreuth vom 7. 2. 1947

Wer war Stadtrat Bader aus Ludwigsburg?

Vom Hohenloher Land nach Dachau

Es ist nicht die Geschichte eines „Erfolgsmenschen“ unserer Zeit, eines Politikers, der mit Erfolg die Stufenleiter der schon vorgezeichneten Karriere Sprosse um Sprosse erklimmt, um dann an seinem Lebensabend als Vorbild dargestellt zu werden.

Die Zeiten waren anders. Zudem war er Kommunist.

Unter dem 5. April 1899 wurde Matthäus Christian Wilhelm Bader, so lautete sein voller Name, ins Kirchenregister eingetragen. Er kam als jüngstes von sieben Geschwistern zur Welt.

In Ettenhausen bei Bartenstein, seinem Geburtsort, wuchs er auf.

Seine Eltern waren arme Leute. Seine Mutter Anna war die Tochter eines Totengräbers. Seinen Vater Michael, der sich sein Brot als Tagelöhner verdienen musste, verlor er schon mit sieben Jahren.

Wilhelm Bader musste sich in seinem Heimatdorf als Bauernknecht verdingen.

Wann er in den zwanziger Jahren den Entschluss fasste, nach Ludwigsburg zu gehen, konnte noch nicht recherchiert werden.

Hier war er als Hilfsarbeiter in einer Fabrik tätig. Branche: Motorrad und tätig als Schleifer wurde in hier vorliegenden Unterlagen vermerkt.

Im Wahlvorschlag seiner Partei, der KPD, zur Gemeinderatswahl, eingegangen beim Bürgermeisteramt Ludwigsburg am 18. November 1931, wurde Wilhelm Bader an 3. Stelle aufgeführt. 2789 Stimmen erhielt er bei den nachfolgenden Wahlen am 6. Dezember 1931.

Es reichte aber noch nicht in den Gemeinderat.

Dies wurde erst durch den Weggang von Otto Weidenbach aus Ludwigsburg möglich, der, wie Oberbürgermeister Dr. Frank bei der Veröffentlichung des Wahlergebnisses vom 6. Dezember 1931 mitteilte, „bis zum Ablauf des Jahres 1937 gewählt“ war.

In einem Schreiben teilte Weidenbach, Vorsitzenden der Ludwigsburger KPD- Rathausfraktion, dem Bürgermeisteramt am 15. April 1932 mit: „Während meiner mehrmonatlichen Abwesenheit von Ludwigsburg aus beruflichen Gründen bitte ich, mich für Gemeinderats- und Kommissionssitzungen zu entschuldigen und jeweils einen Stellvertreter zu laden.

Herr Stadtrat Weippert ist für die genannte Zeit bis auf Widerruf Vorsitzender der Kommunistischen Rathausfraktion. Otto Weidenbach.“

Am 9. September 1932 schrieb dann Otto Weidenbach aus Moskau: „Infolge der beruflichen Tätigkeit im Ausland für längere noch unbestimmte Zeit ist mir die Ausübung des Mandats im Gemeinderat Ludwigsburg weiterhin unmöglich.

Ich sehe mich daher genötigt, das Mandat abzugeben und bitte um sofortige Bestellung des auf der Liste der Kommunistischen Partei gewählten Nachfolgers.“

Gemeinderat und Pressearbeit

Das Hauptamt der Stadt stellte dazu fest: „Bei der Gemeinderatswahl 1931 hat Wilhelm Bader, Hilfsarbeiter hier, nach Stadtrat Pflugbeil die nächsthöhere Stimmenzahl erhalten, sodaß er berufen ist, als Ersatzmann für Weidenbach in den Gemeinderat einzutreten.“

Mit Beschluss vom 22. September 1932 wurde Wilhelm Bader Mitglied des Ludwigsburger Gemeinderats.

Wie schwierig die Verhältnisse in dieser Zeit waren, zeigen die Ludwigsburger Gemeinderatswahlen vom 6.12.1931. Dort erhielt seine Partei 13,9 % der abgegebenen Stimmen, die SPD 11,7 % und die NSDAP -Nazipartei- 31,6 %. (Stimmen: KPD 29 872, SPD 24 830, NSDAP 67 600.)

In besonderem Maße war wohl Wilhelm Bader, neben seiner Tätigkeit im Gemeinderat und seinen Ausschüssen, für die Pressearbeit seiner Partei in Ludwigsburg zuständig. Vier sicher sehr unregelmäßig erscheinende Publikationen erschienen zu dieser Zeit.

Aus heutiger Sicht enthalten sie manche politischen Fehleinschätzungen, sahen aber klar voraus, welche Gefahr der Faschismus bedeutete.

In der Julinummer 1932 der „Roten Bleyle-Post“ ist im Impressum angegeben: „Verantwortlich für Inhalt, Druck u. Verlag: W. Bader, Ludwigsburg, Seestr. 67.“

Da war zu lesen: „Die neue Notverordnung bringt gewaltige Verschlechterungen für alle Betriebsarbeiter, Erwerbslose, Unfall- und Invalidenrentner, sowie für die kleinen Mittelschichten.“

Weiter heißt es da: „(...) daß das 'Dritte Reich' (der Hitlerfaschismus) vor der Machtübernahme steht. Dasselbe kann nur verhindert werden, wenn die Arbeiterklasse sich in einer mächtigen Roten Einheitsfront zusammenschließt, die den Kampf führt gegen Lohnabbau und Unterstützungsraub. (...) (Mit) der antifaschistischen Front muß zum entscheidenden Schlage gegen den Faschismus ausgeholt werden.“

Für „Der junge Kämpfer - Mitteilungsblatt der Kommunistischen Jugend von Ludwigsburg“, dessen erste Nummer im Januar 1933 erschien, zeichnete ebenfalls Wilhelm Bader verantwortlich.

„Krieg dem imperialistischen Krieg“, wird da auf Seite acht geschrieben. Weiter: „(...) Sie organisieren allgemeine Wehrpflicht, Miliz, Arbeitsdienstpflicht, Militarisation der Arbeit, Kriegsmanöver.“

„Der Erwerbslose“ ist eine weiter mit einer Abzugsmaschine hergestelltes Blatt, für das er, wie aus der Ausgabe Oktober 1932 ersichtlich ist, für Druck und Verlag verantwortlich zeichnete.

In der „Ludwigsburger Arbeiter-Zeitung“, für den Druck war ebenfalls Wilhelm Bader zuständig, wird in der Ausgabe „Ende Februar/Anfang März 1933

geschrieben: "Hitler regiert, das Elend wächst!"

In der gleichen Nummer wird über das Verbot der „Süddeutschen Arbeiterzeitung“ (Stuttgart) berichtet. Weiter: "Das Karl-Liebkecht-Haus in Berlin (...) ist auf Veranlassung der preuss. Hitlerpolizei geschlossen worden. Das ist ein gewaltiger Terrorakt gegen die Kommunistische Partei, damit soll erreicht werden, daß die Agitation und Propaganda zur Reichstagswahl unterbunden wird."

Die Verhaftung

In der Nacht vom 5. zum 6. März 1933 wurde Wilhelm Bader verhaftet. Die „Ludwigsburger Zeitung“ berichtete am 13. März 1933: „Unter den Verhafteten sind zahlreiche Stadträte, wie auch die Mitglieder der hiesigen kommunistischen Rathausfraktion Pflugbeil, Bader und Weippert.“

Das „Hohenloher Tagblatt“, das 1995 einen Bericht über Wilhelm Bader veröffentlichte, schrieb: "Seine Festnahme hatte tragische Züge - Bader wurde zwar von einem befreundeten SA-Mann gewarnt, wie HT-Recherchen ergaben. Seine damalige Ehefrau, ebenfalls aus Hohenlohe stammend, hatte seinen Aufenthaltsort aber schon anderen NS-Dienststellen verraten - die Ehe war zu diesem Zeitpunkt völlig zerrüttet."

Aus den Aufzeichnungen des Zeitzeugen Karl Kunde: „Wir waren bis Ende März/Anfang April im Militärarrest in der Hindenburgstraße eingesperrt. Eines Tages wurden wir in Bussen abtransportiert. Am Tor standen SA-Leute mit schußbereitem Gewehr Spalier. Die Fahrt auf den Heuberg ging los. Transportführer war der stadtbekannte Nazi Motsch. (Laut Schreiben von 1935: Führer der SA-Standarte 123 mit Büro in der Asperger Straße 37.) Trotzdem daß ihnen die Verhaftung von Wilhelm Bader wohlbekannt war, wurde in der Verhandlungsniederschrift des Gemeinderats vom 24. März 1933 vermerkt: "Bader unentschuldigt gefehlt."

Im Dezember 1933 wurde er nach den hier vorliegenden Unterlagen in das KZ Oberer Kuhberg (Ulm/Donau) „überstellt“. Bis Mai 1934 wurde Bader dort in „Schutzhaft“ gehalten.

Später, er war in der Zwischenzeit zu seiner Schwester nach Krummsee in Mecklenburg verzogen, erfolgte dort eine neue Verhaftung. Aus Unterlagen ist ersichtlich, daß er unter anderem Flugblätter an die Wehrmacht verteilte.

Ins KZ Dachau verschleppt

Wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ verurteilte ihn der Strafsenat des Oberlandesgerichts Stuttgart am 4. August 1936 zu einem Jahr und acht Monaten Gefängnis. Die Kriegsvorbereitungen liefen schon auf Hochtouren, als dieser Antifaschist am 3. September 1938 in das bereits seit März 1933 bestehende KZ Dachau verschleppt wurde. Dort trug Wilhelm Bader die Häftlingsnummer 18937. Im Jahre 1938 wurden über 18 000 Häftlinge in Dachau

eingeliefert; vom Januar bis Dezember wurden dort die Häftlingsnummern 13261 bis 31941 ausgegeben.

Wegen Aufstellung der ersten SS-Waffen-Division wurde das KZ Dachau einige Monate geschlossen. Im Archiv der dortigen Gedenkstätte ist dazu über Wilhelm Bader vermerkt, daß der Häftling am 27. September 1939 an einen anderen Haftort „überstellt“ wurde. „Zurück 18.2.40“ lautet der weitere Eintrag.

Wenig ist über seine Zeit in Dachau bekannt.

Noch im März 1945 gestorben

In einer Gedenkschrift aus dem Jahre 1946 heißt es unter „Kämpfer die man nie vergißt“ zu Wilhelm Bader: "Er (...) war lange Jahre Stubenältester auf einer Stube des Zugangsblocks. Jeder Neuzugang im Lager kam zuerst auf diesen Block. Alle diejenigen, die durch das Grauen der Konzentrationslager hindurch mußten, wissen, von welcher großen Wichtigkeit es war, daß die Menschen, mit denen sie zuerst in Berührung kamen, ihnen mit Rat und Tat zur Seite standen. Willy Bader hat in unermüdlicher Arbeit die Neuangekommenen auf die Gefahren aufmerksam gemacht und Hunderte danken es ihm, daß sie das Lager lebend überstehen konnten."

Pfarrer Francois Goldschmitt schrieb zu Willy Bader: "Er regierte in den Stuben drei und vier wie ein guter Papa. Der kurz gewachsene breitschultrige Mann mit dem abgehärmten, blassen Gesichtszügen schaute ernst und kummervoll drein. Willy hatte das frohe Lachen ganz verlernt. (...) Der arme Tropf mußte Grausiges miterlebt haben, war er ja menschen-scheu und wortkarg geworden. Trotz unserer politischen und religiösen Gegensätze verband mich mit diesem Kommunisten fast 30 Monate lang, echte, aufrichtige Freundschaft. Nie entschlüpfte ein hartes Wort dem Gehege seiner Zähne, nie tat er einem Leidensgenossen weh, immer reichte er jedem, wo es nur ging, eine hilfreiche Hand. Wenn wir in Dachau nur Blockpersonal und Capos à la Willy Bader gehabt hätten, wären tausende Kameraden am Leben geblieben. Willy Bader ging in seiner Herzensgüte sogar so weit", heißt es ist in der vom Landesauschuß Württemberg-Baden der vom Naziregime politisch Verfolgten herausgegebenen Gedenkschrift; „daß er, trotz Androhung schwerster Strafen, uns Geistlichen illegal half, den Sterbenden die hl. Sakramente zu spenden. Mit dem Ernst eines Pfarrers teilte er die hl. Kommunion aus, wenn dies uns Geistlichen unmöglich war. Die SS hätte gewiß niemals in diesem Kommunisten einen Nachfolger des hl. Tarzsius vermutet, der, wie bekannt zur Zeit der römischen Christenverfolgung, die hl. Hostie in die Kerker gebracht hatte. Leider ist dieser kreuzbrave stets hilfsbereite Bader kurz vor der Befreiung am 10.3.1945 gestorben."

Wilhelm Bader starb an Hungertyphus. Die Kame-

raden legten ihm die ersten Frühlingsblumen auf den Totenschrein. Ihm, den sie vor der Totenkammer aufgebahrt hatten. Und es gab sehr viele, nicht zuletzt Priester, die um ihn trauerten.

Heute trägt in Ludwigsburg eine Straße seinen Namen.

„Keinerlei Anerkennung fanden dagegen,“ wie das „Hohenloher Tagblatt“ 1995 berichtete, „zwei Schwestern, als sie in den fünfziger Jahren einen Antrag auf Wiedergutmachung bei den Behörden der Bundesrepublik stellten: Das Ansinnen wurde, wie sich ein noch heute in Ettenhausen lebender Verwandter von Wilhelm Bader klar erinnert, abgelehnt. Begründung: Bader sei ein ‚Vaterlandsverräter‘ gewesen.“

Quellen- und Literaturhinweise:

Archiv der KZ-Gedenkstätte Dachau.
Archiv der Stadt Ludwigsburg.
Aus den Aufzeichnungen von Karl Kunde.
Fragebogen für Hinterbliebene von Toten vom 25.6.1946.
Gedenkschrift vom 15.9.1946 des Landesauschusses der vom Naziregime politisch Verfolgten.
Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus Band 245, Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, 1988.

Gespräch mit Karl Kunde vom 7.8.1995.

Hohenloher Tagblatt vom 3.6.1995.

Landgericht Stuttgart, Beschluß vom 2.4.1937.

Ludwigsburger Zeitung vom 8.12.1931, 7 Uhr.

Ludwigsburger Zeitung vom 13.3.1933 S.5.

Neuhäusler, Johann, Weihbischof in München: Wie war das in Dachau?

Richardi, Hans Günter, Schule der Gewalt: Das Konzentrationslager Dachau 1933-1934, Verlag C.H.Beck, München.

Sterbeurkunde (Abschrift) Standesamt Dachau vom 2.10.1945.

Streiflichter 1 S.6f.

Streiflichter 3 S.10f.

Streiflichter 4 S.53.

Nachtrag: Aus einer Postkarte vom 16.1.1949

Absender: Pastor Georg Schecklies

München-Großhadern

VVN

Alfr. Hausser

Stuttgart

Wagenburgstr. 26

Hierdurch bitte ich um die Anschrift der Witwe des in Dachau verstorbenen Willy Bader.

Er war zuletzt Stubenältester auf dem Zugangsblock. Ich habe ihm viel zu verdanken, deshalb wünsche ich wissenswerte Einzelheiten seiner Witwe mitzuteilen. (...)

Die Kommunistenverhaftungen,

die auch in Ludwigsburg in der Nacht zum Samstag durchgeführt wurden, sind den jetzt vorliegenden Nachrichten zufolge im Rahmen einer groß angelegten Aktion im ganzen Lande erfolgt. Ueberall in den württembergischen Städten wurden zahlreiche Verhaftungen vorgenommen, so in Ulm allein vierzig. Teilweise wurden die Verhafteten bereits in Arbeitshäuser eingeliefert, so z. B. in Baihingen, wo einer dortigen Meldung zufolge gegen achtzig Arrestanten aus der Eßlinger und Maulbronner Gegend zusammenkamen. Wie der „Enzbote“ zu berichten weiß, soll dort ein Sammeltransport zusammengestellt werden, der dann in ein Lager überführt werden soll. Unter den Verhafteten sind zahlreiche Stadträte, wie auch die Mitglieder der hiesigen kommunistischen Rathausfraktion Pflugbeil, Bader und Weipert sich unter den Inhaftierten befinden. Der frühere Stadtrat Weidenbach war schon vorher wieder nach Rußland abgereist und ist dadurch der Verhaftung entgangen. Die hier verhafteten Kommunisten sollen sich noch in Ludwigsburg befinden.

Aus „Ludwigsburger Zeitung“ vom Montag, den 13. März 1933 S.5

П Р Е Д С Е Д А Т Е Л Ь

№.....

Moskau 9. Sept. 1932 z.

СЛУЖЕБНАЯ ЗАПИСКА

W/st

E i n s c h r e i b e n .

An den

G e m e i n d e r a t
L u d w i g s b u r g

Bürgermeisteramt
Eingang 13. SEP-1932
Ludwigsburg

Infolge der beruflichen Tätigkeit im Ausland für längere noch unbestimmte Zeit ist mir die Ausübung des Mandats im Gemeinderat Ludwigsburg weiterhin unmöglich.

Ich sehe mich daher genötigt, das Mandat abzugeben u. bitte um sofortige Bestellung des auf der Liste der Kommunistischen Partei gewählten Nachfolgers.

W. Weidenbach

Bei der Gemeinderatswahl 1931 hat Wilhelm Bader, Hilfsarbeiter hier, nach Stadtrat Pflugbeil die nächsthöhere Stimmenzahl erhalten, sodass er berufen ist, als Ersatzmann für Weidenbach in den Gemeinderat einzutreten.

A n t r a g :

1. Stadtrat Weidenbach auf Grund Art. 31 Abs. 1 Ziff. 8 der G.O. von der Verpflichtung, das Amt eines Stadtrats noch weiterhin zu versehen, zu befreien;
2. Weidenbach zu ersetzen
 - a) in der Verwaltungsabteilung als Mitglied
 - b) in der Technischen Abteilung als Stellvertreter
 - c) im Städt. Ausschuss für Leibesübungen als Stellvertreter.

Ludwigsburg, den 13. September 1932.

Städt. Hauptamt :

Ludwig

I

Herrn

Wilhelm B a d e r
Hilfsarbeiter

h i e r .

Betreff: Eintritt in den Gemeinderat.

1 Beil.

Stadtrat Weidenbach hat darum nachgesucht, ihn von der weiteren Ausübung des Amtes eines Stadtrats zu entbinden. Diesem Ersuchen wird voraussichtlich in der nächsten Gemeinderatssitzung am 22. ds. Mts. stattgegeben.

nach dem Ergebnis der Gemeinderatswahl vom Dezember 1931 haben Sie als Ersatzmann für Herrn Weidenbach in den Gemeinderat einzutreten, wovon ich Sie hiermit benachrichtige. Gleichzeitig erhalten Sie beiliegend eine Einladung zu der nächsten Gemeinderatssitzung, die am kommenden Donnerstag stattfindet.

Der Oberbürgermeister



In eigener Sache

Verfolgung und Widerstand im Dritten Reich

Neue »Streiflichter« erschienen

Fünfter Band ist jetzt erhältlich

LUDWIGSBURG. Reinhard Hildebrandt und Werner Hoffmann veröffentlichen Band 5 der »Streiflichter aus Verfolgung und Widerstand im Kreis Ludwigsburg«, ein weiterer Beitrag der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten zur Heimatgeschichte während der Zeit der Naziherrschaft. Der vorliegende Band schildert Schicksale von Emigranten in die UdSSR. Aus der Geschichte des Widerstands der Arbeiterbewegung werden weitere Lebensbilder vorgestellt. Beiträge zur Alltagsgeschichte des Nationalsozialismus und die Frage nach der unterschiedlichen Behandlung von Tätern und Opfern der Hitlerdiktatur durch die Justiz runden den Band ab.

Otto Weidenbach, ab 1919 Vorsitzender des Deutschen Metallarbeiterverbandes und ab 1925 Vorsitzender des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in Ludwigsburg, lebte ab 1933 im Moskauer Exil. Seinen damaligen Weg schildert ein Interview mit der Witwe, Frau Dr. Weidenbach-Blum. Im Rahmen seiner Tätigkeit für die Kommunistische Internationale bestand ein wichtiger Auftrag darin, bei Reisen ins Saargebiet den Anschluß ans faschistische Deutschland zu verhindern zu versuchen. Otto Weidenbach wurde dennoch später in Moskau aus der Kommunistischen Partei ausgeschlossen. Über Schweden gelangte er später nach Spanien, wo er sich den Internationalen Brigaden anschloß.

Schilderungen weiterer Schicksale von Emigranten sowie Widerstandskämpfern der Arbeiterbewegung folgen, die sich alle-

samt durch eine sorgfältige und authentische Recherche auszeichnen. Dabei wurde auf bisher unveröffentlichtes Archivmaterial zurückgegriffen, das - wo möglich - durch Berichte von Zeitzeugen gestützt wird.

Ein weiterer Abschnitt stellt die Verfolgung der »Ernststen Bibelforscher« (Zeugen Jehovas) unter dem Hitlerregime dar. An-

hand zahlreicher Gerichtsentscheidungen und anderer Dokumente wird ein Terror aufgezeigt, der auch nicht davor zurückschreckte, neunjährige Kinder, die den Hitlergruß in der Schule verweigerten, ihren Eltern zu entziehen und der staatlichen »Fürsorgeerziehung« auszuliefern.

Berichte Überlebender beschreiben die Verhältnisse im Zuchthaus Ludwigsburg, wo der Direktor Max Klaus und seine Helfer bis 1945 ein Schreckensregime führten, das 1948 mit nur zweieinhalb Jahren Arbeitslager milde geahndet wurde. Der glimpfliche Umgang mit den einstigen Tätern wird auch am Beispiel des früheren NS-Richters Karl Spahr gezeigt, der bis 1962 Landgerichtsrat in Stuttgart mit Wohnsitz in Ludwigsburg war.

Die neuen »Streiflichter«, die im Buchhandel erhältlich sind, setzen die bisher erschienene Reihe mit weiterem Material fort, das sich auch hervorragend für einen regional bezogenen Geschichtsunterricht eignet. Oberbürgermeister Henke hebt in seinem Geleitwort zu Heft 5 hervor: »Angesichts mancher Ereignisse in unserem Land, in Europa und andernorts in der Welt ist es heute notwendiger denn je, daß wir uns an unsere eigene Geschichte erinnern. Wer aus der Geschichte lernt, kann Haß und Gewalt umso entschiedener entgegenreten.«

1938: Als „Judenknechte“ durch die Stadt geführt

Erster Advent 1938. Die Ludwigsburger Nazis hatten sich für diesen Tag ein besonderes Schauspiel ausgedacht; Hitlergegner sollten als „Judenknechte“ durch die Stadt zum Marktplatz geführt werden.

Die Brandstifter der Ludwigsburger Synagoge und ihr Anhang traten wieder in Aktion.

Vorgesehen für diese Demütigung war der Besitzer der Ludwigsburger Zeitung, Gerhard Ulmer und der Kohlenhändler Ernst Metzger.

Gerhard Ulmer hatte mit seiner Haltung gegen das Dritte Reich nie hinter dem Berg gehalten. Bereits im Sommer 1933 hatte man der Zeitung den Charakter des Amtsblattes genommen. Bei einer Geschäftsreise wurde Ulmer Zeuge der Plünderung jüdischer Wohnungen. Sein Ausspruch: „Ich schäme mich, ein Deutscher zu sein“, war von den Nazis dazu benutzt worden, ihm den Restanteil an der Ludwigsburger Zeitung wegzunehmen und der NS-Presse Württemberg einzuverleiben.

Ernst Metzger wurde 1934 von Lieferungen an die Stadt Ludwigsburg ausgeschlossen. Er ging von Stelle zu Stelle, um den Grund zu erfragen. Zuletzt bei der Gauleitung der Nazipartei.

Dort erfuhr er, daß die Aktion von einem Herrn Motsch, über den wir bereits in Heft 5 als „Führer der SA-Standarte 123“ berichteten, angezettelt worden war. Dies wäre eine Verwechslung, meinte die Gauleitung. Er solle sich an die Herren Motsch, den SA-Führer, und Ostertag, den Ortsgruppenleiter, wenden, um die Sache richtig zu stellen. Motsch bekam von der Partei eine Rüge. Seither sann er auf Rache.

Seine 2. „Verfehlung“: Nach der „Reichskristallnacht“ wurde Ernst Metzger, seine Frau hatte bei der Listensammlung „Eintopfspende“ (am 13. November 1938), ein unbedachtes Wort von den „Hausanzündern“ gesagt, von einem K. M. denunziert.

(Die Sammler zogen mit vorbereiteten Listen, in denen jeder „Volksgenosse“ aufgeführt war, von Haus zu Haus. Ganz genau wurde festgehalten, welche „freiwillige Spende“ geleistet wurde.)

Ein Zeitzeuge zu den Ereignissen vom 1. Advent 1938: Am Sonntag, dem 27. November 1938 wurde in der Nacht vier rote Zettel an das Haus des Ernst Metzger geklebt. Darauf stand „Judenknecht“.

Der Pöbel in Aktion

Morgens gegen 9 Uhr sammelten sich vor diesem Haus eine Menge Leute und klingelten. Als Ernst Metzger am Fenster war, riefen einige: „Raus, raus mit dem Judenknecht und ähnliches.“ Der machte das Fenster wieder zu. Die Meute gab keine Ruhe, klingelte fortwährend. Als sein Sohn öffnete, verlangten sie, daß Ernst Metzger sofort heraus komme.

Etwa 120 bis 150 Mann waren da versammelt, die

Ernst Metzger in Richtung Marktplatz führten. Auf Brust und Rücken waren ihm zuvor Plakate mit der Aufschrift „Judenknecht“ geheftet worden. Hauptanführer der Meute war ein Herr Ostertag, Direktor der GDF Ludwigsburg. Als Naziortgruppenleiter in der ganzen Stadt bekannt. (Bereits 1931 war Ferdinand Ostertag, Prokurist, wie die „Ludwigsburger Zeitung“ am 8. Dezember 1931 berichtete, mit 7754 Stimmen in den hiesigen Gemeinderat gewählt worden.)

Aus einem Dokument zu Ernst Metzger: „So führten sie ihn durch die Straßen und schrieten immer: Volksverräter, Judenknecht pfui!“ Etwa 30 bis 40 Schritt dürfte der Zug gegangen sein, als die Meute dem Diplom-Landwirt Buhl, Besitzer einer Milchkuranstalt, auf seinem Milchwagen begegnete. Mit bis zu fünfzig Milchkühen versorgte er einen großen Kundenkreis. Zu seinen Lieferanten gehörten auch verschiedene Ludwigsburger Juden. Seit der Machtübergabe an Hitler im Jahr 1933 versuchten die Nationalsozialisten Buhl zu bewegen, ihn von der Verbindung zu den jüdischen Familien abzubringen. Er weigerte sich.

An Stelle des Zeitungsbesitzers Gerhard Ulmer, den sie wohl nicht fassen konnten, zwangen sie Eugen Buhl von seinem Wagen und hängten ihm das Schild „Judenknecht“ um; (Dieses Schild befindet sich seit einigen Jahren im Stadtarchiv.) führten ihn mit in ihrem Zug in Richtung Marktplatz. Von der Polizei, die in Kumpanei zusammen mit der SA ab der Machtübergabe (1933) auch in Ludwigsburg für „Ruhe und Ordnung“ gesorgt hatte, keine Spur.

Ein Zeitzeuge (1945): „Einige schrieten immer im Chor: Metzger - Buhl Judenknechte, Volksverräter, Ulmer fehlt, hat sich durch die Flucht entzogen, pfui! So gelangten wir endlich auf den Marktplatz. Dort machten sie einen Kreis um uns und verkündeten unser 'Sündenregister'. Darauf sollten wir Abbitte tun.

Nun fingen aber die Kirchenglocken an zu läuten. Weil dieselben nun jedes Wort übertönten, verlangte einer der Anführer, man solle hier weg, mehr dem Rathaus zu. Dem widersprach aber der andere und sagte, man warte, bis die Glocken ausgeläutet hätten.

Warnung an den Dekan

Die Ehefrau von Ernst Metzger hatte den Mut, in der Zwischenzeit bei Herrn Dekan Dörrfuss anzurufen, der ebenfalls in den Zug eingereiht werden sollte. Der ging auf diesen Anruf hin im Talar in Begleitung seines Sohnes, der in der Wehrmacht als Leutnant diente, vom Wohnhaus (Dekanat) zur Kirche, um zu predigen. Die Nazis trauten sich nicht, ihn zu belästigen.

Zwischenzeitlich, so ist aus einem Dokument ersichtlich, kam die Kriminalpolizei und forderten Eugen Buhl und Ernst Metzger auf mitzukommen. Einer der Anführer des Haufens stellte den Kriminal-

kommissar (Stahl) zur Rede, verlangte seinen Ausweis zu sehen.

Mit Ausrufen wie „Volksverräter, Judenknechte“ wurden Eugen Buhl und Ernst Metzger zur Polizeidienststelle geführt.

Beide kamen nach Abgabe ihres Tascheninhalts in Einzelzelle.

Überliefert ist weiter, daß der Kriminalkommissar Stahl bei Frau Metzger anrief. Der Beamte teilte mit, daß ihrem Mann nichts passiere.

Eugen Buhl (1986): „Gegen 18 Uhr sagte ich, daß ich Landwirtschaft habe. Ich müßte auch zu meinen Kühen.“

Abends, bei einbrechender Dunkelheit, wurden beide wieder entlassen. Ein Verhör fand nicht statt.

Eugen Buhl

Am 11. November 1993 ist Eugen Buhl in Ludwigsburg verstorben. Zur Trauerfeier auf dem Neuen Friedhof hatte sich eine große Gemeinde eingefunden.

Pfarrer von Aichberger würdigte in seiner Trauerrede das Leben dieses aufrechten schwäbischen Demokraten. An der Trauerfeier nahm auch Hans Wertheimer teil, der bereits vor 1933 in Ludwigsburg ansässig war. Als einer der letzten jüdischen Bürger unserer Stadt konnte er noch 1940 über Genua in die USA ausreisen, entging der Deportation, die nur vier jüdische Bürger Ludwigsburgs überlebten.

„Als der Druck der Partei zunahm,“ so in einem Nachruf für Eugen Buhl, „gab er lieber das alteingesessene Geschäft auf, als auf die Forderungen der Partei einzugehen. Vermutlich hat nur der Ausbruch des Zweiten Weltkriegs den standhaften Mann vor weiteren Repressalien oder gar dem KZ bewahrt.“

Nach dem Krieg schloss sich Eugen Buhl sehr bald der 1946 in Ludwigsburg gegründeten VVN an, der er bis zu seinem Tode angehörte.

Ernst Metzger

Ernst Metzger, geboren am 8.12.1891 in Ludwigsburg (Eglosheim), ist bereits am 10. August 1946 verstorben. Hier hatte er eine Kohlenhandlung.

Bereits 1934 wurde Ernst Metzger, wie oben beschrieben, von den städtischen Lieferungen ausgeschlossen. Nachdem er wie ein Verbrecher durch Ludwigsburg geführt wurde, begann ein von der Nazi-Partei (NSDAP) organisierter umfangreicher Boykott seines Geschäfts. Er und seine ganze Familie waren vielerlei Schikanen ausgesetzt, an denen sich selbst die Volksschule beteiligte.

Ernst Metzger wurde auch im Krieg zum Abtransport nicht entschärfter Blindgänger eingesetzt. Eine andere Kohlenhandlung schickte u.a. Briefe an Beamte, in denen darauf hingewiesen wurde, „ob sie nicht wüßten, daß sie ... (hier) nicht mehr kaufen dürfen.“

Nur einem glücklichen Umstand ist es zu verdanken, daß Ernst Metzger die Kohlenhandlung nicht weggenommen wurde.

Quellen- und Literaturhinweise

Aus einem Nachlaß

Ausführungen von Dr. Albert Sting vom 7.11.1993 bei der Führung „Jüdische Gedenkstätten in Ludwigsburg“

Geschichte der jüdischen Gemeinde Ludwigsburg S. 49

Gespräch mit Eugen Buhl vom 4.8.1986

Ludwigsburger Geschichtsblätter Heft 30/1978 S. 56f

Ludwigsburger Kreiszeitung vom 18.11.1993

Streiflichter 5/1993 S. 53

Nachtrag: Für die in der Ludwigsburger Kreiszeitung vom 19.12.1995 auf Seite 21 veröffentlichte Anmerkung, dass Gerhard Ulmer ebenfalls durch Ludwigsburg geschleppt wurde, lagen in Archiven keine Hinweise vor. Wie den Ludwigsburger Geschichtsblättern 30/1987 (S. 57) zu entnehmen ist, „ (...) >solte er< durch öffentliches Herumführen in der Stadt als Judenknecht angeprangert werden.“



Diffamierendes Schild »Judenknecht«

(Mit diesem Schild wurden am Ersten Advent 1938 Dipl.-Landwirt Eugen Buhl und Kohlenhändler Metzger durch die Stadt zum Marktplatz geführt, weil sie sich öffentlich zu ihren verfolgten jüdischen Mitbürgern bekannt hatten)

Marie Brucker

Marie Brucker geb. Aranovic wurde am 21. Januar 1898 als Kind jüdischer Eltern in Mannheim geboren.

Sie war mit Simon Gross verheiratet, der sehr früh verstarb.

Aus dieser Ehe ging der Sohn Hans Alfred Gross hervor, der am 22. Dezember 1921 in Mannheim geboren wurde.

Nach dem frühen Tod des Ehemannes heiratete Marie Brucker den Bankdirektor Franz Philipp Brucker, geb am 5. Dezember 1894 in Heidelberg, der katholischer Konfessionszugehörigkeit war.

Aus dieser Ehe gingen vier Kinder hervor. Dieter, geb. 31. März 1932 und Lore, geb. am 18. Januar 1933, die in Mannheim geboren wurden. Bernhard Philipp Brucker kam am 20. September 1938 in Ludwigsburg zur Welt. Ebenso Beate Creszentia am 20. September 1939.

Die Familie war im Mai 1935 von Mannheim nach Eglosheim gekommen. Anfang 1938 erfolgte der Umzug in die damalige Franz-Seldtestr. 25.

Sie kamen in eine Stadt, in der, wie überall im Deutschen Reich, die Hetze gegen die Juden in voller Blüte stand.

Schon vor 1933 stand auf Ludwigsburger Naziflugblättern: „Die Sozialdemokratie als Judenschutztruppe entlarvt!“ und „Unser Kampf gegen Marxismus und Judentum“ (1932). Dies setzte sich nach der Machtübergabe an die Nazis am 30. Januar 1933 verstärkt fort.

Auf allen Gebieten schlugen die Nazis, nun die Regierungspartei, zu.

„Warum Arierparagraph?“ lautete der Titel einer Broschüre, die auch in Ludwigsburg vertrieben wurde. „Ein Beitrag zur Judenfrage von Dr. E.H. Schulz und Dr. R.Frercks (1934)“.

Dem Amt für Rassenpolitik stand im Kreis Ludwigsburg zumindest zeitweilig ein Dr. Reimold aus Asperg vor.

Die „Nürnberger Gesetze“

Mit den sog. Nürnberger Gesetze, dem „Reichsbürgergesetz“ und dem „Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre“, wurden weitere „rechtliche“ Grundlagen für den Nazi-terror geschaffen.

Im Lauf der Jahre hat dieser Staat auf „rechtlicher Grundlage“ der Ehe von Marie Brucker den Status einer „privilegierten Mischehe“ aufgezwungen.

Ihr Sohn aus erster Ehe, Hans Alfred Gross, bekam das voll zu spüren. Er konnte sich zwar nach der Schule noch als Drahtler- bzw. als Flaschnerlehrling ausbilden lassen. In dieser Zeit wohnte er auch in

Stuttgart.

Am 1. November 1941 wurde er, seine leiblichen Eltern waren beide Juden, nach Riga deportiert.

Aus den Aufzeichnungen von Marie Brucker entnehmen wir:

„Ich bin Jüdin und sollte noch am 12. Februar 1945 in ein KZ verbracht werden, (Schreiben der hiesigen Polizeidirektion auf Anordnung der Gestapo Stuttgart),“ geht aus ihren Unterlagen vom 22.8.1946 hervor.

Einige Wochen mußte sie damals, die Mutter von vier unmündigen Kindern, in einem Arbeitslager verbringen.

Bereits Jahre vorher, am 18. Januar 1939, stellte ihr der Polizeiamtsvorstand in Ludwigsburg eine neue Kennkarte aus, auf der das „J“ deutlich sichtbar eingedruckt war. „Sara“ wurde ihr als weiterer Vorname aufgezwungen.

Mit sogenannten „Rundschreiben“ wurde Marie Brucker laufend unter Druck gesetzt.

Diese wurden auf „Weisung“ der Gestapo gefertigt. Seit Juli 1942 hatte die Stapoleitstelle Rechtsanwalt Ostertag aus Stuttgart als „Vertrauensmann“ der in „Mischehe“ lebenden Juden zwangsbestellt.

Sein Briefkopf „Dr. Benno Israel Ostertag, Eberhardstr. 1/II“ (Stuttgart).

Daneben bestand, nach der Zerschlagung der jüdischen Gemeinde in Stuttgart, unter dem Namen „Reichsvereinigung“ eine Einrichtung weiter, die als ausführendes Organ der Gestapo fungieren mußte.

An diese „Mittelstelle“, die seit 1940 von Alfred Marx geleitet wurde, oder Dr. Ostertag konnte sich Marie Brucker wenden.

Dies geht aus den vorliegenden Unterlagen hervor. „Es wird nochmals darauf hingewiesen“, so eine Weisung, „dass der zusätzliche Vorname bei jeder Gelegenheit zu führen ist, wo es im Rechts- und Geschäftsverkehr üblich ist, den Namen anzugeben. Danach ist es z.B. auch erforderlich, bei der Angabe eines Absenders auf Postsendungen die entsprechenden Vornamen anzugeben.“

Unter dem 9. April 1943 gingen ihr per Drucksache als Rundschreiben „Verhaltensmaßregeln“ zu.

Ausgehverbot in Ludwigsburg

„Es wird nochmals darauf hingewiesen, dass das Ausgehverbot in der Zeit vom 1.4. bis 30.9. auf die Zeit von 21 Uhr abends bis 5 Uhr früh festgelegt ist. Juden, die das Kennzeichen tragen müssen, ist bekanntlich die Inanspruchnahme von deutschen Friseurern verboten. Es steht,“ so in dem Schreiben

weiter, „z. Zt. kein jüdischer Friseur zur Verfügung.“ „Es wird daran erinnert,“ so das Rundschreiben vom 9. April 1943 weiter, „dass zur Weiterführung der Fragebogen jede Veränderung des Personenstandes und zwar von jedem einzelnen Familienmitglied, sowie Änderung der Wohnung und des Arbeitsplatzes zu melden ist, also auch z.B. wenn Kinder aus der Schule austreten und eine Lehrstelle annehmen.“

Sohn auf Todesmarsch erschossen

Über ihren Sohn aus erster Ehe mit Simon Gross, der am 15. April 1945 umgekommen ist, schrieb Marie Brucker: „Auf dem Todesmarsch von 2400 jüdischen Häftlingen vom Lager Zeitz (KZ Buchenwald) nach Theresienstadt in der Nähe des Bahnhofs Reizenstein (Reizenhain?) von dem Oberscharführer Schmidt ermordet.“

Hans Gross, am 22. Dezember 1921 in Mannheim geboren, war seit dem 27.11.1941 in Haft. Einige Tage darauf nach Riga deportiert, kam er auf ein SS-Gut. Es folgte ein Ghetto, dann die KZ-Lager Stutthof und Buchenwald. Von einem Arbeitskommando im Braunkohlenbenzinwerk Brabay in Tröglitz bei Zeitz aus ging es auf den Todesmarsch in die Tschechoslowakei.

Ein Hinweis besagt: „In der Nähe des Bahnhofs Reizenhain an der tschechischen Grenze wurde der Zug, in dem sich auch Hans Gross befand, am 15. April (1945) von amerikanischen Tieffliegern beschossen. Die Häftlinge sprangen daher aus den Wagen und flohen in den Wald. Dabei wurden sie von der SS beschossen. Hans Gross wurde getroffen und fiel tot auf das Bahngleis.“

In einem der Rundschreiben für die in „Mischehe“ lebenden Juden, die Marie Brucker „weisungsgemäß“ aus Stuttgart erhielt, wurde ihr 1943 u.a. zum Postverkehr mit ihrem Sohn mitgeteilt, dass „höchstens dreimal im Monat eine Postkarte in deutscher Sprache und in deutlicher Schrift, möglichst Block- oder Maschinenschrift, geschrieben werden“ darf.

Ihr Ehemann Franz Brucker, Bankdirektor, der aus Heidelberg stammte, mußte Arbeiten in einem Kriegsgefangenenlager (Stalag) verrichten. Aus Unterlagen vom 22. August 1946 ist zu entnehmen, daß er schon vorher aus seinem Beruf gedrängt, in der Fotobranche beschäftigt wurde.

Er starb am 17. Mai 1959.

Marie Brucker ist 1964 in Ludwigsburg verstorben.

Quellen- und Literaturhinweis

Chronik der Deutschen. Chronik Verlag 1983

Der SS-Staat von Eugen Kogon. Europäische Verlagsanstalt 1964

Fragebogen „Landesausschuß Württemberg-Baden der vom Naziregime politisch Verfolgten, Landesstelle Stuttgart“ Marie und Hans Brucker vom 22.8.1946 und 10.11.1948

Geschichte der jüdischen Gemeinde Ludwigsburg. Wilfried Melchior Verlag (1989)

Jüdisches Leben in Ludwigsburg von Joachim Hahn (1998) S. 352 und S. 400

Karteikarten der VVN von 1946 und 1948

Kennkarte von Marie Brucker, ausgestellt am 18. Januar 1939 „Der Polizeiamtsvorstand Ludwigsburg“

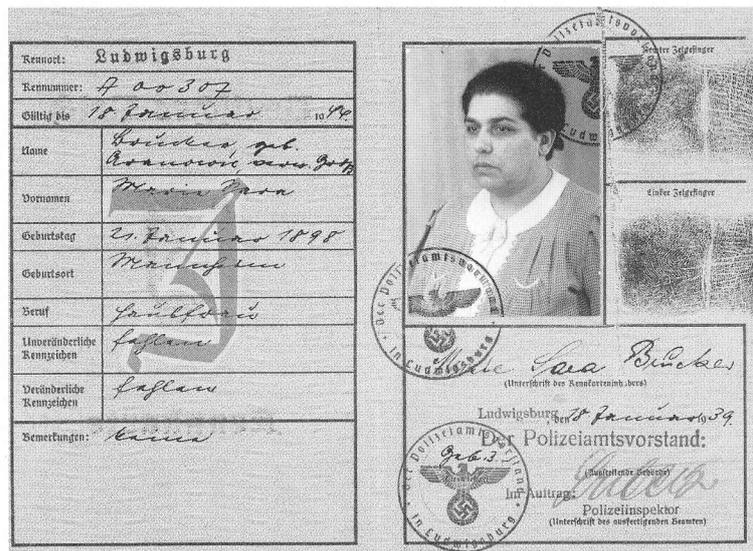
Liste der Kreis(haupt)amtsleiter der NSDAP im Kreis Ludwigsburg (Aus einem Nachlass.)

Ludwigsburger Geschichtsblätter Heft 30/1978

Müller, Roland: Stuttgart zur Zeit des Nationalsozialismus, Stuttgart 1988. S. 410

Rundschreiben Nr. 8 vom 9. April 1943 (Dr. Ostag)

Warum Arierparagraph?“ (1934) vom Rassenpolitischen Amt der NSDAP (Berlin)



Josef Molek

Still und bescheiden lebte Josef Molek in den letzten Jahren in Ludwigsburg. Die Vergangenheit hatte er hinter sich gelassen. Eine Krankheit fesselte ihn zum großen Teil an die Wohnung.

Alle Versuche, etwas über seine Vergangenheit zu erfahren, scheiterten. So sind es nur Bruchstücke, zusammengefügt aus alten Urkunden, Nachfragen bei Angehörigen und Hineindenken in die damalige Zeit, aus der man Lehren ziehen kann.

Kurz bevor das Reich der Habsburger auseinanderfiel, am 25. März 1917, kam Josef Molek in Dlaschkowitz bei Leitmeritz (Litomerice) zur Welt. Sein Vater war, wie aus dem Tauf- und Geburtschein der dortigen Pfarre, so die damalige Bezeichnung, zu entnehmen ist, als Gastwirt tätig. Dort verbrachte Josef Molek seine Jugend. Nach dem Schulbesuch erlernte er, wie aus dem vorliegenden Zeugnis ersichtlich ist, den Beruf eines Friseurs.

Danach erfolgte seine Bewerbung bei der Armee der Tschechoslowakischen Republik (die ein parlamentarisch-demokratischer Verfassungsstaat westlicher Prägung war) und wurde angenommen. Die Deutschen waren mit über 3 Millionen (1919) die stärkste Minderheitengruppe in der CSR.

Die Lage: Ab 1933, vornehmlich ab 1934, fanden in der CSR zahlreiche Reichsdeutsche Zuflucht, die sich den Häschern des Dritten Reiches entziehen konnten. Gleichzeitig bekam die Henleinpartei (Sudetendeutsche Partei), die im Lauf der Entwicklung offen den Anschluß an das Deutsche Reich betrieb (Frühjahr 1938), immer mehr Zulauf.

Einmarsch der Wehrmacht

Am 1. Oktober 1938 marschierte die Wehrmacht in das Sudetengebiet, einen Teil der Tschechoslowakei, ein. Zuvor unterzeichneten die Vertreter der Großmächte (Mussolini, Chamberlain, Daladier und Hitler) am 29.9.1938 das Münchener Abkommen. Die betroffene Tschechoslowakei war daran nicht beteiligt. Großbritannien, Frankreich und Italien gaben der Forderung Hitlers nach Annexion des böhmischen Grenzgebietes und der Umsiedlung der dort lebenden Bevölkerung statt.

Der Führer der Sudetendeutschen Partei, Konrad Henlein, wurde zum Gauleiter des „Reichsgaues Sudetenland“ ernannt.

Am 14./15. März 1939 wurde die Rest-Tschechoslowakei besetzt. Am darauffolgenden Tag verkündete Adolf Hitler die Errichtung des „Protektorats Böhmen und Mähren“. Aus einem Staatsbürger von Österreich-Ungarn und danach der CSR, Josef Molek, wurde ein „Reichsdeutscher“.

Verhältnismäßig kurz war darum seine Dienstzeit

in der Tschechoslowakischen Armee. Doch er hatte es bis zum Offizier gebracht.

Für Josef Molek begann, wie den Aufzeichnungen zu entnehmen ist, etwa im Oktober 1939 die „Umschulung“. Ein Bild vom 1. November 1939 zeigt ihn beim 1. Ausgang in der Kadettenschule. Als Oberleutnant wurde Josef Molek danach in die Wehrmacht übernommen.

Im Laufe des Krieges müssen bei dem in der Zwischenzeit hochdekorierten Offizier der Wehrmacht erhebliche Zweifel an den Kriegszielen der neuen Herren aufgekommen sein.

Die Verhaftung

Am 11. April 1942 erfolgte seine Verhaftung. Als Haftgrund ist vermerkt: Vorbereitung zum Hochverrat durch Abhören feindlicher Sender, negative Äusserungen über die NSDAP (Nazipartei).

Wer ihn zur Anzeige brachte, wer der Spitzel in der Wehrmacht war, ist aus den Unterlagen nicht ersichtlich.

Wegen seiner Verteidigung schrieb ein Dr. Josef Stark am 13. Juli 1942:

„Herrn Oberleutnant Josef Molek
Prag IV.

Kapuzinergasse 2 ZZ AA
Ausk.

Auf Ihr Schreiben vom 7. d.M. muß ich Ihnen mitteilen, daß ich Ihre Vertretung und Verteidigung nicht übernehmen kann, zumal da ich in der nächsten Zeit nicht zuverlässig dauernd in Prag sein werde.
(...)

Heil Hitler

Dr. Stark“

Ein Schreiben aus Prag vom 28.7.1942 besagt:

„Auf ihre wiederholten Anfragen teilen wir ihnen folgendes mit.

Ihr Sohn Josef Molek ist laut Beweismaterial politischer Hinsicht angeklagt worden, weitere Auskünfte können wir ihnen nicht geben.

Bitte sich um weitere Auskünfte an den Verteidiger ihres Sohnes Herrn Rechtsanwalt Dr. Weinmann zu wenden, der in der Lage sein wird, ihnen Näheres mitzuteilen.

Heil Hitler

Dr. (unleserlich)

Kriegsgerichtsrat der 404 Div.“

Ein Schreiben vom 28.8.1942 lautet:

„Ich teile Ihnen mit, daß ich für Ihren Sohn Josef M.

als Verteidiger bestimmt wurde. Die Verhandlung wurde zum heutigen Tage angesetzt. Ich möchte Ihnen nicht verhehlen, daß es sich um eine sehr ernste Anklage handelt. Zunächst ist es mir heute gelungen, die Einvernahme weiterer Zeugen zu veranlassen und damit die heutige Verhandlung vertagen zu lassen. Ich bin gern bereit, Ihnen weitere Auskünfte zu erteilen, sofern Sie mich in meiner Kanzlei besuchen wollen. Ihre Ankunft bitte ich mir jedoch vorerst mitzuteilen.

Heil Hitler!
Dr. Weinmann"

Zum Tode verurteilt

In einer Bestätigung heißt es:
„Kommandeur der Sicherheitspolizei Prag
Pol. Gefängnis Theresienstadt.
Theresienstadt, am 26. August 1942

Bestätigung

Bezugnehmend auf ihr Schreiben vom 28.4.42 teilen wir Ihnen mit, daß Sie Ihren Sohn, den Oberleutnant Molek, am 1.9.42 besuchen dürfen. Bitte sich vorher beim Herrn Kriegsgewichtsrat Orschats Zimmer 4 zu melden. Das Mitbringen von Lebensmitteln ist verboten.

Ihr Sohn ist zum Tode verurteilt. Aber eine Bestätigung vom Obersten Gerichtsherrn liegt noch nicht vor. Von Seiten des Rechtsanwalts eine Eingabe an den Divisionskommandeur kann noch vieles ändern. Ihr Sohn ist laut Urteil unter die politischen Häftlinge eingereiht worden. Bitte Zivilkleidung für den Sohn mitbringen.

(unleserliche Unterschrift)
Justizinspektor des 404 Ger."

Aus einem Brief vom 6.11.1942 ist zu entnehmen:
„In Ihrer Strafsache teile ich Ihnen mit, daß das Verfahren seitens des Gerichts der Ers.Div. 404 in Dresden an das Gericht der Div. Nr. 193 in Prag unter dem A.Z.St.L.III Nr. 293/42 abgegeben wurde. Die Hauptverhandlung wird erst nach dem 21.11.1942 anberaumt werden.“

In der Verhandlung am 23. November 1942 sagte der Vertreter der Anklage, daß nach seiner Ansicht die Todesstrafe gegen Josef Molek verhängt werden müßte. Die Verteidigung dagegen konnte das Gericht überzeugen, daß eine mehrjährige Zuchthausstrafe ange-

Kommandeur der Sicherheitspolizei Prag

Pol. Gefängnis Theresienstadt.

Prag den 28.7.1942

Theresienstadt, am 194...

Bestätigung.

Auf ihre wiederholten Anfragen teilen wir Ihnen folgendes mit. Ihr Sohn Josef Molek ist laut Beweismaterial politischer Hinsicht angeklagt worden, weitere Auskünfte können wir Ihnen nicht geben. Bitte sich um weitere Auskünfte an den Verteidiger Ihres Sohnes Herrn Rechtsanwalt Dr. Weinmann zu wenden, der in der Lage sein wird, Ihnen Näheres mitzuteilen.

Heil Hitler


Kriegsgewichtsrat der 404 Div.

messen und ausreichend wäre.

Das Urteil durch das Kriegsgewicht der 193. Division in Prag: 12 Jahre Zuchthaus, Ehr- und Rangverlust, Wehrunwürdigkeit.

Verteidiger Dr. Weinmann in einem Schreiben an den Vater von Josef Molek: „Dieses Urteil wird rechtskräftig, wenn der Gerichtsherr dieses Urteil bestätigt. Ein Rechtsmittel dagegen ist nicht möglich. Es besteht natürlich noch die Befürchtung, daß das Urteil aufgehoben wird, weil es dem Gerichtsherr zu milde erscheinen könnte. Ich habe jedoch heute im Anschluß an die Verhandlung noch besonders darauf hingewiesen, daß meiner Ansicht nach die verhängte Zuchthausstrafe völlig ausreicht und Ihrem Sohn doch die Gelegenheit geboten werden sollte, durch erhöhten Einsatz seine Tat zu sühnen, welche Möglichkeit erst vor kurzer Zeit geschaffen wurde.“

Ich möchte noch betonen, daß Ihr Sohn dem Vorsitzenden des Kriegsgewichtes sofort nach der Urteilsverkündung erklärt hat, daß er gegen das Urteil keine Einwendungen hat. Ich empfehle daher auch, die Einbringung eines Gnadengesuches vor der Hand nicht.(...)“

In einem Brief, der dem Vater unter dem 21. Dezember 1942 zuging, bedankt sich Josef Molek bei Rechtsanwalt Rudolf Weinmann für die Verteidigung und schreibt u.a.: „Wird mir, wenn ich Frontbewährung bekomme, mein Ehrenverlust und Strafe gestrichen, oder wenn mir ein Teil der Strafe geschenkt wird, kann ich da meine Gastwirtschaft weiterführen?“

Festungshaft und Konzentrationslager

Einen Monat kam Josef Molek zur „Strafverbüßung“ in die Festung Torgau. (Im dortigen Fort Zinna, etwa zwei Jahre danach, war auch der Antifaschist Karl Wieland aus Asperg wegen „Wehrkraftzersetzung“ eingesperrt.) Josef Molek wurde von Torgau nach dem Konzent-

rationslager Teufelsmoor, Aschendorf, Lager II, gebracht. 16 Monate mußte er dort in Baracke 10 unter der Häftlingsnummer 1570/42 zubringen.

Die „rechtliche“ Grundlage für die KZ-Haft von verurteilten Wehrmachtsangehörigen erfolgte bereits einen Monat nach Beginn des Zweiten Weltkriegs.

Am 30. September 1939 erließ das Oberkommando der Wehrmacht eine Verfügung (14 n 16 WR III), wonach der Militärstrafvollzug unter verschärften Bedingungen durchzuführen sei. Das Reichsjustizministerium ordnete darauf (nach Übereinkunft mit dem Oberkommando der Wehrmacht) an, „daß die Strafen aller Personen, die auf Grund eines wehrmachtsgerichtlichen Urteils wehrunwürdig geworden sind, im Emsland in Zuchthäuslerkompanien vollstreckt werden.“

Weitere „Verordnungen“ folgten; so u.a. vom Oberkommando des Heeres (13.11.1939), in denen schmale Kost sowie schwere und gefährliche Arbeit angeordnet wird.

In den Akten des Reichsjustizministerium ist über den Besuch eines Dr. Thurn im Jahre 1942 vermerkt: „Ich untersuchte im Emsland ungefähr 500 Gefangene, die für den Einsatz in Norwegen bestimmt sind. Dabei konnte ich feststellen: Etwa 1/4 aller von mir untersuchten Gefangenen haben Spuren von Mißhandlungen gezeigt.“

Josef Molek hat über die Zeit im Moor wenig gesprochen. Es liegen auch keine Aufzeichnungen vor. Nach seinen knappen Äußerungen hat er die 16 Monate nur dadurch einigermaßen überlebt, weil er, vor seinem Eintritt in die Armee der Tschechoslowakischen Republik, den Beruf eines Friseurs erlernte. Im Lager war er darum gefragt.

Erst nach Sichtung seines Nachlasses wurde bekannt, daß er von der Wehrmacht folgende Auszeichnungen erhalten hat: EK 1 und EK 2, das Infanterie-Sturmabzeichen, das Verwundeten-Abzeichen, die Ostmedaille und das Deutsche Kreuz in Gold.

Bewährungs-Bataillon 500

Vom KZ aus erfolgte seine „Überstellung“ in das Bewährungs-Bataillon 500. Für diese Häftlinge wurde die „Wehrunwürdigkeit“ für die Dauer des Krieges aufgehoben. „KZ-Soldaten“ wurden an besonders gefährlichen Frontabschnitten einge-

Kommandeur der Sicherheitspolizei Prag

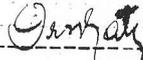
Pol. Gefängnis Theresienstadt.

Prag den 27.11.1942.

Theresienstadt, am 1942

Bescheinigung.

Ihr Sohn bittet um ihren Besuch und gleichzeitig um die Mitnahme von folgenden Auszeichnungen, Ek 2, Ek 1, Klasse Infanterie Sturmabzeichen, Verwundeten-Abzeichen und dem Deutschen Kreuz in Gold. Diese Auszeichnungen sind auf Grund des Urteils ihrem Sohn Herrn Oberltn. Molek nicht abgenommen worden. Genehmigung ihres Besuches liegt vor.


Kriegsgerichtsrat

setzt. Die Zeit der Siege war vorbei. Die Wehrmeldeämter versandten im Herbst 1942 Karten mit folgendem Aufdruck: „Für die Dauer des Dienstes in der Wehrmacht ist ihre Wehrunwürdigkeit aufgehoben.“ Ein Hintergedanke war, politische Gegner des NS-Regimes in die Vernichtung zu treiben. Bereits im Dezember 1940 hatte Hitler die Aufstellung der „Bewährungstruppe 500“ befohlen, das für alle drei Wehrmachtsteile zuständig war. Der Chef der Wehrmachtsrechtsabteilung stellte dazu schon am 18.9.1940 fest: Es sind ihr Aufgaben zu stellen, die das äußerste verlangen.“ Bevor die „Einberufung“, Überstellung vom KZ in diese Truppe erfolgte, wurde eine „Überprüfung“ im Wehrmachtsgefängnis Torgau-Fort Zinna durchgeführt.

Wann Josef Molek zur „Überprüfung“ in Fort Zinna war, konnte bis jetzt nicht festgestellt werden. Ein Zeitzeuge berichtet über seine Einkleidung: „Bei zwölf Grad unter Null und einem eisigen Wind mußten wir uns alle nackt ausziehen, die Lumpen vor uns auf einen Haufen legen, bis auf das Schuhwerk. Dann wurden wir militärisch eingekleidet.“ Die „Ausbildung“ erfolgte mit unerhört hartem Drill bis zu 12 Stunden am Tag. Das Ziel war, den „Soldaten“ so weit zu bringen, daß er „die Einhaltung der Vorschriften und die Befolgung der Befehle schließlich für reinen Ausfluß seines eigenen Willens hält.“

Nach vorliegenden Unterlagen wurden 1943 rund 1000 bis 1300 Häftlinge aus verschiedenen Lagern zur „Überprüfung“ nach Torgau verschickt. „Für das 1944 sind bis zum 18.12.1944 Transporte mit insgesamt 2154 Männern verbürgt.“

Laut der „Eidesstattlichen Versicherung“, abgegeben in Eutzsch Kreis Wittenberg vom 20.1.1949, war Josef Molek vom 11. April 1942 bis Kriegsende in Haft bzw. im KZ eingekerkert. (Dazu rechnet wohl auch sein Einsatz als „KZ-Soldat“ im Bewährungs-Bataillon.)

Neue Verhaftung in der alten Heimat

Nach der Rückkehr in die alte Heimat erfolgte eine neue Verhaftung. Eine Frau aus dem Dorf hatte ihn angezeigt. Grund: Der Molek war Offizier in der Hitlerwehrmacht.

Jahre danach, als Josef Molek zu Besuch in der Tschechoslowakei war, wollte sie davon nichts mehr wissen.

Der Offizier in zwei Armeen kam in das Internierungslager Theresienstadt. Dabei hatte er noch Glück im Unglück. Der Chef des Internierungslagers (Theresienstadt, Kleine Festung) war zusammen mit seinem Vater im 1. Weltkrieg Soldat in der Armee der Donaumonarchie gewesen, konnte sich an den Namen Molek erinnern.

So hatte der Sohn gleich „einen Stein im Brett.“ In einer Bestätigung vom 17.10.1946 heißt es: "(...) Josef Molek (...) war in der Zeit vom 13.7.1945 bis 20.10.1946 in der hiesigen Festung interniert. Im Laufe dieser Zeit hat sich Obengenannter sehr gut geführt, seine ihm übertragenen Arbeiten als Aufseher des Gesundheitsdienstes und Friseur zur vollsten Zufriedenheit ausgeführt. Unterzeichneter gab keinen Grund zu irgendwelchen Beschwerden.

Der Chef des Internierungslagers
Bohuslaw Bicik
Sekretär"

Auf den Rat seines Vaters hin ging Josef Molek nach Westdeutschland. Kam nach Ludwigsburg. Heiratete dort. War viele Jahre bei Wüstenrot tätig. Dort auch als Betriebsrat.

Bis zu seinem Tode, am 17. August 1993, war er Mitglied der 1946 in Ludwigsburger gegründeten Vereinigung der Verfolgten des Nazi-regimes.

Zu seiner Beisetzung waren auch Angehörige aus der alten Heimat gekommen.

Quellen- und Literaturhinweise

Aus dem Nachlass von Josef Molek

Brandes, Detlef/Kural, Vaclav (Hrsg.)
Der Weg in die Katastrophe.

Deutsch-tschechoslowakische Beziehungen 1938 - 1947, Essen 1994.

Die Stimme des anderen Deutschland
Hrsg. Sekretariat des Rates der VVN Hamburg, 1949.

Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus, Band II.

Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1999
S. 754 -757 Torgau.

Oleschinski, Brigitte (Hrsg.). Das Torgau-Tabu.
Wehrmachtsstrafsystem/NKWD Speziallager/DDR Strafvollzug. Leipzig 1993.

Perk, Willy: Die Hölle im Moor. Frankfurt/Main 1970.

Ueberhorst, Horst: Sportkultur im deutschen Osten und im Sudetenland. Düsseldorf 1992.

Wüllner, Fritz: Die NS-Militärjustiz und das Elend der Geschichtsschreibung. Ein grundlegender Forschungsbericht.
Baden-Baden 1991.

Eidesstattliche Versicherung .

Josef Molek, geboren am 25. März 1917 in Dlaschkowitz Kreis Leitmeritz (Sudetenland) wurde am 11. April 1942 wegen Hochverrats und kommunistischer Gesinnung verhaftet und nach Prag gebracht. Am 13. Mai 1945 kehrte er aus seiner Verhaftung zurück. Mir ist dies bekannt, da ich aus der Heimat des Josef Molek stamme und mit ihm befreundet war.

Ich versichere vorstehende Angaben hiermit an Eides statt.

Jessen/Elster, den 25. Januar 1949

Otto Pettrich

Annaburg Krs. Torgau, Mühlenstrasse 16 .

U. R. D. 27/19/49

====

Die vorstehende heute vor mir gefertigte Unterschrift des Herrn Bosthelfer Otto Pettrich, Annaburg Krs. Torgau, Mühlenstr. 16, ausgewiesen durch Vorlage der Bescheinigung der Ortspolizei Annaburg Kr. Torgau vom 6. Januar 1949, wird hiermit beglaubigt.

Jessen/Elster, den 25. Januar 1949

Amtsgericht Herzberg
Zweigstelle Jessen

Wille Justizoberinspektor
als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle.



Internierungslager
Theresienstadt
Kleine Festung

Theresienstadt, den 17.Okt.1946

Nr. 1802/46

B e s t ä t i g u n g

Wir bestätigen hiermit, Herrn Josef Molek, geb. am 25.3.17. in Dlazkowitz Krs. Weimeritz, Friseur, ledig, war in der Zeit vom 13.7.45. bis 20.10.46. in der hiesigen Festung interniert. Im Laufe dieser Zeit hat sich Oben- genannter sehr gut geführt, seine ihm übertragenen Arbeiten als Aufseher des Gesundheitsdienstes und Friseur zur vollsten Zufriedenheit ausgeführt. Unterzeichneter gab keinen Grund zu irgendwelchen Beschwerden.

Der Chef des Internierungslagers
Bohuslaw B i c i k.

Stempel: Internierungslager

Sekretär.

F.d.R.d.A.:

Fullner
Frst. Lugest



In eigener Sache

STREIFLICHTER AUS VERFOLGUNG UND WIDERSTAND:

Heft 4 ist nun erschienen

Ein weiteres tragisches Kapitel deutscher Geschichte

Ludwigsburg. Mit dem vierten Band der Streiflichter veröffentlichten Reinhard Hildebrandt und Werner Hoffmann einen weiteren Beitrag der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten (VVN/BdA) zur Heimatgeschichte des Kreises Ludwigsburg. Die Ausübung von Gewaltherrschaft durch Vernichtung von Zivilisten, Zwangsarbeitern, deutschen Soldaten und ausländischen Kriegsgefangenen auf der „Rechtsgrundlage“ einer beispiellosen Blutjustiz wird an Ereignissen in unserem Kreis belegt.

Der erste Artikel folgt den Spuren französischer Widerstandskämpfer, die infolge des „Nacht-und-Nebel-Erlasses“ von 1941 hingerichtet wurden. Die Ehefrau des im KZ Mauthausen umgekommenen Ludwigsburger Widerstandskämpfers Franz Martin beobachtete 1944 die Aushebung eines Massengrabes im Ludwigsburger Neuen Friedhof. Mehr als 30 ermordete französische Gefangene wurden dort begraben. Nach Kriegsende erfolgte die Überführung in ihre Heimatorte. Die Erschießungen fanden überwiegend auf dem Schießplatz Poppenweiler statt. Die Namen der Hingerichteten sind in den Streiflichtern veröffentlicht.

Bei ihren Recherchen stützen sich die Autoren nicht alleine auf Archivmaterial, das in großer Fülle ausgewertet wurde. Wo immer möglich, wird aus Briefwechseln und Interviews mit Überlebenden oder Angehörigen umgekommenen Menschen zitiert. An solche Angehörigen wurde auch bei der Veröffentlichung einer namentlichen Liste von Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen gedacht, die auf Ludwigsburger Friedhöfen beerdigt sind.

Ein weiterer Abschnitt berichtet über Schicksale deutscher Widerstandskämpfer aus Ludwigsburg und Umgebung, die über den Hohenasperg nach Buchenwald verschleppt wurden. In der nachfolgenden Dokumentation wird die Militärjustiz des NS-Staates am Beispiel einer örtlichen „Fallsammlung“ dargestellt – ein Bereich, der mit lokalem Bezug bisher kaum bearbeitet wurde. Nach den Entschädigungs- und Wiedergutmachungsakten der Ludwigsburger Betreuungsstelle für politisch, rassistisch und religiös verfolgte des Naziregimes geht es um Urteile wegen „Wehrkraftzersetzung“ wie im Fall des Neckarweihinger Bäckers Walter D. 1933 war er in die Partei eingetreten, weil er gebaut hatte und seinen Arbeitsplatz nicht gefährden wollte. D. wurde Ende 1944 in Dünkirchen erschossen.

Im Kameradenkreis hatte er sich darüber aufgeregt, daß die Offiziere abhauen und die Soldaten im Dreck sitzen ließen. Es wird berichtet über Deserteure wie Erwin Kreetz, für den in Kleinbottwar seit 1989 ein Gedenkstein steht, oder über die „Ernststen Bibelforscher“ oder Zeugen Jehovas, die die Anerkennung staatlicher Machtansprüche und den Kriegsdienst aus religiösen Gründen verweigert haben.

KORNWESTHEIMER
Zeitung

Montag, 11. Juni 1990

Seite 14

Das Heft endet mit der Schilderung zweier Einzelschicksale: Otto Weidenbach, Vorsitzender der KPD-Fraktion im Ludwigsburger Gemeinderat und später Kämpfer bei den Internationalen Brigaden in Spanien, der sich der Verfolgung durch Emigration entzog und 1979 in Brandenburg starb, sowie Caesar von Hofacker, gebürtiger Ludwigsburger, Oberstleutnant im Stab des deutschen Militärbefehlshabers in Frankreich, der 1944 hingerichtet wurde wegen Beteiligung an der Vorbereitung des Attentats vom 20. Juli.

Oberbürgermeister Henke schreibt in seinem Geleitwort zum 4. Band der Streiflichter: „Das Gedenken an die Opfer der Gewaltherrschaft, und zwar jeder Gewaltherrschaft, soll für uns eine ständige Mahnung sein, dafür zu arbeiten, daß sich so etwas nie wiederholt – nicht nur hierzulande, sondern daß die Menschheit auch in anderen Weltgegenden endlich zur Vernunft kommt.“

Die VVN/BdA hofft, mit diesem Band einen Beitrag zur Erinnerung an die Vergangenheit und zu einer wachsamsten Beobachtung der Gegenwart zu leisten, denn – so Richard von Weizsäcker – „wer vor der Vergangenheit die Augen verschließt, wird blind für die Gegenwart“.

Alfred Nitzsche

Unter denen die auf dem Gefangenenfriedhof Hohenasperg ihre letzte Ruhestätte fanden, befindet sich Alfred Nitzsche. Noch 1987, als wir in Heft 3 über den „Tränenberg und Demokratenbuckel“ berichteten, hatten wir keinerlei Unterlagen über ihn.

Immer wieder ist auf den dortigen Gräberlisten als Nationalität Protektorat Böhmen und Mähren (jetzt Tschechien), Litauen, Frankreich und unbekannt vermerkt. Es handelt sich hier offensichtlich um Menschen, die nach dem Überfall auf ihre Länder nach Deutschland verschleppt wurden und deren Gerichtsakten nach dem Krieg auf „seltsame Weise“ verschwanden.

Zwischenzeitlich wissen wir, daß der in einem Verzeichnis unter der laufenden Nummer 23 aufgeführte, im Grab Nr. 81 beigesetzte Alfred Nitzsche, am 9. August 1906 in Schmölln Kreis Altenburg geboren wurde. Er war Maschinenschlosser. Zusammen mit sechs weiteren Angeklagten wurde „der Beschuldigte“ vom Sondergericht in Weimar am 27. August 1941 wegen „Vorbereitung zum Hochverrat und Abhören fremder Sender“ zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt. Wie aus einem Brief des Sohnes hervorgeht, wurde Alfred Nitzsche am 29. November 1941 zur Strafverbüßung in das damalige Zuchthaus Bernau am Chiemsee verbracht. Aus dem dortigen Gefangenenentagebuch entnehmen wir: „Erstbestraft. Eingang am 29.11.41 9.30 Uhr.“

Nach der Verurteilung wurde auch die polizeiliche Meldebehörde in Schmölln/Thüringen und das Wehrbezirkskommando in Altenburg tätig. Im „Ausschließungsschein“ vom 29.12.1941 ist u.a. vermerkt: Alfred Nitzsche wird hiermit vom Dienst in der Wehrmacht ausgeschlossen. Er scheidet auf die vorstehend eingetragene Dauer aus dem Wehrpflichtverhältnis aus.

Unter dem 10.3.1944 verzeichnet das Zuchthaus Bernau als Abgangsgrund in der Akte Nitzsche: „Strafgef. München überst.“

Pfingsten 1944. Die Ehefrau und der 10jährige Sohn konnten Alfred Nitzsche in München besuchen. Die meiste Zeit war der politische Gefangene auf Außenkommandos eingesetzt und im Justizpalast München inhaftiert.

„Als Kind“, so der Sohn Werner Nitzsche in einem Brief vom 1.9.1990, „habe ich sehr unter dem Vaterverlust und mit meiner Mutter zusammen unter der Nazi Herrschaft gelitten.“

Alfred Nitzsche war damals schwer erkrankt, denn vom 19.6.1944 bis 4.8.1944 befand sich der Gefangene im Haftkrankenhaus München-Stadelheim. Es erfolgte die Verlegung nach Ludwigsburg. „Am 9.8.1944“, seinem Geburtstag, so die Aufzeichnungen des Sohnes, „besuchte ihn meine Mutter nochmals allein in Ludwigsburg. (...) zu diesem Zeitpunkt war er bereits vom Tode gezeichnet.“ Mitte September wurde Alfred Nitzsche auf den Asperg verlegt, wo er am 14.10.1944 verstorben ist.

Haftaussetzung, Haftverschonung gab es damals nicht.

Zuchthausdirektor Klaus, Oberegierungsrat und Major a.D., schrieb am 14. Oktober 1944 an Elisabeth Nitzsche:

„Ich bedauere Ihnen mitteilen zu müssen, daß Ihr Ehemann Alfred Nitzsche am 14. Oktober 1944 an Lungentuberkulose in der Anstalt verstorben ist. Ihr Ehemann wird am 16. Oktober 1944 auf dem Friedhof Hohenasperg kirchlich beerdigt. (...) Das Grab ist mit dem Namen des Verstorbenen bezeichnet, kann jederzeit besucht werden, und wird durch die Anstalt in Ordnung gehalten.“

Die Kasse für Gefangenen gelder des Zuchthaus Ludwigsburg (Verw. Obersekretär Engelbrecht?) schrieb unter dem 22.11.1944 an Frau Nitzsche:

Auf Ihr Schreiben teilen wir mit, daß ihr verstorbener Mann im Zuchthaus keinen Pfennig Geld hat. Die Beerdigungskosten sind heute noch nicht bezahlt. Das Versprechen Ihnen Geld zu schicken, hätte ihr Mann unterlassen können, da er wußte, daß er kein Geld hat. Das Sporthemd wurde ihrem Mann ins Grab mitgegeben.

Zuchthausdirektor Klaus wurde nach dem Krieg von der Zentralspruchkammer Ludwigsburg als Hauptschuldiger eingestuft. „Die Kammer gelangte,“ so die „Stuttgarter Zeitung“ vom 25. Oktober 1948, „zu der Auffassung, daß K. ein überaus willfähiges Werkzeug der Strafverschärfungsmaßnahmen der NS-Justiz war. Die von dem Betroffenen immer wieder vorgebrachten Beteuerungen, er habe keinerlei Kenntnis von Mißhandlungen sowohl im Zuchthaus Ludwigsburg als auf dem Hohenasperg gehabt, konnten die Kammer nicht überzeugen.“

Trotz seines umfangreichen Sündenregisters, er hatte auch die Hinrichtung von zwei politischen Gefangenen verschuldet, kam Klaus 1948 nach 16tägiger Verhandlung mit 2 1/2 Jahren Arbeitslager davon, die zudem auf die verbüßte Internierungshaft von 2 1/2 Jahren voll angerechnet

Der Vorstand
des
Zuchthaus Ludwigsburg
mit Zweiganstalt Hohenasperg
und Gerichtsgefängnis
Postfach (14)
643 / 44.

Es mich gebeten, diese Geschäftsführer und den
Vorsitzenden bei weiteren Schreiben anzugeben.

Ludwigsburg, den 14. Oktober 1944.
Schönborfer Straße 28.
Fernsprecher 3103.

Frau
Elisabeth N i t z s c h e
in S c h m ö l l n
bei Altenburg/Thüringen.

Ich bedauere Ihnen mitteilen zu müssen, dass Ihr Ehemann Alfred N i t z s c h e am 14. Oktober 1944 an Lungentuberkulose in der Anstalt verstorben ist.

Ihr Ehemann wird am 16. Oktober 1944 auf dem Friedhof Hohenasperg kirchlich beerdigt.

Eine letztwillige Verfügung des Verstorbenen über seine Habe ist nicht vorhanden. Ich bitte um Angabe Ihrer genauen Anschrift, damit die hinterlassenen Gegenstände Ihnen übersandt werden können. Das Grab ist mit dem Namen des Verstorbenen bezeichnet, kann jederzeit besucht werden, und wird durch die Anstalt in Ordnung gehalten.

Oberregierungsrat.

net wurden. Sein Vermögen wurde bis auf 3 000 DM eingezogen. Vom laufenden Einkommen sollte er den 250 DM übersteigenden Betrag an den Wiedergutmachungsfonds abführen. Weiter wurde eine Berufsbeschränkung auf 10 Jahre ausgesprochen.

Ein Urteil, das weit unter der vom öffentlichen Kläger beantragten Strafe lag.

„Aus meiner Haftzeit“, so heißt es in einem Schreiben, „erinnere ich mich noch an Obermedizinalrat Dr. Schwab, der für die Anstalten Ludwigsburg und Hohenasperg zuständig war. Nach meiner Rückkehr im Mai 1945 habe ich erfahren, daß Dr. Schwab von der französischen Besatzungsmacht wegen Verdacht auf Teilnahme an Verbrechen gegen die Menschlichkeit verhaftet worden sei.“

„Dr. Schwab, der Jahrgang 1897 war,“ so eine weitere Information, „hat (...) in Rastatt am 3.6.1948 Selbstmord durch Erhängen verübt.“

Quellen- und Literaturhinweis

Archiv der VVN-BdA Baden-Württemberg.

Stuttgarter Zeitung vom 25.10.1948.

Streiflichter 3 S.4f.

Mitteilung von Alfred Hausser.

Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen in Ludwigsburg.

Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft Stuttgart gegen Dr. Schwab (Aktenzeichen 13 Js. 72/64).

Wehrnummer

Altenburg (Thür.) 26/144/7/6.

Polizeil. Meldebehörde
Schmölln/Thür.

Wehrbezirkskommando
Altenburg (Thür.)

Ausschließungsschein

Der **Maschinenarbeiter**
(Beruf, Vor- und Familienname)

Alfred N i t z s c h e

geb am **9. August 1906** zu **Schmölln**
(Tag, Monat, Jahr) (Ort)

Kreis **Altenburg (Thür.)** -Land.
(Gemeinde, Kreis usw., Regierungsbezirk, Land)

wird hiermit vom Dienst in der Wehrmacht im Frieden
ausgeschlossen.

Er scheidet auf die vorstehend eingetragene Dauer aus dem Wehrpflichtverhältnis aus.

Altenburg (Thür.), den **29. Dez. 1941.**
(Ausfertigungsort) (Tag, Monat, Jahr)

Die Kreispolizeibehörde **Der Wehrbezirkskommandeur**

J. A. I. A.

Weisung (Unterschrift) Major.

Zur Beachtung

1. Alle Eintragungen sind mit Tinte oder mit Hilfe der Schreibmaschine auszuführen.
2. Der Verlust dieses Scheines ist sofort dem zuständigen Wehrmeldeamt zu melden.
3. Fälschung und mißbräuchliche Benutzung dieses Scheines wird als Urkundenfälschung gerichtlich verfolgt.

Die Ermordung des Eugen Sigrist aus Gemmrigheim

Der Fall Vorbote

Am 18. September 1942 erschienen in der „Neuen Mannheimer Zeitung“ und im „Hakenkreuzbanner“ Veröffentlichungen, in denen die Verhandlungen vor dem Volksgerichtshof und die Hinrichtung von Georg Lechleiter und weiterer Mitglieder seiner Widerstandsgruppe bekannt gemacht wurden. Auf Veranlassung des Oberreichsanwalts beim Volksgerichtshof erfolgte auch ein Plakatschlag an allen Mannheimer Litfaßsäulen.

Unter den an diesem Tag in Stuttgart hingerichteten befand sich auch Eugen Sigrist.

Am 25. Januar 1903 in Gemmrigheim geboren, erlernte er den Beruf des Drehers. Sigrist gehörte keiner Partei an. Bereits 1933 wurde er wegen seiner antifaschistischen Tätigkeit zu 10 Monaten Gefängnis verurteilt. Zusammen mit dem Antifaschisten Ernst Heidenreich hatte er in dessen Garten im Stadtteil Waldhof Flugblätter hergestellt.

Bis Kriegsbeginn hatten Mannheimer Antifaschisten Verbindung zur Auslandsorganisation der KPD. Teils kamen Funktionäre aus der Schweiz nach Mannheim. Es fanden auch Treffen im Elsaß statt. Eugen Sigrist war um 1941 bei der Firma Lanz beschäftigt. Dort verteilte er die unter maßgebender Leitung von Georg Lechleiter erscheinende Zeitschrift „Der Vorbote“, die den Untertitel „Informations- und Kampforgan gegen den Hitlerfaschismus“ trug.

Vier Nummern kamen über die verschiedensten Kanäle zur Auslieferung. Die fünfte Ausgabe des „Vorbotes“ sollte bis Ende Februar 1942 fertiggestellt werden. Doch am 26. Februar begann die Gestapo schlagartig mit der Verhaftung zahlreicher Mannheimer Antifaschisten. Auch Eugen Sigrist wurde im Laufe dieser Verhaftungswelle festgenommen. Sie wurde offensichtlich durch den Gestapospitzel Gustav Süß mit ausgelöst, der an einigen Beratungen teilgenommen hatte. Süß verschwand nach dem Kriege spurlos, als seine Rolle bei der Verhaftungswelle geklärt werden sollte.

In der Anklageschrift vom 21. April 1942 wurde dem „Angeschuldigten Lechleiter u.a.“ alle möglichen „Verbrechen“ vorgeworfen, die der Unrechtsstaat ab 1933 zum „geltenden Recht“ erhoben hatte.

So Vorbereitung zum Hochverrat, Feindbegünstigung, Zersetzung der Wehrkraft und Verbreitung ausländischer Rundfunksendungen. Das waren Anklagepunkte aus dem ersten Verfahren, die den 14 Angeklagten vorgeworfen wurden.

Es spielte sich eine Justizkomödie ab, die von Mißhandlungen und Folterungen begleitet war.

Bereits vorher, am 15. März 1942, wurde mit den Verhandlungen des Volksgerichtshofes im Mannheimer Justizgebäude begonnen. Unter den Angeklagten befand sich auch Eugen Sigrist aus Gemmrigheim.

Während der ganzen Verhandlung mußten die Angeklagten wie Rekruten vor dem Richtertisch ste-

hen.

Bekannt wurde durch das Verfahren, daß der „Vorbote“ nicht nur in Mannheimer Firmen zu Verteilung kam, sondern bis nach Berlin und an die Ostfront gelangte.

In diesem und weiteren Prozessen wurden 22 Personen zum Tode verurteilt und in Stuttgart hingerichtet.

Die Nazihenker stellten vor dem Fallbeil Bänke auf. Da saßen in trauriger Eintracht die SS-Führer, Gestapo-Henker, Wehrmachtsoffiziere und hohe Justizbeamte und kosteten ihren Triumph aus, von dem sie einige Jahre danach nichts mehr wissen wollten.

Einige zu Zuchthaus verurteilten Widerstandskämpfer überlebten das Dritte Reich.

Ohne ihre Angehörigen noch einmal treffen zu können, wurden damals die Todeskandidaten unter schwerer Bewachung nach Stuttgart gebracht.

Frau Sigrist konnte ihren Mann in Stuttgart noch einmal sehen.

Im Abschiedsbrief an seine Frau schreibt er:

„Was hätte alles nicht sein brauchen. Aber das Schicksal hat es nicht anders gewollt, und ich muß es hinnehmen, so schwer es auch ist.

Liebe Louise, die Stunde rückt näher, und ich muß meine letzten Worte im Leben, die ich an Dich richten kann, zu Ende führen.

Lebe wohl.“

Quellen- und Literaturhinweise:

Max Oppenheimer: Der Fall Vorbote, Zeugnisse des Mannheimer Widerstandes, Röderberg-Verlag Frankfurt am Main (1970)

Fritz Salm: Im Schatten des Henkers, Röderberg-Verlag Frankfurt am Main (1979)

Erich Matthias und Hermann Weber: Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Mannheim. Hrsg. im Auftrag der Stadt Mannheim. Mannheim, 1984.

Heimatgeschichtlicher Wegweiser zu Stätten des Widerstandes u. der Verfolgung 1933-1945, Baden-Württemberg I Regierungsbezirke Karlsruhe und Stuttgart.

Frankfurt a.M. 1991

Gedenken an Karl Kunde

„Heute lebt er in einem Altenheim: Karl Kunde, Jahrgang 1904, geboren in Neu-Stettin, Widerstandskämpfer und Ehrenvorsitzender des Kreisverbandes Ludwigsburg der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten und der Ludwigsburger Ortsgruppe der Naturfreunde.“ Dies schrieben wir im Februar 1996 für das nächste Heft der Streiflichter.

Damals saßen wir noch in fröhlicher Runde mit ihm zusammen.

Am 14. Juli 1996 verstarb Karl Kunde auf der Ludwigsburger Karlshöhe.

Stationen seines Lebens bis zur Naziherrschaft: Lehre als Schlosser in einer Landmaschinenfabrik, als Schlepperjunge im Bergbau, als Gießereiarbeiter und Gußschleifer beschäftigt; immer wieder durch Arbeitslosigkeit unterbrochen. Von Gelsenkirchen, quer durch Deutschland, gelangte Karl Kunde schließlich nach Ludwigsburg.

Mitglied des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes wurde er bereits 1920/21 im Ruhrgebiet. In Ludwigsburg trat Karl Kunde der KPD bei,

ebenso den Naturfreunde, der Internationalen Arbeiterhilfe, der Roten Hilfe und der Interessengemeinschaft für Arbeiterkultur.

Als die Nazis 1933 zuschlugen, begann sein Leidensweg über das Militärarrest in der Ludwigsburger Hindenburgstrasse und die KZ-Lager Heuberg und Oberer Kuhberg. Es folgte die Flucht in die Schweiz, der Aufenthalt in Frankreich, immer verbunden mit illegaler Arbeit gegen die Naziherrschaft in Deutschland.

Es konnten nur Bruchstücke aus dem Leben eines Menschen sein, der in aufrechtem Gang den Naziterror überlebte.

Da war das Internierungslager Gurs, am Fuß der französischen Pyrenäen, wo Karl Kunde ein Jahr eingesperrt war. Für 6 000 Juden aus Baden war es die „Vorhölle von Auschwitz“.

Viele Einzelheiten, bis zur Rückkehr nach Ludwigsburg (1945), die in seinem Buch „Die Odyssee eines Arbeiters“ enthalten sind, wären noch zu erwähnen.

So fand am 14. Januar 1945 in Zürich die Konferenz aller KPD-Gruppen der Schweiz statt und am 27./28. Januar 1945 wurde die erste Konferenz des Nationalkomitees „Freies Deutschland“ abgehalten. Mehrere Treffen folgten.

Anfang Mai 1945 ging bereits ein Vortrupp nach Süddeutschland.

„Mit erhabenen Gedanken“, schreibt Karl

Kunde über seine Rückkehr, „ betraten wir deutschen Boden. Über zehn Jahre hatte ich im Widerstand gegen das 'Dritte Reich' gestanden. Nun wollten wir mithelfen, Deutschland neu zu gestalten.“

Quellen- und Literaturhinweise

Karl Kunde: Die Odyssee eines Arbeiters, Stuttgart 1985.

Bietigheimer Zeitung vom 23.7.1996. Kornwestheimer Zeitung vom 20.7.1996.

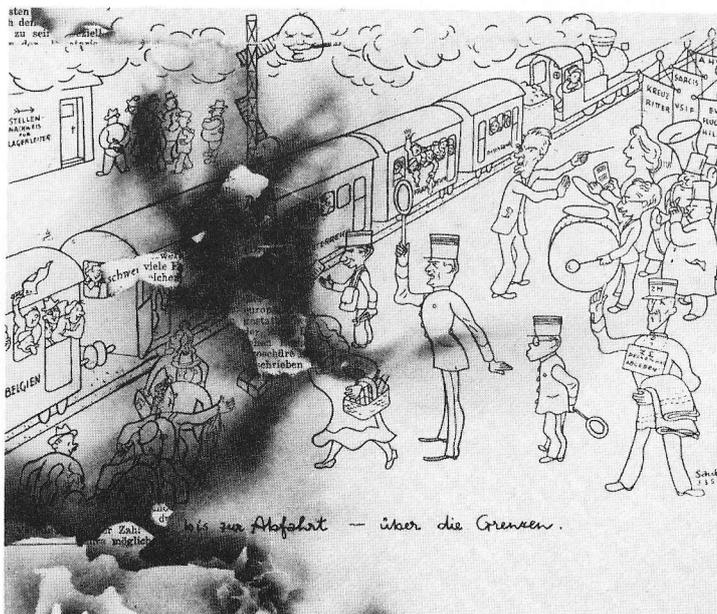
Ludwigsburger Kreiszeitung vom 1.12.1983, 8.5.1985 und 20.7.1996.

Marbacher Zeitung vom 18.7.1996

Pforzheimer Zeitung vom 9.11.1982.

Streiflichter 1 S.27.

Stuttgarter Zeitung vom 17.7.1996



Karl Kunde Die Odyssee eines Arbeiters

ed.co. edition cordeliers



Ein Zwangsarbeiterschicksal Von Wozyliw nach Kornthal

Nadja Seiz stammt aus Wozyliw im Bezirk Butschatsch und bezeichnet sich als ukrainische Patriotin. Das war, wie aus ihren Lebenserinnerungen hervorgeht, schon ihr Vater.

Im vergangenen Jahrhundert gehörte ihre Heimat zur Donaumonarchie, dann zur Republik Polen. Nach dem Überfall auf dieses Land, am 1. September 1939, erfolgte nach dem Ende des sog. Polenfeldzuges die Übergabe dieses Gebiets durch Deutschland an die damalige UdSSR.

Nach dem Überfall der Wehrmacht (22.6.1941) zogen auch deutsche Soldaten in ihre Heimat ein. „Die Bevölkerung begrüßte sie mit Brot und Salz“, schrieb Nadja Seiz in ihren Lebenserinnerungen.

Doch bald war die Euphorie vorbei.

Zuerst begann es mit dem Versprechen, junge Leute könnten für drei Monate zum Arbeitseinsatz nach Deutschland. Fast keiner meldete sich bei dem von der Besatzungsmacht eingesetzten Bürgermeister. Bald folgte der Zwang. Von den Verschickten kamen keine guten Nachrichten.

Juden wurden in den Fluss getrieben

Nadja Seiz, damals war ihr Name noch Pawluk, erlebte noch wie die Juden der ganzen Gegend aus ihren Häusern geholt und in langen Kolonnen von der Waffen-SS und ihren ukrainischen Helfern durch die Dörfer bis zum nächsten Fluss getrieben wurden. Dort mussten sie sich ausziehen.

„Keiner hörte auf ihre Bitten, Weinen und Schreien“, schrieb Nadja Seiz. „Man jagte sie ins Wasser und keiner kam zurück, weder die alten noch die jungen Menschen, noch die Kinder. (...) Nachts trugen die Polizisten die Kleidung jüdischer Bürger zu sich nach Hause.“

Zwangsweise nach Deutschland

Im Dezember 1942 wurde sie mit ihren 15 Jahren verschickt.

200 Menschen, bewacht von deutscher SS und der von der Besatzung eingesetzten ukrainischen Polizei, wurden in einen Zug gepfercht.

Nach langer Fahrt kamen die Viehwagen in Lemberg an.

Nach einem Zwischenaufenthalt ging die Fahrt per Sammeltransport nach Graz, der Hauptstadt der Steiermark. Dort wurden in dem mit Stacheldraht umzäunten Lager „sortiert“. Die aus ihrer Heimat verschleppten jungen Männer wurden für die Ar-

beit in Bergwerken eingeteilt. Die Mädchen wurden wieder „verladen“.

Nadja Seiz: „Nach einer Woche trieb man uns wieder in dieselben Viehwagen.“

Die Fahrt ging weiter in stickigen Wagen in qualvoller Enge, wo man auch seine Notdurft verrichten mußte. Tagelang. Stuttgart war das Ziel.

Dort angekommen, wurde die Ware Mensch ohne Rücksicht auf die Familienbande „verteilt“.

Da sich die Mädchen aus ihrem Heimatdorf Wozyliw bei den „Aussortierungen“ immer an den Händen gehalten hatten, gelangten sie alle nach Schwäbisch Gmünd.

Dort begann die Trennung.

Bis Kriegsende bei einer Bauernfamilie

Nadja Seiz, deren eigentlicher Vorname Anastasija ist, kam zu Bauersleuten nach Hintersteinenbergl. Dort war sie bis Kriegsende. Wurde wie ein eigenes Kind behandelt.

Zurück in die Heimat wollte sie unter den damaligen Zuständen nicht.

Bevor ein Offizier der Sowjetarmee auf dem Rathaus mit ihr sprechen konnte, ging sie wieder weg. Sie hatte gehört, daß Zwangsarbeiter nicht in ihre Heimat kämen, sondern nach Sibirien verschickt würden.

Beim Bruder des Bauern in Backnang fand sie Unterschlupf, bis die Suche nach ihr eingestellt wurde.

Weitere Stationen ihres Lebens waren: Dienstmädchen bei einem Bauern, der sie richtig ausbeutete. Danach kam sie in Stuttgart in einer Bäckerei unter. 1951 folgte die Heirat mit Walter Seiz in Kornthal.

Es folgte eine Tätigkeit bei der Firma Bleyle in Stuttgart. Danach war Nadja Seiz 25 Jahre bei SEL (Standard Elektrik Lorenz) in Stuttgart-Zuffenhausen beschäftigt.

Daneben setzte sie sich im Emigrantenverband für ihre Landsleute ein. Hatte dort verschiedene Funktionen inne.

Die erste Post aus der Heimat

Die erste Post aus der Heimat kam nach mehr als 10 Jahren an Weihnachten 1956 an. Dazu Nadja Seiz: „Meine Freundin Hanja, die (mit) mir zusammen in Deutschland war, kam Ende 1945 (...) zurück. Sie sprang aus Polen aus einem Zug, der ukrainische Zwangsarbeiter (...) weiter zur Zwangsarbeit nach Sibirien bringen sollte. Stalin wollte sie zur Strafe nach Sibirien bringen lassen, da sie in

Deutschland gearbeitet hatten. Den Russen war es gleichgültig, daß diese Menschen von Hitler zwangsweise zur Arbeit nach Deutschland gebracht worden waren.“

Sie schrieb 1997 über ihren ersten Besuch: „In diesen Minuten begriff ich, daß die Liebe zu meiner Familie, zu meiner Heimat und zu meinen Landsleuten in der Ukraine niemand brechen konnte, kein Kommunismus, kein KGB, kein deutscher Verfassungsschutz, nein und nochmals nein. (...) Lieber sterben für die Heimat als Feigling zu leben. Und mit dieser Auffassung lebe ich noch heute.“

Seit 1970 unternimmt Nadja Seiz Reisen in ihre alte Heimat. Die Unterstützung ihrer dortigen Angehörigen begann schon 1956.

In den vergangenen Jahren hat die ehemalige Zwangsarbeiterin tonnenweise Kleider, Schuhe, Wäsche, Lebensmittel und Möbel in die Ukraine verfrachtet.

Es sind in der Zwischenzeit um die 90 Besuche in das notleidende Land geworden.

In der Presse wurde vermerkt: „Sie ist auf die Welt geschickt worden, um anderen zu helfen“.

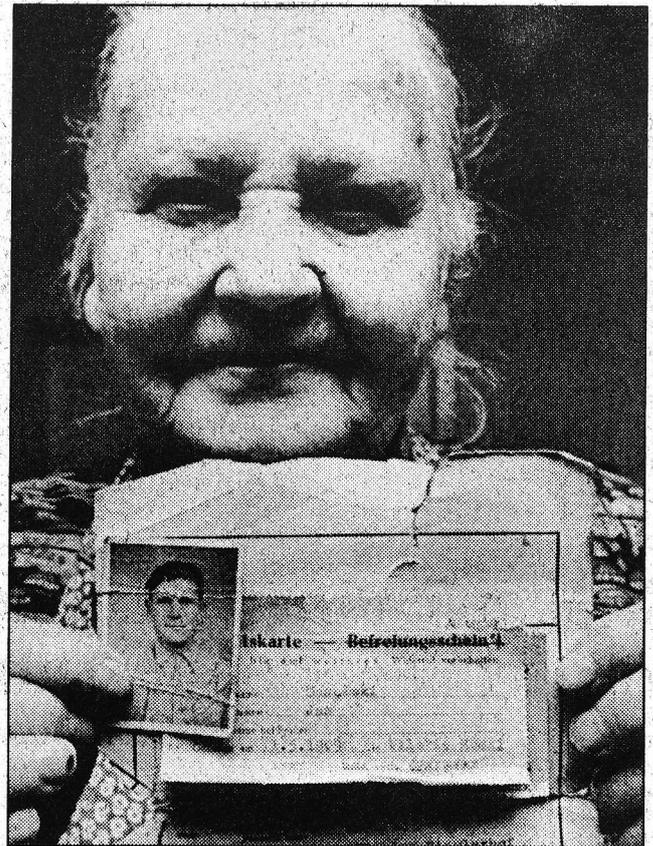
Am 13. Juni 2000 wurde der ehemaligen Zwangsarbeiterin Nadja Seiz geborene Pawluk aus Wozyliw im Korntaler Rathaus die Verdienstmedaille der Bundesrepublik Deutschland verliehen.

Quellen- und Literaturhinweise:

Auskunft der Stadt Korntal vom 21.6.2000

Ludwigsburger Kreiszeitung vom 11.3.2000

Nadja Seiz „Lebenswege zwischen Ost und West“
Lwiw 1997 (ISBN 5-7702-1019-2).



Erinnerung an alte Zeiten: Anna Fißler zeigt die Arbeitskarte von Jan Massalski.
Bild: LKZ-Drossel

Nach genau 50 Jahren das erste Lebenszeichen

Früherer Fremdarbeiter meldete sich per Post

Tamm – (ad) Die 82jährige Anna Fißler bekam Post aus Weißrußland. Der Absender: ein früherer Fremdarbeiter aus Polen. Jan Massalski ist inzwischen 87 Jahre und lebt. 50 Jahre hat es kein Lebenszeichen von ihm gegeben.

„Mein Vater erzählt über Euch oft und viel. Obwohl er Kriegsgefangener war, verhielt er sich zu Euch gut, wofür er auch jetzt Euch dankbar ist. Mein Vater ist schon 87 Jahre alt und er sagte oft, daß er sehen möchte, wie Ihr jetzt lebt“, schreibt die Tochter des früheren Fremdarbeiters Jan Massalski aus dem polnischen Dorf Koski.

Der Brief an die 82jährige Anna Fißler aus dem Fißlerhof hat die Familie mehr als über-

rascht. Man erinnert sich noch gut an den Polen, der im Januar 1941 kam und nach Kriegsende wieder ging. Der Mann hatte Familienanschluß, obwohl dies streng verboten war. Anna Fißlers Ehemann Hermann, war im Krieg.

In dem Brief schreibt die Tochter des früheren Fremdarbeiters, daß sich ihr Vater oft daran erinnert habe, wie er mit dem Fahrrad ins Dorf gefahren sei. Weiter erfahren die Fißlers, daß Jan Massalski seine Frau in Tamm kennengelernt hat.

Nach Kriegsende wurden die Fremdarbeiter in ihre Heimat zurückgebracht. Jan Massalskis Schicksal blieb im verborgenen. Wilhelm Fißler, der Sohn der 82jährigen, hat nun einen Brief an den 87jährigen geschrieben.

1942: Rassisten am Werk

1944: Das ausführende Organ

Der Bezirksschulrat in Ludwigsburg,
den 6. Juli 1944
Ludwigsburg Hintere Schloßstr. 26
Nr. 2177.

An den
Herrn Schulleiter
in Kornwestheim

Betr.: Urlaubsgesuch des Lehrers (...) vom 10. -
13.7.44

Zur Vorlage an die Ministerialabteilung kommt das
Gesuch zu spät. Es könnte aber auch nicht befür-
wortet werden, wenn nicht nachgewiesen wird,
daß bei dem Sohn Lebensgefahr besteht. Lehrer (...) muß für den geplanten Besuch auf die in Bälde be-
ginnenden Ferien verwiesen werden.

Unterschrift

Quellenhinweise:
Aus einem Nachlass

Das Reichsippenamts schreibt an die Kreis-
leitung der NSDAP

Abschrift
Der Direktor Berlin NW 7, den 13. April 1942
des Reichsippenamtes Schifferbaudam 26
Nr. I Ae EB 7532/Ae 5.8./Km/Stra
An die Kreisleitung Ludwigsburg der NSDAP
- Dienststelle 19 -

Ludwigsburg
Betr.: Abstammung des Hauptlehrers (...) in Korn-
westheim, (...) Ersuchen vom 20.2.1942 -Az:Wi-Je. -
In der bezeichneten Abstammungssache wird nach
der Sachlage ein formeller Abstammungsnachweis
nicht erteilt. Falls von einer Dienststelle ein Entscheid
von dem Genannten bzw. seiner Kinder gefordert
wird, so bitte ich mir die Anschrift dieser Stelle mit-
zuteilen, damit dieser ein entsprechender Bescheid
gegeben werden kann.
Die eingereichten Unterlagen folgen anbei zurück.

9. Anlagen
in Vertretung
gez. Unterschrift

F.d.R.d.A.
Unterschrift
Kreisgeschäftsführer Stempel: Nationalsoz. Deut-
sche Arbeiterpartei Kreisleitung Ludwigsburg

Abschrift.

Der Direktor
des Reichsippenamtes
Nr. I Ae EB 7532/Ae 5.8./Km/Stra

Berlin NW 7, den 13. April 1942.
Schiffbauerdam 26.

An die
Kreisleitung Ludwigsburg der NSDAP
- Dienststelle 19. -

L u d w i g s b u r g .

Betrifft: Abstammung des Hauptlehrers

Ersuchen vom 20.2.1942 -Az.: Wi/Je. -

In der bezeichneten Abstammungssache wird nach Sachlage ein
formeller Abstammungsbescheid nicht erteilt. Falls von einer Dienst-
stelle ein Entscheid von dem Genannten bzw. seiner Kinder gefordert
wird, so bitte ich mir die Anschrift dieser Stelle mitzuteilen, da-
mit dieser ein entsprechender Bescheid gegeben werden kann.

Die eingereichten Unterlagen folgen anbei zurück.

9 Anlagen.

In Vertretung
gez. Unterschrift.

F.d.R.d.A.

Kreisgeschäftsführer



Einzelhaft wegen „Rassenschande“

Abschrift

Bescheinigung

Auf Verlangen wird der am 12.8.1912 in Rastatt geborenen und in Kornwestheim ... wohnhaften Arbeiterin Margarete F. bescheinigt, dass sie Anfang 1937 hier wegen Rassenschande festgenommen und in Schutzhaft gehalten worden ist.

Rastatt, den 16. Februar 1946
Dienstsiegel gez. Stolz
Kriminalsekretär

Die Übereinstimmung dieser Abschrift mit der Urschrift beglaubigt.

Stadt Kornwestheim
Ortspolizeibehörde (Stempel und Dienstsiegel)

Margarete F. wurde 1937 von der Jugendstrafkammer Karlsruhe wegen „Rassenschande“ verurteilt. Als Grund wurde ein „Verhältnis mit einem Volljuden“ angegeben.

Vom März 1937 bis Ende Mai 1937 saß die junge Frau in Einzelhaft und hat bleibende gesundheitliche Schäden davongetragen.

Quelle:

Aus dem Nachlass von Wilhelm Eppinger



Der Führer und Reichskanzler

Führer-Hauptquartier,
den 25. September 1941

Grundsätzlicher Befehl.

1. Niemand: Keine Dienststelle, kein Beamter, kein Angestellter und kein Arbeiter dürfen von einer geheimzuhaltenden Sache erfahren, wenn sie nicht aus dienstlichen Gründen unbedingt davon Kenntnis erhalten müssen.
2. Keine Dienststelle, kein Beamter, kein Angestellter und kein Arbeiter dürfen von einer geheimzuhaltenden Sache mehr erfahren, als für die Durchführung ihrer Aufgabe unbedingt erforderlich ist.
3. Keine Dienststelle, kein Beamter, kein Angestellter und kein Arbeiter dürfen von einer geheimzuhaltenden Sache bzw. dem für sie notwendigen Teil früher erfahren, als dies für die Durchführung ihrer Aufgabe unbedingt erforderlich ist.
4. Das gedankenlose Weitergeben von Erlassen, Verfügungen, Mitteilungen, deren Geheimhaltung von entscheidender Bedeutung ist, insbesondere laut irgendwelcher allgemeiner Verteilerschlüssel, ist verboten.

Adolf Hitler

Hitlers „grundsätzlicher Befehl“

Aus Kornwestheimer Geschichtsblätter 6. Auflage (1996)

Ein „Freispruch“, aber Fall an die politische Polizei „verwiesen“

Das folgende Urteil zeigt beispielhaft, dass politisch Verdächtige trotz Freispruch in den Fängen des Nazi-Staates blieben.

Sondergericht für das Land Württemberg in Stuttgart

S.M. Nr. 40/34

IIS.G. Nr.59/34

Beschluß vom 19. Februar 1934.

Mitwirkend: Flaxland i.S.v Schlecht Breuling

In der Strafsache gegen den am 9.11.1903 in Bietigheim geb. (...) wohnhaften verh. Arbeiter Karl K. wegen eines Verg. i.S. v. § 3 Abs. 1 der VO zur Abwehr heimtückischer Angriffe gegen die Regierung vom 21.3.33 RGB 1 S. 135 wird der Antrag der Anklagebehörde beim Sondergericht, die Hauptverhandlung anzuordnen, unter Übernahme der Kosten auf die Staatskasse abgelehnt.

G r ü n d e

Die dem Angeschuldigten zur Last gelegten Äußerungen sind weniger Behauptungen tatsächlicher Art als Beurteilungen des Erfolgs von Maßnahmen der Regierung, insbesondere Beurteilungen der zukünftigen Auswirkungen dieser Maßnahmen. Soweit Behauptungen tatsächlicher Art aufgestellt sind, sind sie nicht geeignet, das Ansehen der Reichsregierung schwer zu schädigen. Der Angeschuldigte hat offenbar nur behauptet, die Statistik über die Arbeitslosen sehe von außen anders aus, als es sich mit den Arbeitslosen in Wirklichkeit verhalte, - nicht aber, die Reichsregierung wolle mit der Statistik bewusst täuschen. Die Behauptung, die Regierung gehe an die Grundbesitzer General von Epp, Litzmann und andere ostpreußische Junker, die Parteigenossen seien, nicht mit der Enteignung der Güter heran, ist ein dummes Wirtshausgeschwätz, welches von niemand ernst genommen wird, denn jedermann weiß, daß General von Epp nicht ostpreussischer Junker sondern bayr. General ist.

Eine andere Frage ist, ob wegen der aus der Luft gegriffenen und misswollenden Kritik polizeiliche Maßnahmen geboten sind. Dies zu entscheiden ist Sache der politischen Polizei.

Landgerichtsdirektor

(gez.) Flaxland

Beglaubigt Stuttgart, den 21. Februar 1934

Der Urkundsbeamte

der Geschäftsstelle des Sondergerichts

Obersekretär (unleserlich)

Ein „Gutachten“ der Nazi-Kreisleitung

Gutachten der Kreisleitung Vaihingen/Enz der NSDAP

(.....) Landwirt Mühlhausen/Enz 26.9.(18)79

NSDAP seit _____

SA - SS - HJ - BdM - NSV _____

Bemerkung über die politische Zuverlässigkeit:

Politisch unzuverlässig. Ich bitte, dass sein Antrag auf Erwerb des Anliegsiedlerscheines abgelehnt wird.

Nicht NSV-Mitglied, besucht keine Veranstaltungen der NSDAP.

Mühlacker den 22.1.43

der Kreisleiter

(Unterschrift)

Stempel der NSDAP

Quellenhinweis:

Aus einem Nachlaß

Adresse kann auch durchgestrichen sein, da durch Kriegseinwirkungen

Ämter ins Umland verlagert wurden.

Auf der Rückseite vermerkt: Dieser Schein wurde am 10.5.45 in Waiblingen gefunden.

Kreisleitung Vaihingen/Enz

An den Reichsnährstand Landesbauernschaft

Württ.

Verwaltungsamt

Stuttgart Keplerstr. 1

Nazis beschlagnahmten Gewerkschaftsbibliothek in Marbach

„An das Amt für Wiedergutmachung Ludwigsburg
Das Gewerkschaftskartell Marbach a.N. hatte eine
aus über 1000 Bänden bestehende Bibliothek. Die-
se wurde im Jahre 1933 von der N.S.D.A.P. be-
schlagnahmt.

Als ehemaliger Bibliothekar melde ich diesen Ver-
lust zur Wiedergutmachung an.

Leider ist es nicht mehr möglich den tatsächlichen
Schaden finanziell festzustellen, da sämtliche Un-
terlagen hierfür fehlen. Ich kann lediglich die eides-
stattliche Versicherung abgeben, dass der durch-
schnittliche Anschaffungswert der einzelnen Bücher
zwischen 3-4 Mark gelegen hat. Das billigste Buch
kostete 1 M. das teuerste 40M.

Sollte für diese Bibliothek ein Schadenersatz geleis-
tet werden, so bitte ich diesen an die Gewerkschaf-
ten in Marbach a.N. zu entrichten.

Marbach a.N. den 31 Juli 1948

Wilhelm Schenk
Bürgermeister a.D.“

Nachtrag: Das SPD-Mitglied Wilhelm Schenk war
von Beruf Holzbildhauer. Er stammte aus Empfing-
en. Seine Verhaftung in Marbach, er war Freiden-
ker, erfolgte am 23.6.1933 in trauter Einheit durch
Landjäger und SA. Die „Staatsorgane“ verschlep-
ten den 1879 geborenen auf den Heuberg (KZ), wo
er bis zum 27.10.1933 eingesperrt war. Dort zog
sich der Marbacher schwere körperliche Schäden
zu. „Linksseitiger Leistenbruch durch anstrenge-
nde Arbeit im Steinbruch. Nervenzusammenbruch
durch Hunger und Misshandlung“ schrieb Wilhelm
Schenk 1946. Zu seiner Verhaftung und
Verschleppung ins KZ heißt es weiter: „Mein frühe-
rer Kampf in Wort und Schrift gegen den National-
sozialismus“.

Quelle: Fragebogen 1 des Landesausschusses
Württemberg-Baden der vom Naziregime politisch
Verfolgten, Landesstelle Stuttgart und Anhang.

Literaturhinweis: Am 20. März 1933 wurde auf dem
Truppenübungsplatz Heuberg bei Stetten am kal-
ten Markt eines der größten, im April 1933 sogar
das größte Konzentrationslager im Deutschen Reich,
eröffnet. Bis zu seiner Schließung nach 10 Mona-
ten wurden hier zwischen 3500 und 4000 Männer,
vornehmlich aus dem ehemaligen Württemberg, ge-
demütigt und gequält.

Bisher sind 2000 Namen von Heuberg-Häftlingen
bekannt.

Die erste, um Vollständigkeit bemühte Studie zum
KZ Heuberg, wurde 1998 publiziert:

Kienle, Markus: Das Konzentrationslager Heuberg
bei Stetten am kalten Markt. Ulm 1998.

In eigener Sache

Zwangsarbeiter im Kreis Ludwigsburg

LUDWIGSBURG (p). Die Vereinigung
der Verfolgten des Naziregimes (VVN/BdA)
Ludwigsburg gab zum 30. April einen wei-
teren Band der »Streiflichter aus Verfol-
gung und Widerstand 1933-45« heraus.
Dieser Band ist überwiegend dem Schicksal
der Zwangsarbeiter im Kreis Ludwigsburg
während des 2. Weltkrieges gewidmet. Der
3. Band der »Streiflichter« beginnt mit der
Schilderung der Verhältnisse im Zuchthaus
Ludwigsburg, wo die Firma Bosch seit 1938
eine Art Zweigwerk zur Wicklung von An-
kern für Lichtmaschinen eingerichtet hatte.
Neben deutschen politischen Häftlingen
mußten dort Kriegsgefangene verschiede-
ster Nationen Zwangsarbeit verrichten.
Unter ihnen auch Richard Schmidt, später
Generalstaatsanwalt von Württemberg-Ba-
den und von 1953 bis 1964 Präsident des
Oberlandesgericht Stuttgart. Für viele Ge-
fangene wie auch für den Ludwigsburger
Widerstandskämpfer Franz Martin folgte
auf die Haft in Ludwigsburg die Verschlep-
pung in ein KZ.

Der Hohenasperg – im Volksmund Trä-
nenberg oder Demokratenbuckel – diente
auch als Sammelstelle für die Konzentra-
tionslager. Eine amerikanische Untersu-
chung berichtet von menschlichen Ver-
suchskaninchen und Mißhandlungen
schwerkranker Gefangener. Letztes Zeug-
nis davon ist heute ein kleiner Gefangenen-
friedhof am Nordhang des Hohenasperg.

Andere Abschnitte behandeln die Kon-
zentrationen »Wiesengrund« (Vaihing-
en) und Unterriexingen, das Kranken-
oder zutreffender Todeslager in Großsach-
senheim sowie das Lager in Pleidelsheim,
von dem heute noch ein russischer Friedhof
zeugt. Die Ergebnisse der Recherchearbeiten
der Autoren Werner Hoffmann und
Reinhard Hildebrandt in Archiven, priva-
ten Quellensammlungen und vor Ort ent-
werfen ein detailliertes Bild davon, wie
auch im Kreis Ludwigsburg unter dem Na-
tionalsozialismus nicht nur die Opposition
im Lande, sondern auch Kriegsgefangene
und zur Zwangsarbeit verschleppte Frauen
und Kinder aus den besetzten Ländern miß-
handelt, mißbraucht und durch Arbeit ver-
nichtet wurden.

Ein interessanter Bericht an den Ortsgruppenleiter der NSDAP

Asperg 1940: Die Spitzel im Kirchengemeinderat

Asperg, den 26. April 1940
An den Ortsgruppenleiter der NSDAP
Pg. Meister

A s p e r g

Betr.: Letzte Kirchengemeinderatssitzung.

Durch Pg. R. erfuhr ich, daß in der letzten Kirchengemeinderatssitzung Unstimmigkeiten infolge zweifelhafter Äußerungen des Stadtpfarrers entstanden.

Da Pg. R. selbst nicht an der Sitzung teilnahm, erkundigte ich mich bei Kirchengemeinderatsmitglied M. nach dem Verlauf.

Derselbe teilte mir mit, daß bei der letzten Sitzung der Pg. F. den Antrag stellte, daß die einzige noch vorhandene Bronc(z)eglocke unentgeld(t)lich als Spende abgegeben werden soll.

Darauf äußerte der Geistliche: "Unentgeld(t)lich kommt gar nicht in Frage. Einem Staat der die Kirche so behandelt, schenkt man nichts."

Auf einen Einwurf von M., wonach die Glocke ja schon ohnedies einen Sprung habe mit einem Ton wie ein Kochtopf, erwiderte der Vorsitzende, die Glocke stehe unter Denkmalschutz und stamme vom Jahr 1700 und ungrad.

Pg. F. gab sich mit dieser Ablehnung nicht zufrieden, sondern machte dem Geistlichen klar, da er nur dem Nat. soz. Staat es verdanke, daß er noch nicht an die Wand gestellt worden sei. Hätten die Kommunisten die Macht an sich reißen können, so hätten diese es schon lange besorgt. Jedenfalls wolle er, der Herr Stadtpfarrer, keinen Staat der Ordnung.

Ferner teilte Pg F. mit, daß er unter diesen Umständen nicht weiter an der Sitzung teilnehmen werde und verließ dieselbe, trotz Aufforderung der anderen Beisitzer doch da zu bleiben.

Nach der Sitzung sollte noch gemütlich zusammengesessen werden, doch hatte niemand mehr Lust dazu.

Ich glaube durch eine klare Vernehmung der einzelnen Kirchengemeinderatsmitglieder könnte weiteres Material gegen unseren „Freund Stadtpfarrer“ herauszuholen sei.

Heil Hitler
(Unterschrift)

Propagandalleiter

Asperg, den 26. April 1940.

An den
Ortsgruppenleiter der NSDAP.
Pg. Meister

A s p e r g .

Betreff: Letzte Kirchengemeinderatssitzung.

weiter an der Sitzung teilnehmen werde und verließ dieselbe, trotz Aufforderung der anderen Beisitzer doch da zu bleiben. Nach der Sitzung sollte noch gemütlich zusammengesessen werden, doch hatte niemand mehr Lust dazu.

Ich glaube durch eine klare Vernehmung der einzelnen Kirchengemeinderatsmitglieder könnte weiteres Material gegen unseren "Freund Stadtpfarrer" herauszuholen sei.

Heil Hitler!

Walter
Propagandalleiter.

Das Phantom Bärwald

Eigentlich gibt es ihn nicht. Keiner will der fragliche Helmut Bärwald gewesen sein. Alle waschen ihre Hände in Unschuld. Die haben, wenn man sie hört, alle eine ganz saubere Weste.

So wie mit diesem Helmut Bärwald ging es der Ludwigsburger „Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen“ in viele Fällen.

Wir berichteten im 5. Heft der „Streiflichter“.

Im vergangenen Jahr übernahm nun das Bundesarchiv mit seiner neu eingerichteten Außenstelle Ludwigsburg die Unterlagen der Zentralen Stelle, die nach den Worten seines Präsidenten Weber rund 600000 Dokumente umfasst.

Wobei gleichzeitig weiter strafrechtliche Aufklärung betrieben, die Weiterführung des Archivs möglich und nach den Worten von Landesjustizminister Goll „Die Stelle (...) jedem, der seriöse Forschung oder Publizistik betreiben möchte offen“ stehe.

Einen der von der Zentralen Stelle gesuchten Verbrecher wollen wir auch in diesem Heft herausgreifen.

Helmut Bärwald

Da verrichtete ein „Helmut Bärwald“ im KZ Sachsenhausen sein blutiges Handwerk.

Der „SPIEGEL“ berichtete.

Noch zu DDR-Zeiten erkannten frühere KZ-Häftlinge, wie dem „SPIEGEL“ zu entnehmen ist, einen Helmut Bärwald aus Dresden „eindeutig“ als KZ-Schläger.

Ein anderer ehemalige KZ-Häftling, Heinz Junge aus Dortmund, der ebenfalls in Sachsenhausen war, schrieb uns 1997 dagegen: „(...) ich muss Dir mitteilen, daß ich persönlich den betr. Bärwald weder Karl noch Helmut kenne. Meine Aussagen in dem betreffenden Spiegelbericht sind einseitig überbewertet worden.“

Wir suchten weiter nach einem Helmut Bärwald. Konnten auch eine ganze Reihe von Leuten dieses Namens ausfindig machen. Die waren über das ganze Bundesgebiet verstreut. In Berlin, Flensburg, Halle, Köln, Malz, und Sarstedt waren sie noch vor einigen Jahren gemeldet.

Ein Helmut Bärwald war in der Broschüre „Ostbüro“ (1996) von Klaus Huhn unter „Kronzeuge des BND“ mit folgenden Hinweisen aufgeführt: „Der frühere Leiter des Ostbüros der SPD, Helmut „Bärwald, hat,“ so berichtete >Die Welt< am 18. Oktober 1974, „am Donnerstag bestätigt, daß er mit dem Bundesnachrichtendienst zusammengearbeitet hat.“ Im Sep-

tember 1971 erklärte er seinen Austritt aus der SPD. Der konnte es sicher nicht gewesen sein. Das war kein Mann für die einfache Dreckarbeit, dieser Herr war für „höhere Aufgaben“ einsetzbar.

Eine Kopie der Staatssicherheit

Da fiel uns eine Kopie des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR in die Hände.

Da hatte die Hauptabteilung XX/2 dieses Ministeriums einen Bärwald und noch andere „Freunde“ an den Hacken genommen. Zuvor war schon im Blätterwald der alten BRD über die SS-Nesthocker in der DDR berichtet worden. Die Staatssicherheit hatte dann mit deutscher Gründlichkeit 1968 einen ganzen Haufen von KZ-Schergen, die einst im KZ-Sachsenhausen wüteten, auf einer Liste zusammengestellt.

Die Henker hatten die „Berufsbezeichnung“ Blockführer, Unterscharführer, Hauptscharführer, Rottenführer, Oberscharführer u.a. Geboren waren sie zwischen 1887 und 1921.

Die Stasi teilte da unter dem 10.6.1968 mit: „Am 6.6.68 wurden durch den Gen. (...) HA IX/11 nachstehende, ehemalige SS-Angehörige des KZ-Sachsenhausen benannt, die noch in der DDR wohnhaft sind. Außer der Aufenthaltsermittlung wurden nach Mitteilung des Gen. (...) keine weiteren Maßnahmen eingeleitet.“

Warum dann in den folgenden Jahren nichts gegen die ehemaligen SS-Leute unternommen wurde, konnten wir nicht ermitteln.

Keiner der ehemaligen Stasiangehörigen der Hauptabteilung XX/2 und anderer Stellen wird, soweit er noch am Leben ist, große Lust versprühen, jetzt dazu Stellung zu nehmen.

über die Presse kam der Aktenvermerk dann an die Justiz, die wohl vorher nichts von den vorhandenen Unterlagen wußte.

Auf eine Anfrage beim Einwohnermeldeamt Dresden vom 8. November 1992 teilte dieses am 11. Dezember 1992 mit, daß ein Helmut Bärwald unter der jetzt auch uns bekannten Adresse in Dresden wohne.

Ein Ermittlungsverfahren

Am 7. März 1994 wurde dann ein Ermittlungsverfahren gegen den im Dresdner Stadtteil Blasewitz wohnhaften Helmut Bärwald eingeleitet. Die Zentrale Stelle der Staatsanwaltschaft Köln stellte das Verfahren aber am 22. Januar 1996 gemäß Para-

graf 170 Abs. 2 StPO „mangels Tatnachweises“ wieder ein.

Was dieser Bärwald seit seiner Entlassung aus der amerikanischen Kriegsgefangenschaft und zuvor in Dachau gemacht hat, ist uns nicht bekannt. Ebenso Einzelheiten seiner „gesellschaftlichen und beruflichen Tätigkeit“ nach 1946 in Dresden.

Ehemalige KZ-Häftlinge, so aus Eisenhüttenstadt und Neustrelitz hatten dagegen schon Jahre zuvor bei der Staatssicherheit der DDR zu Protokoll gegeben, einer von ihnen hatte als Blockältester direkten Kontakt zu Bärwald, daß sich Bärwald durch besondere Brutalität hervorgetan habe.

Seither lebt Helmut Bärwald laut „SPIEGEL“, so wie seit 1946, weiter ungeschoren in Dresden. Bärwald war 1940, so geht es aus seinem handgeschriebenen Lebenslauf hervor, der SS beigetreten. Im Krieg gegen die Sowjetunion war er „im Osten“ eingesetzt. Über die Art seines Einsatzes stand im „SPIEGEL“ nichts. Dann erfolgte die Versetzung nach Dachau. Auch hier keine Angaben. Die Staatssicherheit beschreibt ihn in ihrem Aktenvermerk von 1968 als „SS-Sturmmann u. Blockführer in der Strafkompagnie im KZ Sachsenhausen.“

Einer starb 1973

Einer seiner Zeitgenossen, so der „SPIEGEL“, der SS-Unterscharführer Hans Donner, auch von den Amerikanern gesucht, soll in Sachsenhausen Häftlinge erschossen haben. Auch er ist im Aktenvermerk von 1968 aufgeführt. Er starb 1973 und war Mitarbeiter der Stasikreisdienststelle Altentreptow. „Positiv für KD Altentreptow erfaßt“, schreibt ein Hauptmann W. im Aktenvermerk der Stasi-Hauptabteilung XX/2 über den braunen Kriminellen. Soweit die Aktenlage der „Gauck-Behörde“.

Nicht auf der Stasiliste von 1968 aufgehört, tauchte ein Karl Bärwald auf, geboren am 13.4.1907 in Langensalza. Der war Unteroffizier und Angehöriger des 6. Polizei-Infanterieregiments der 1. SS-Polizeidivision. Der Unterscharführer, so die SS-Bezeichnung, war unter dem Spitznamen „Windhund“ bekannt, hat als Blockführer in der Strafkompagnie zahlreiche schwere Misshandlungen begangen.

Sein Verfahren wurde durch Verfügung vom 22.1.1996 mangels Tatnachweises und wegen Nichtermittlung ebenfalls eingestellt.

Falls er 1996 noch lebte, konnte er es über die Zeitung erfahren.

Alle Versuche, auch über das Sachsenhausen-Komitee der Bundesrepublik Deutschland e.V., das seinen Sitz in Berlin hat, neue Erkenntnisse zu gewinnen (1998), blieben bis jetzt ohne Erfolg.

Ein Hinweis auf unser Anliegen wurde im Mitteilungsblatt des Komitees im Oktober 1998 ver-

öffentlicht.

Doch es blieben, wie in einem DEFA-Film, der sich auf ganz Deutschland bezog, in vielen Fällen die Mörder ohne Strafe unter uns.

Quellen- und Literaturhinweise:

Aktenvermerk der Hauptabteilung XX/2 (Staatssicherheit der DDR) vom 10.6.1968

„Antifa“ Nr. 1/98 (S.11)

„Berliner Zeitung“ vom 10.5.1994 Beitrag: Massengräber gefunden

Aus Klaus Huhn „Zwangsvereinigung, Posträuber, Ostbüro“ Spotless-Verlag (1996)

„Ludwigsburger Kreiszeitung (S.3) vom 6.6.2000

„Neues Deutschland“ vom 10.5.1994 Beitrag: Mit Halbwahrheiten zur „Antifa-Lüge“

„Sachsenhausen“ Röderberg-Verlag Frankfurt/Main (1982)

„Sachsenhausen“ Ausgabe 1/98 (April 1998) und Oktober 1998

Schreiben von Heinz Junge vom 22.12.1997

Schreiben „Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen vom 11. Juni 1996 und 20.6.1997

„DER SPIEGEL“ vom 9.5.1994

„Stuttgarter Zeitung“ vom 8.11.1997 (S.3)

Unterlagen des Sachsenhausen-Komitees der Bundesrepublik Deutschland e.V vom 10.5.1998

Unterlagen Edgar Schmidt (+18.6.2000)

VVN-BdA Landesvereinigung Baden-Württemberg e.V. Schreiben an Heinz Junge vom 15.12.1997

Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen: Korrespondenzakten des Kölner Verfahrens (1994/1996)

Noch 1945:

Von Bietigheim nach dem Osten verschleppt

Kurz vor Kriegsende, im Februar 1945, diente das Durchgangslager Bietigheim als Zwischenstation für eine Verschickung nach dem Osten.

Theresienstadt war das Ziel.

Am 11. und 12. Februar 1945 wurde in Stuttgart ein Transport mit 57 „Jüdischen Mischehepartnern“ und sogenannten „Mischlingen“ zusammengestellt. Sie kamen zunächst in das Durchgangslager für Zwangsarbeiter in Bietigheim. Von dort ging es zum Arbeitseinsatz in Richtung Osten.

Für fünf Tage mußte „Marschverpflegung“ mitgebracht werden.

Nur ein Teil dieser Stuttgarter kehrte nach Kriegsende in die Heimat zurück.

Über die Funktion des Durchgangslagers Bietigheim berichteten wir ausführlich in Heft 3 der „Streiflichter“.

Quellen- und Literaturhinweise

Martin Hohnecker, Stuttgart im Jahr Null, DRW-Verlag Stuttgart 1995.

Streiflichter 3/1987 S.17ff

1933:

Verbot der Freimaurerloge in Ludwigsburg

Seit 1762 gab es in Ludwigsburg Freimaurer. Die Gründung einer Loge erfolgte am 1. Juli 1855.

Vor mehr als 100 Jahren wurde von der Freimaurerloge „Johannes zum wiedererbauten Tempel“ das Haus in der Asperger Strasse 37 bezogen.

überliefert ist, dass der Vater von Justinus Kerner, einer der großen Söhne der Stadt Ludwigsburg, im Oberamtsgebäude am Marktplatz ein eigenes Zimmer, das für die Freimaurerei bestimmt war, eingerichtet hatte.

Unter dem Druck der Nazis wurde am 23. Mai 1933 die Auflösung der Ludwigsburger Loge beschlossen. Die Loge mußte das Haus in der Asperger Strasse 37 samt seiner Hypothek von 5000 Mark der Stadt übereignen.

Es wurde zum Sitz der SA-Standartenführung 123. Im Briefkopf eines Schreibens dieser „Standarte“, die im damaligen parteiamtlichen Sprachgebrauch als „Die Sturmabteilung der NSDAP“ bezeichnet wurde, ist als Postadresse in der damaligen Schreibweise „Aspergerstraße“ 37 vermerkt.

Beispiele aus ihrer „Arbeit“:

Angehörige dieser „Sturmabteilung“ zählten zu den Brandstiftern der Ludwigsburger Synagoge. Ihr Führer Motsch stieß 1935 in einer „Mahnung“ wilde Drohungen gegen einen Fußballverein aus.

Es war höchste Zeit, daß dieser Spuk 1945 zu Ende war.

Am 14. Februar 1946 gab die US-Militärregierung die Zustimmung zur Neugründung der Loge „Johannes zum wiedererbauten Tempel“ in Ludwigsburg.

Der Loge gehörten vor 1933 und nach der Neugründung angesehene Bürger der Stadt Ludwigsburg an.

Heute gibt es in 20 Städten unseres Landes 30 Freimaurerlogen. Die Ludwigsburger Loge zählte im vergangenen Jahr um die 35 Männer. Immer wieder wird von Neuaufnahmen berichtet. In den 60er Jahren waren es bis zu 60 Mitglieder. Unter ihnen der Orgelbauer Oskar Walker, der Schulleiter Wilhelm Pflüger oder der Begründer der Ludwigsburger Schlossfestspiele Professor Wilhelm Krämer.

„Einst wie auch heute wurden und werden über die Freimaurer Halbwahrheiten publiziert, obwohl zu allen Zeiten angesehene und engagierte Bürger Logenmitglieder waren. Lehrer, Künstler, Kaufleute, Bürgermeister und Stadträte,“ heißt es in einem Pressebericht.

Die Themen „Kampf gegen Voreingenommenheit“, „Weder Geheimbund noch Ersatzreligion“ und „Die Menschen sollen Humanität leben“, werden von der Ludwigsburger Loge seit ihrer Neugründung in zum Teil „öffentlichen Veranstaltungen immer wieder behandelt.

Quellenhinweise

Ludwigsburger Kreiszeitung vom 21.6.1980, 14.4.1981, 24.9.1994 27.6.1995, 14.2.1996, 3.6.2000 und 29.6.2000

Schreiben der SA der NSDAP vom 1.8.1935

Literaturhinweise

Festschrift zum 125-jährigen Jubiläum der Freimaurerloge Ludwigsburg

Freimaurer in Baden-Württemberg (Erschienen im Jahr 2000)

Ich möchte so gerne auch etwas tun . . .

Eine freudige Ueberraschung durch eine Spende von RM. 100.— wurde der Ortsgruppe Ludwigsburg-Eglosheim zuteil, die Zeugnis gibt von der Opferfreudigkeit und dem Glauben an unseren Führer eines in Amerika weilenden Volksgenossen, dessen Eltern in Eglosheim wohnhaft sind. Er schreibt u. a. an seine Eltern folgendes:

„... Ich hätte Euch längst wieder geschrieben, aber ich wollte erst ausfinden, ob Ihr Briefe mit Luftpost erhaltet.

Meine Meinung habe ich endgültig . . . und wir werden nach Beendigung dieses Krieges so schnell als möglich versuchen, nach unserer lieben Heimat zurückzukehren. Wir werden unser Leben schon machen, wenn man gewillt ist zu arbeiten. Ich will lieber draußen arm sterben, als wie hier in Amerika reich, denn hier ist nicht alles Gold „was glänzt“, es ist gar häufig Blech, Ihr wißt schon, wie ich das meine . . . Ich habe Euch ja schon in früheren Briefen geschrieben, wie es hier zugeht. Ich wünschte, ich hätte dieses Land nie ge-

sehen in meinem Leben. Man muß für Juden 14—15 Stunden arbeiten im Tag. Eben lese ich unseres lieben Führers Ansprache im Münchener Hofbräuhaus. Es war einfach, exzellent, großartig. Ein Mann, der weiß, was er sagt und tut, der größte Staatsmann in der Weltgeschichte und zugleich ein Wohltäter der arbeitenden Menschheit, indem er sein Bestes versucht, ihr Los zu erleichtern. Gott segne ihn und die deutschen Waffen und möge sie zu einem für unser Vaterland sieg- und glorreichen Ende führen. Es tut mir leid, daß ich jetzt nicht auch schon draußen bin und mein Teil mithelfen kann. Daß die drei Soldaten noch alle gesund sind, freut uns zu hören und hoffen wir, daß sie alle gesund heimkommen.

Vielleicht kann ich (mit meinen kleinen Ersparnissen draußen) dem deutschen Roten Kreuz oder Verteidigungsfond etwas mithelfen, dann bitte ich Euch, gebt das Geld dorthin. Ich möchte so gerne auch etwas tun...“

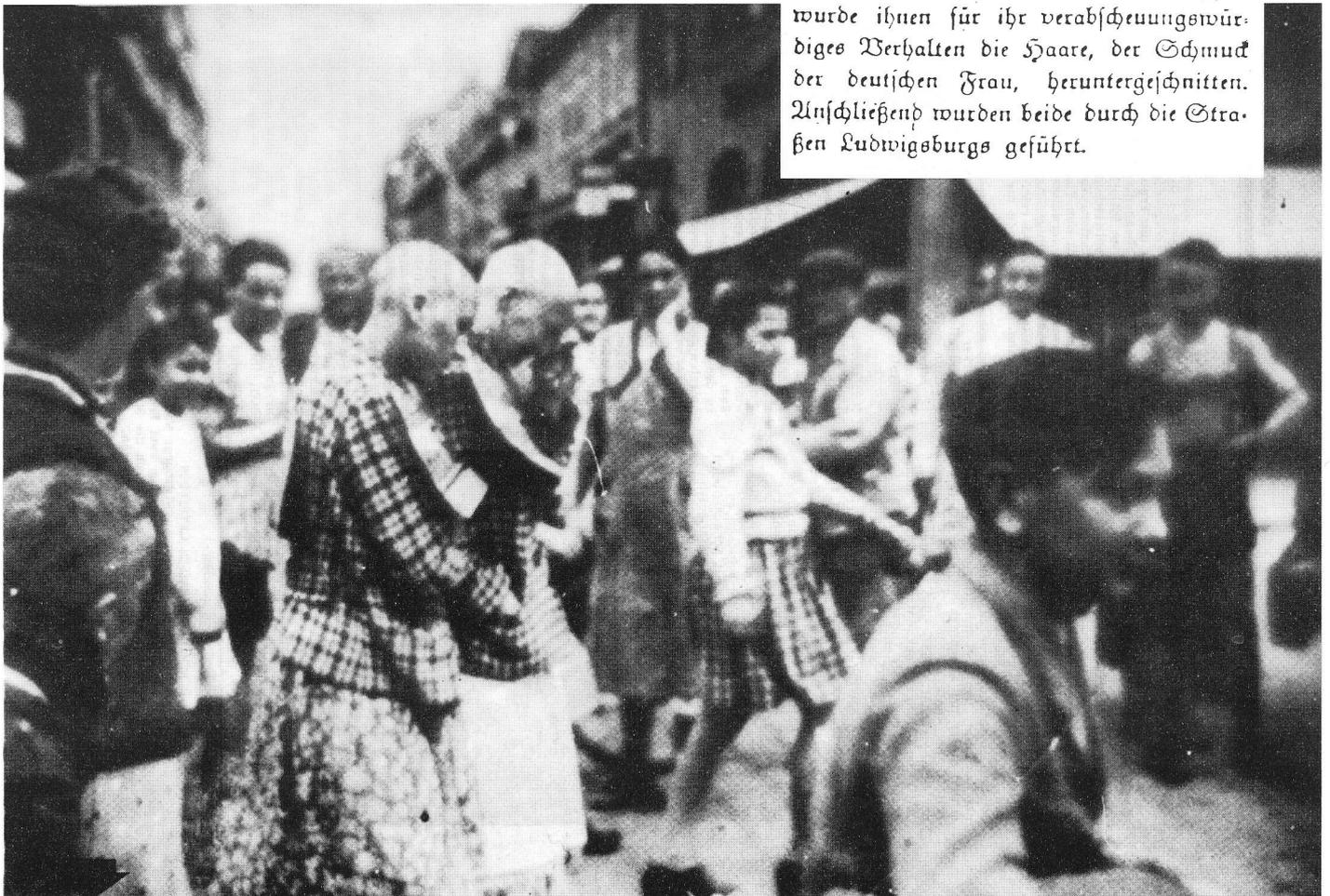
Die Spende wurde dem Hilfswerk für das Deutsche Rote Kreuz zugeführt.

Ihre deutsche Frauenehre geschändet

Zwei Berichte:

Ein „deutscher USA - Arier“
Wie Vieh durch die Stadt getrieben

Trotzdem immer und immer wieder in Betriebsappellen, Versammlungen und in der Presse darauf hingewiesen wurde, daß der Umgang mit Kriegsgefangenen schwerste Strafen nach sich zieht, haben sich die beiden Frauen Anna [REDACTED] und Anna [REDACTED], wohnhaft in Ludwigsburg-Eglosheim, mit französischen Kriegsgefangenen eingelassen. Sie hatten damit ihre Ehre verwirkt! — Bei einem Betriebsappell wurde ihnen für ihr verabscheuungswürdiges Verhalten die Haare, der Schmuck der deutschen Frau, heruntergeschnitten. Anschließend wurden beide durch die Straßen Ludwigsburgs geführt.



Ehemaliger DAF-Amtsleiter erhält fünf Jahre Arbeitslager, Frauen kahl geschoren — Betriebe „ausgerichtet“ — Uebersteigertes Geltungsbedürfnis

Die Spruchkammer Ludwigsburg unter Vorsitz von Herrn Schwab stufte nach einer ganztägigen Verhandlung am 31. Mai den 55 Jahre alten ehemaligen Kreisamtsleiter der DAF im Kreis Ludwigsburg, Richard Aeckerle in die Gruppe der Belasteten ein und verhängte fünf Jahre Arbeitslager über ihn, wobei die bisherige Internierungshaft von fast drei Jahren nicht angerechnet wurde. Von einer Geldstrafe wurde Abstand genommen, da nichts mehr vorhanden ist.

Bei der Verkündung des Spruchs führte der Vorsitzende an, die Kammer habe eine gewisse Milde walten lassen, weil der Betroffene aus Arbeiterkreisen stamme, über keine besondere Bildung verfüge und nicht voll verantwortlich sei für das, was die nazistische Ideologie verlangt habe. Er sei stark belastet von der „Bestie im Menschen“ und habe ohne Sinn und Verstand und ohne die Folgen zu bedenken Frauen schwer in ihrer Ehre gekränkt und sich auch sonst als fanatischer Nationalsozialist gezeigt. Die Kammer hat ihn trotzdem nicht in die Gruppe der Hauptschuldigen eingereiht, dafür aber das höchste Strafmaß der Gruppe II angewandt und dieses noch verschärft durch die Nichtanrechnung der Internierungshaft. Der öffentliche Kläger hatte Einstufung in die Gruppe I und sechs Jahre Arbeitslager sowie Einziehung des Vermögens und laufende 25prozentige Abgabe des späteren Einkommens beantragt, der Verteidiger hatte auf mildere Einstufung in Gruppe II plädiert, besonders unter Hinweis auf die schwere Krankheit des Betroffenen, der zu 80 Prozent arbeitsunfähig ist.

Aus der Verhandlung ging hervor, daß Aeckerle, der 1923 im Anschluß an einen Streit wegen eines von ihm mitgeführten Streiks aus der SPD ausgeschieden war, 1931 der NSDAP beitrug und dieser bis zum Schluß an-

gehörte. Vom gleichen Jahr an war er zunächst Kreisobmann der NSBO, von 1934 an hauptamtlicher Kreisamtsleiter der DAF im Rang eines Abschnittsleiters und Ortsgruppenleiter. Der SA gehörte er von 1931 bis 1934, der Deutschen Christenbewegung seit 1933 an. Er war Träger der zehnjährigen Dienstauszeichnung und wurde auf der „Alten-Kämpfer Tafel“ und im Kreistagshäft verewigt. Er hat sich sehr aktiv an der Zerschlagung der Gewerkschaften beteiligt und wurde gleich nach 1933 Aufsichtsratsvorsitzender des später in das Gemeinschaftswerk umgewandelten Konsumvereins und der Ortskrankenkasse Ludwigsburg. Auf zahlreichen Betriebsappellen hat er in schürfster Weise die nationalsozialistischen Ziele propagiert, wobei seine Reden oftmals derart weit über das Ziel hinausgingen, daß sich die Arbeiter wie auch die Betriebsführer darüber aufhielten und sich an höherer Stelle beschwerten. Als in Neckarwehlingen ein Flieger der Alliierten absprang und vom Landwachtführer ordnungsgemäß der Polizei übergeben wurde, erklärte der Betroffene in einer Volkssturmversammlung, daß man diesen Mann der Partei und damit ihm hätte übergeben müssen. Heute behauptet er, er hätte damit eine anständige Verpflegung und ordnungsgemäße Uebergabe des Gefangenen im Sinne gehabt.

Ein ganz übler Fall wurde aufgerollt mit der Entfernung des Sohnes einer sehr bekannten Ludwigsburger Firma von seinem Posten als Betriebsleiter, weil der Betreffende mit einer Nichtarierin verheiratet war. Die ganze Aktion wurde, wie auch der als Zeuge vernommene ehemalige Kreisleiter Trefz ausdrücklich angab, auf Betreiben eines gleichfalls in dieser Firma und in der Partei befindlichen Schwagers des so Behandelten angezettelt, weil dieser selbst Betriebsleiter werden wollte.

Die schwerste persönliche Belastung aber war jener Vorfall vom 7. Juli 1941, als zwei Arbeiterinnen einer hiesigen Fabrik wegen angeblichen Umgangs mit französischen Kriegsgefangenen verhaftet und zunächst von Aeckerle und etwa 25 in seiner Begleitung befindlichen Personen in die Fabrik geführt wurden, wo der Betroffene an die Gefolgschaft eine Ansprache hielt. Er gibt an, im Auftrag von zwei Stuttgarter Beamten der Gestapo gehandelt zu haben, hat sich persönlich um einen Friseur bemüht und, als dieser ablehnte, den Lehrling mitgenommen, welcher dann den beiden Frauen die Köpfe kahl schor. Mit einem um den Hals gehängten Plakat „Ich bin eine ehrlose Frau“ mußten dann die Frauen durch die Stadt bis zum Marktplatz marschieren. Den einen der Ehemänner ließ er sich durch ein Schreiben an den Kompanieführer von der Front kommen und die Scheidung betreiben, der zweite Ehemann, den er gleichfalls zum Scheidungsantrag aufforderte, lehnte dieses Ansinnen ab. Die Frauen wurden dann vom Sondergericht Stuttgart verurteilt, die eine zu 16 Monaten Gefängnis, wovon 14 Monate verbüßt wurden. Auch Jahre später meldete er Arbeiterinnen einer Kornwestheimer Fabrik der Polizei, weil diese den dort beschäftigten französischen Kriegsgefangenen ein paar Äpfel und etwas Brot gegeben hätten, und in einem weiteren Fall erklärte er einer Frau, er habe schon einmal zwei Frauen die Köpfe kahl geschoren und habe Lust das gleiche mit ihr zu tun. Diese scharfen Maßnahmen führte der Betroffene durch, obwohl selbst der damalige Kreisleiter Trefz schon wiederholt in mehreren Dienstbesprechungen solche aus anderen Kreisen bekannt gewordene Vorfälle strikt abgelehnt und für seinen Kreis verboten hatte. Er hat sogar Aeckerle deshalb später scharf zur Rede gestellt, da er selbst während der Vorfälle nicht anwesend war. Die von Aeckerle aufgebotenen Entlastungszeugen vermochten nichts Wesentliches auszusagen, so daß dem Betroffenen die im Gesetz vorgesehenen Milderungsgründe nicht zuteil werden konnten. -kru.

Ein Ludwigsburger wollte Prinzessin Mafalda retten

Bereits bei Kriegsbeginn, am 1. September 1939, verhaftet, befand sich unser Ehrenvorsitzende Wilhelm Eppinger, 1986 verstorben, bis 1945 im KZ Buchenwald. Schon einmal 1933 wegen seiner KPD-Mitgliedschaft festgenommen, wurde er damals auf den Heuberg verschleppt.

Wir berichteten über sein Leben ausführlich in verschiedenen Ausgaben der „Streiflichter“.

Eppinger, im KZ Buchenwald als Sanitäter tätig, hat in dieser Funktion zahlreichen Häftlingen helfen können.

Ein besonders tragisches Ereignis spielte sich dort am 24. August 1944 ab, wo bei einem Luftangriff unbeabsichtigt, neben Zielen im SS-Bereich, auch die Internierungsbaracke für Prominente getroffen wurde.

Dazu Wilhelm Eppinger: „Die Insassen (der Prominentenbaracken) befanden sich in sogenannten Splittergräben. Der Reichstagsabgeordnete Rudolf Breitscheid (SPD) kam bei diesem Angriff um. Seine Ehefrau und die Prinzessin Mafalda von Hessen, Tochter des italienischen Königs Viktor Emanuel III., wurde mit Toten und Verwundeten zusammen auf einen Pritschenwagen geladen und in unser Revier gebracht. Dort stellte ich fest, daß Frau Breitscheid nicht verletzt war. Prinzessin Mafalda hatte dagegen schwere Verletzungen erlitten. Wir wußten anfangs nicht, wo man sie hinbringen sollte. Ich habe mich natürlich bemüht und zuletzt hat man festgestellt, wir haben ja auch einen Sonderbau. Dort gab es noch Platz. Wir brachten die beiden Frauen dort unter.

Prinzessin Mafalda wurde ein Notverband angelegt. Mit einem Lagerkameraden, der Arzt war, verständigten wir uns wegen der notwendigen Amputation des Armes.

Da kam SS-Hauptsturmführer Dr. Schiedlausky dazwischen. Seit Herbst 1943 Lagerarzt. Ein Mann, der den Häftlingspflegern die Behandlung der Schwerverletzten im Revier verbot. Vom Frauen-KZ Ravensbrück brachte dieser 'Arzt' einen schlechten Ruf mit.

Schiedlausky, der mit Menschenexperimenten der SS zu tun hatte, zog den 'Fall' an sich.

Wir wußten damals, das dies für die Prinzessin Mafalda das Todesurteil bedeutete. Sie überlebte die Nacht nicht. 'Blutverlust' lautete die 'Todesursache'. Aber normalerweise, das erkläre ich heute noch, hätte man die Frau durchbringen können.“

Dr. Georg Schiedlausky, der „Arzt“ von Buchenwald, wurde wegen seiner medizinischen Experimente an Frauen im ersten Ravensbrück-Prozeß der Alliierten

am 3.2.1947 zum Tode verurteilt und am 3.5.1947 hingerichtet.

Vor längerer Zeit berichtete der Deutschlandfunk über Prinzessin Mafalda, dadurch wurden wir auf die Adresse eines Familienangehörigen hingewiesen.

In dem Schreiben des Sohnes, Moritz Landgraf von Hessen, heißt es:

„Sie waren so freundlich, mir einen Augenzeugenbericht den so tragischen Tod meiner Mutter betreffend, zuzusenden. Ich habe nach Kriegsende einige Schilderungen von Lagerinsassen erhalten, die von den so furchtbaren Tagen berichteten, jeder aus einer anderen Warte. Ihr Bericht von Wilhelm Eppinger ist, wie mir scheint, der genaueste. Haben Sie vielen Dank dafür.“

Quellen- und Literaturhinweise:

Streiflichter 2 S.45f.

Nach Tonbandaufzeichnungen vom 13.2.1982.

Eugen Kogon „Der SS-Staat“, Europäische Verlagsanstalt 1946, S.120f.

Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen in Ludwigsburg.

Mit Arbeitergroschen erbaut

Zur Geschichte des Kornwestheimer Naturfreundehauses am Rotenackerwald

„Nicht weit von Markgröningen, der alten Reichsstadt, abseits des großen Schienenweges, auf dem Florberg, im Rücken von einem mächtigen Eichenforst behütet und beschirmt, inmitten von Weinbergen, haben die Kornwestheimer Naturfreunde ein Heim errichtet ... Frei und luftig steht das Haus auf der Höhe, einen prächtigen Ausblick bietend.“ – mit diesen hymnischen Worten beschreibt Ferdinand Steiner, der Vorsitzende des Gauesschwaben der Naturfreunde und Gründer der Ortsgruppe Kornwestheim in der Vereinszeitschrift „Der Naturfreund“ 1914 das neu errichtete Naturfreundehaus. Es entwickelte sich rasch zu einem Treffpunkt der Naturfreunde aus der näheren und weiteren Umgebung bis nach Stuttgart, geeignet als ein Stützpunkt für Touren als auch für längeren Ferienaufenthalt.

Die Kornwestheimer Ortsgruppe der Naturfreunde wurde 1911 mit 18 Mitgliedern gegründet. Das Haus wurde unter großen Mühen und Entbehrungen mit Arbeitergroschen, die Bausumme betrug fast zehntausend Reichsmark, in der Zeit von 1912 bis 1914 erbaut. Das Holz für das ursprüngliche Blockhaus wurde im Ehninger Wald geschlagen, die beim Ausheben der Baugrube angefallenen Steine als Haussockel verwendet. Die Wasserfrage bot einige Schwierigkeiten, wurde aber auch gelöst, durch Anlegung einer Pumpe im Tal konnte Wasser

in beliebigen Mengen zum Haus heraufgepumpt werden.

Eröffnungsfeier 1914

An der Einweihungsfeier des Kornwestheimer Naturfreundehauses am 24. Mai 1914 nahmen etwa 3000 Menschen teil. Die Vereinszeitschrift „Der Naturfreund“ berichtete: „Um 2 Uhr nachmittags wurde die Feier durch einen Freiheitschor der Kornwestheimer Arbeitersänger eröffnet. Sodann begrüßte Genosse Gottfried Körber, der Obmann der Ortsgruppe Kornwestheim, die erschienenen Festgäste auf das herzlichste. Er schilderte den Werdegang der Ortsgruppe, wie allmählich in ihrem Mitgliederkreis der Wunsch rege wurde, in ihrem Ausflugsgebiet ein Rast- und Unterkunftshaus zu besitzen. Große Schwierigkeiten seien zu beseitigen gewesen, doch seien alle Hindernisse durch den Opfersinn der Mitglieder überwunden worden. ... Die eigentliche Fest- und Weiherede hielt der Landtagsabgeordnete Genosse Mattutat, Stuttgart. Genosse Mattutat, welcher der Naturfreundebewegung von allem Anfang an mit warmer Anteilnahme begegnete, gab in seinen Ausführungen ein getreues Spiegelbild des Lebens unseres modernen Proletariats und seiner Sehnsucht



Das Kornwestheimer Naturfreundehaus 1914

nach Licht und Luft. Wir müssen, führte der Redner aus, alle diejenigen Bestrebungen unterstützen, die dem Proletariat in seinem Befreiungskampf nützen können.

Die Bewegung der Naturfreunde sei entstanden aus der richtigen Erkenntnis, daß das Wandern in der freien Natur eines der sichersten Mittel sei, um die Schäden der Berufsarbeit auszugleichen, um den Körper zu stählen, für den Kampf ums Dasein und für das Recht. ... Genosse Wilhelm Keil, Reichs- und Landtagsabgeordneter (der SPD, Anm. d. Red.), freute sich ob des gelungenen Werkes, desgleichen über die Erfolge der Naturfreundebewegung. Wir Arbeiter haben alle Veranlassung die Natur zu lieben, ist sie doch die Urgroßmutter der Demokratie. In das ‚Hoch‘, das Genosse Keil auf die Naturfreundebewegung ausbrachte, stimmte alles begeistert ein. Mit einem Freiheitschor wurde die würdevolle Feier geschlossen. ...“

Wer in den alten Ausgaben der „Neckarpost“, der SPD-Zeitung bis 1933 blättert, stellt fest: Es herrschte bis 1933 ein reges Treiben im Naturfreundehaus am Rotenackerwald.

1933: Dann kam die SA

Den Nazis waren solche Treffpunkte der Arbeiterschaft schon vor 1933 ein Dorn im Auge. Mit der sog. Reichstagsbrandverordnung, der am 28.2.1933 unter der Bezeichnung „Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat“ erlassenen Notverordnung, schufen sich die Nazis ein Instrument, um gegen alles vorzugehen, was dem Regime mißfiel. So wurden die Häuser der Arbeiterbewegung (Waldheime und Naturfreundegehäuser) den Eigentümern weggenommen. Diese Beschlagnahme durch die Nazis im Jahr 1933 war ein glatter Diebstahl. Auch das Kornwestheimer Naturfreundehaus war von den Enteignungen betroffen.

Gertrud Wieland, die Tochter des damaligen Hausverwalters, berichtet darüber: „Im Frühjahr 1933 fanden im Naturfreundehaus am Rotenackerwald Hausdurchsuchungen statt. SA (Sturmabteilung) und Landjäger (Polizei, Anm. d. Red.) kamen zusammen. Alles wurde auf den Kopf gestellt. Selbst das Hausbuch wurde von der SA unter die Lupe genommen und Namen daraus notiert. Sie kamen immer wieder, fast jeden Tag. Dies dauerte etwa von März bis Mai 1933. Meinen Eltern wurde eröffnet, dass sie von hier weg müssten. In das Haus durften in dieser Zeit nur wir. Es waren keine privaten Besuche gestattet. In einem kleinen Wochenendhaus fanden wir Unterschlupf. Die Möbel mussten wir bei befreundeten Familien

unterstellen. Nach einigem Suchen fanden wir in Markgröningen eine Wohnung.“

Die Besetzung und Enteignung des Naturfreundehauses versuchten die Nazis mit den „verwahrlosten Zuständen“ des Hauses zu begründen. Entsprechende Artikel, die nicht der Wahrheit entsprachen, wurden in der bereits gleichgeschalteten Presse veröffentlicht. Eine Richtigstellung war nicht möglich.

Die „Nationalsozialistische Frauenschaft“ (NSF) wurde der neue „Besitzer“. Die Nazis nutzten das Naturfreundehaus als Erholungsheim des „Hilfswerkes Mutter und Kind“, das „erbgesunde und für die Volksgemeinschaft wertvolle bedürftige Familien, insbesondere Mütter und Kinder“ betreute.

Nach 1945

Nach dem Ende der Hitlerdiktatur befand sich das Haus in einem sehr schlechten Zustand. Erst nach hartem Kampf mit den Behörden bekamen die Kornwestheimer Naturfreunde ihr Haus zurück. Die zweite Konferenz des Touristenvereins „Die Naturfreunde“ 1947 im Stuttgarter Gewerkschaftshaus nahm zur Häuserfrage folgende Resolution einstimmig an:

„Die Konferenz der ‚Naturfreunde‘ am 29. und 30. März 1947 in Stuttgart weist mit tiefem Bedauern auf den unhaltbaren Zustand hin, daß die durch Opfer und Idealismus erstandenen und durch die Nazi gestohlenen Naturfreundegehäuser noch immer nicht in den Besitz ihrer Eigentümer zurückgegeben wurden. Die Einstellung und der Kampf der Naturfreundebewegung um eine demokratische Erneuerung Deutschlands sind bekannt. Um so befremdender ist für uns die Tatsache, daß die vom Faschismus verfolgten und verbotenen ‚Naturfreunde‘ noch sehnsüchtig warten, in ihre alten Rechte eingesetzt zu werden. Eine erfolgsversprechende Arbeit um die demokratische und kulturelle Erziehung der Jugend kann nur geleistet werden, wenn die für das Jugendwandern und Herbergswesen so dringend notwendigen Häuser wieder in den Besitz der ‚Naturfreunde‘ zurückgegeben werden.

Die Delegierten bitten die Militärregierung und die Länderregierung Nordwürttemberg-Baden, Schritte zu tun, damit das an den für eine demokratische Erneuerung Deutschlands eintretenden ‚Naturfreunden‘ begangene Unrecht wieder gut gemacht wird.“

Weitere Schritte waren notwendig. Die Rückführung der schwäbischen Naturfreundegehäuser wurde 1949 im württembergisch-badischen Landtag

behandelt. Die Eingabe der Landesleitung des Touristenvereins „Die Naturfreunde“ an den Finanzausschuss betreffend Rückführung und Wiedergutmachung der Naturfreundehäuser hatte den Erfolg, dass der Finanzausschuss dem Antrage des Abgeordneten Helmstädter einstimmig zustimmte (Sitzung am 17. März 1949). In diesem Antrag hatte er gefordert, sämtliche 1933 enteigneten Naturfreundehäuser umgehend zurückzugeben. Im Plenum des Landtages am 31. März 1949 begründete Helmstädter in einer Rede seinen Antrag, der Landtag stimmte einstimmig zu.

Die Ortsgruppe Kornwestheim konnte sich über die Rückgabe ihres Hauses freuen, die Jubiläumsfeier am 10. Juli 1949 hatte das Motto: „35 Jahre Naturfreundehaus am Rotenackerwald“.

50 Jahre nach der Machtübertragung an die Nazis fand am 24. September 1983 die Bezirksveranstaltung der Naturfreunde statt. Der Bezirksleiter Günther Ackermann erinnerte an die 239 Mitglieder der württembergischen Naturfreunde, die in den Gefängnissen, Zuchthäusern und Konzentrationslagern der Nazis in Haft waren oder den Tod erlitten. Stellvertretend für viele seien genannt: Karl Wilhelm, am 21. Mai 1912 in Feuerbach geboren, Jugendgefängnis in Heilbronn, dann KZ Welzheim und KZ Dachau, im Herbst 1944 als Antifaschist in die SS-Sonderformation Dirlewanger gezwungen, einer bekannten Himmelfahrtsdivision, wo er am 15. Februar 1945 sein Leben lassen musste. Hugo Kuhfuss aus Esslingen, nach über 5jähriger Haft am 14. Dezember 1937 auf dem Asperg gestorben. Karl Fingerle aus Esslingen, nach über 5jähriger Haft am 28. September 1942 im Konzentrationslager Buchenwald gestorben.

Am 24. und 25. September 1994 feierten die Kornwestheimer Naturfreunde das achtzigjährige Bestehen ihres Hauses. Claus Weyrosta, MdL und Bundesvorsitzender der Naturfreunde, sprach ein Grußwort.

Quellen- und Literaturhinweise:

„Der Naturfreund“ Mitteilungen des Touristenvereins „Die Naturfreunde“, Jahrgang 1914, S. 155 – 158

„Aufstieg“ Mitteilungsorgan des Touristenvereins „Die Naturfreunde“ für den Gau Württemberg, Jahrgang 1947, S. 52 – 55, Jahrgang 1949, S. 56, S. 99f.

Gespräche mit Gertrud Wieland vom 24.9. 1983 und 3.9.1985

Festschrift 75 Jahre TV „Die Naturfreunde“ Ortsgruppe Ludwigsburg

Wilhelm Keil: Erlebnisse eines Sozialdemokraten

Ludwigsburger Kreiszeitung vom 22. und 29.9.1983, 21. und 29.9.1994, 5.2.1999, 15.6.2000.

Sichert die Spuren.....

Die Streiflichter wollen zu weiteren Forschungen anregen. Die Herausgeber bitten alle Leser um weitere Mitarbeit. Das gilt auch für weiße Flecken in der Geschichte. Wir suchen Hinweise zum Kreisleiter der NSDAP Otto Trefz, Ludwigsburg, ebenso zum Schicksal von Widerstandskämpfern im sowjetischen Exil.

Was nach Kriegsende sonst noch geschah

Aus:
Amtliche Nachrichten für den Stadt-
und Landkreis Ludwigsburg
15.9.1945

Aufruf!

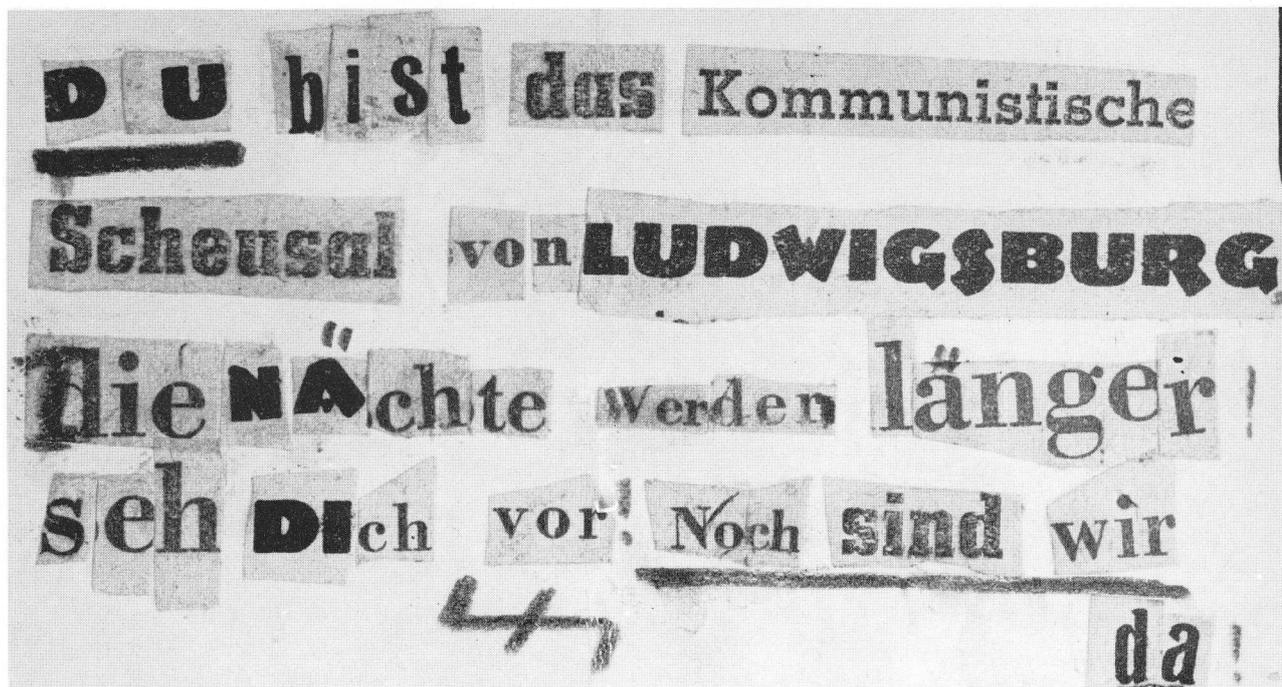
In zwei aufeinanderfolgenden Nächten sind an verschiedenen Stellen der Stadt durch unverantwortliche Elemente Anschläge aufreizenden Inhalts angebracht worden, die geeignet sind, Unruhe in die Bevölkerung zu tragen. Durch diese Anschläge ist der Eindruck erweckt worden, als ob sich in Bietigheim noch nationalsozialistische Elemente in großer Anzahl befinden.

Das Erbe, das die Nazis hinterlassen haben, ist einmalig und so furchtbar, daß nur äußerste Disziplin und unbedingter Gehorsam gegenüber der Militärregierung das Deutsche Volk vor noch Schlimmerem bewahren können. Die Militärregierung gewährt der Stadtverwaltung Bietigheim jede mögliche Unterstützung; sie wird sie ihr erbarmungslos entziehen, wenn sich Provokationen der oben geschilderten Art wiederholen sollten. Ihre Urheber bringen auch Unschuldige in Verdacht und dadurch in Elend und Not. Ihre Handlungsweise ist deshalb grenzenlos dumm und leichtfertig, oder böswillig und dazu verbrecherisch. Die Folgen sind bei weiteren Wiederholungen für die Bevölkerung unserer Stadt nicht abzusehen. Es liegt daher im eigenen Interesse der Bevölkerung selbst, dafür zu sorgen, daß diese unverantwortlichen Elemente möglichst rasch und sicher zur Verantwortung gezogen werden. Es ist Pflicht eines jeden anständigen Deutschen, sofort Anzeige zu erstatten, sobald er von derartigen Umtrieben Kenntnis erhält. Personen, die sich in dieser Hinsicht irgendwie verdächtig machen, sind sofort den Polizeibehörden oder der Militärregierung zu melden.

Bietigheim, den 8. September, 1945.

Der Landrat-Stellvertreter:
(gez.): Deisen.

Der Bürgermeisters:
Teufel.



Quellenhinweis:

Aus dem Nachlass von W. Eppinger, der sich von 1939 bis 1945 im KZ Buchenwald befand

Anmerkung: Die Wolfsangel ist das Zeichen für Werwolf-Aktivitäten

1937: Ein politisches Referat bei der Stadt Ludwigsburg

An sämtliche Stadtämter und Städtische Betriebe

Abschrift

Der Oberbürgermeister
der Stadt

L u d w i g s b u r g

Ludwigsburg, den 1. Oktober 1937.

Dr. Frank

An sämtliche Stadtämter
und Städt. Betriebe

Betreff: Einrichtung eines politischen Referats
bei der Stadtverwaltung.

Oberrechnungsrat S t e i n h i l b e r ist mit dem heutigen Tag in den Dienst der Stadtverwaltung zurückgekehrt. Es wird seine Aufgabe sein, in engem Einvernehmen mit dem Oberbürgermeister die politischen Angelegenheiten der Stadtverwaltung zu bearbeiten und die vertrauensvollen Verbindungen zwischen der Stadt und der NSDAP und ihren Gliederungen zu pflegen und zu vertiefen. Im einzelnen ist ihm folgender Geschäftskreis zugewiesen:

- 1.) Mitwirkung bei allen wichtigen Personalfragen, insbesondere bei Einstellung, Beförderung und Entlassung von Beamten und Angestellten und Überprüfung der politischen Zuverlässigkeit des städtischen Personals.
- 2.) Unterstützung des Oberbürgermeisters in allen Angelegenheiten der Pflege der Kameradschaft und Betriebsgemeinschaft innerhalb der Stadtverwaltung.
- 3.) Unterstützung des Oberbürgermeisters in allen Angelegenheiten von politischer Bedeutung, insbesondere Verbindung mit der NSDAP und ihren Gliederungen.
- 4.) Förderung der Partei und ihren Gliederungen bei Vorbereitung und Durchführung von Kundgebungen, Tagungen, Sportfesten usw. im Zusammenwirken mit den einzelnen Stadtämtern.

- 5.) Mitwirkung bei allen Fragen der Raumbeschaffung für die Partei und Ihre Gliederungen im Benehmen mit dem Wirtschaftsamt.
- 6.) Förderung der HJ, insbesondere Durchführung der Heimbeschaffungsaktion für die HJ, in Ludwigsburg und finanzielle Unterstützung der HJ.
- 7.) Pflege der Beziehungen zur freien Wohlfahrtspflege, insbesondere der NSV.
- 8.) Errichtung, Erweiterung und Förderung von NSV - Kinderschulen.
- 9.) Durchführung des Vierjahresplans im Rahmen der Stadtverwaltung insbesondere Ernährungshilfswerk und Schweinemastanlage der NSV und Überwachung und Mitwirkung bei allen sonstigen einschlägigen Fragen des Vierjahresplans (z.B. Müll- und Altmaterialverwertung)
- 10.) Nachrichten und Presseangelegenheiten insbesondere Pflege der Verbindungen zur Presse und laufende Unterrichtung der Presse über die Arbeit der Stadtverwaltung.
- 11.) Mobilisierungsvorbereitungen und Mobilisierungsangelegenheiten der Stadtverwaltung.
- 12.) Straßenbenennungen, Ehrenbürgerernennungen usw.
- 13.) Mitwirkung in wichtigen Fragen der Zusammenarbeit mit den Nachbargemeinden.
- 14.) Städtische Kulturfragen: Heimatmuseum, Volksbildungsfragen, Volksbücherei, Zusammenarbeit mit dem Städt. Musikbeauftragten, Förderung der Kunst, Unterstützung von Künstlern usw.

Die Tätigkeit des Oberrechnungsrats Steinhilber wird vor allem eine anregende und fördernde auf den erwähnten Gebieten sein. Damit sie sich nützlich für die NSDAP und die Stadt auswirken kann, ist es notwendig dass ihn alle städtischen Beamten und Angestellten in seiner Arbeit vorbehaltlos unterstützen. Die praktische Zusammenarbeit im einzelnen richtet sich nach meinen mündlichen Erläuterungen in der heutigen Besprechung der Amtsvorstände und ihrer Stellvertreter.

(gez.) Dr. Frank .

Impressum

Streiflichter aus Verfolgung und Widerstand

Herausgeber: VVN- Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes / Bund der Antifaschisten,
Kreisvereinigung Ludwigsburg

Verfasser: Werner Hoffmann, Reinhard Hildebrandt

© VVN-BdA Kreis Ludwigsburg,
1. Auflage 2001 1000 Exemplare

Gesamtherstellung: Druckerei Knödler
e-mail: Knoedler-Druck@t-online.de

Nachweis der Fotos und Dokumente

wenn nicht anders vermerkt, stammen die Fotos und Dokumente aus Privatbesitz oder sind in so vielen Dokumenten enthalten, dass ein exakter Nachweis nicht mehr möglich ist.

Danken wollen wir an dieser Stelle nochmals dem Ludwigsburger Stadtarchiv, das uns den Abdruck von diversen Schriftstücken gestattet hat.

Adresse für Bestellungen:

VVN-BdA Baden Württemberg
Böblinger Straße 195 70199 Stuttgart
e-mail: vvnbdA.bawue@planet-interkom.de
Telefon 0711/603237
Telefax 0711/600718

Abschrift

Der Generalstaatsanwalt
1944

Stuttgart-O den 16. Dezember

50Js. /188/44

An den Herrn
Vorsitzenden des Strafsenats
des Oberlandesgerichts

S t u t t g a r t

A n k l a g e s c h r i f t

Die am 18. April 1896 in Ludwigsburg geborene, dort
Uhlandstr. 24 wohnhafte verheiratete Geschäftsleiterin

J. geborene W.

klage ich der Wehrkraftzersetzung im Sinne des § 5 Abs. 1
Ziffer 1 KSS VO an.

Die Beschuldigte hat an einem Januartag 1944 in dem von ihr
geleiteten Geschäft einer Kundin gegenüber behauptet, die
vom deutschen Volk in diesem Kriege gebrachten Opfer hätten
nur den Zweck, die Führung des Dritten Reiches zu halten, der
Krieg sei für uns verloren und die Gefahr einer Bolschewi-
sierung bestehe im Falle einer Niederlage nicht.

Ich beantrage die Hauptverhandlung anzuordnen.

Verhandelt am 13. Februar 1945 vor dem Strafsenat in Stutt-
gart.